

Zeitpolitisches Glossar

Grundbegriffe – Felder – Instrumente – Strategien

Herausgegeben von

Martina Heitkötter & Manuel Schneider

München 2004

Impressum

Titel:

Zeitpolitisches Glossar
Grundbegriffe – Felder – Instrumente – Strategien
(München – Stand: Oktober 2004)

Herausgeber:

Martina Heitkötter & Manuel Schneider

Copyright:

Für das Glossar: bei den Herausgebern
Für die Schlagworte: bei den jeweiligen Autoren/innen

Kontakt:

Dr. Martina Heitkötter
Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2, D-81541 München
E-Mail: heitkoetter@dji.de

Dr. Manuel Schneider
Projektbüro *!make sense!*
Valleystr. 36 Rgb., D-81371 München
E-Mail: info@make-sense.org
www.make-sense.org

Förderung:

Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpd.de)
Evangelische Akademie Tutzing (www.ev-akademie-tutzing.de)
unter fachlicher Mitwirkung der/des
Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (www.zeitpolitik.de)
Tutzingen Projekts "Ökologie der Zeit" (www.zeitoeekologie.org)

Vorwort

"Zeitpolitik" ist eine vergleichsweise junge Vokabel. Sie benennt mit Blick auf den Faktor "Zeit" eine Dimension gesellschaftlichen und politischen Handelns, die im aktuellen Diskurs um Lebensqualität und Nachhaltigkeit an Bedeutung gewinnt. "Zeitpolitik" ist eine neue Perspektive, die in analytischer und sensibilisierender Absicht auf gesellschaftliche und ökologische Probleme, Krisen oder Konflikte blickt. Sie lässt erkennbar werden, dass die Ursachen solcher Problemlagen oftmals in zeitlichen Zusammenhängen bzw. Veränderungen des zeitlichen Gesellschaftsgefüges zu suchen sind.

Darüber hinaus steht "Zeitpolitik" für konkretes Handeln und Gestalten – orientiert an dem Ziel, Zeitgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie zwischen den Generationen herzustellen und insgesamt die Lebensqualität der Menschen in zeitlicher Hinsicht zu verbessern. Dabei kommt Zeitpolitik die Aufgabe zu, entsprechende partizipative Verfahren und Gestaltungsvorschläge zu entwickeln und in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Im Zuge der bisherigen Debatte über die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten von zeitlichen Rahmenbedingungen und den ersten konkreten Umsetzungsversuchen (etwa im Bereich der "lokalen Zeitpolitik") ist ein gewisses Repertoire an zentralen Begriffen entstanden. Die einschlägigen Gegenstände und Politikfelder sind aus zeitpolitischer Perspektive neu zu beschreiben und zu erklären, innovative Handlungsoptionen sind aufzuzeigen und normative Zielperspektiven zu eröffnen. Das vorliegende Zeitpolitische Glossar bietet entlang der Vertiefung von Schlüsselbegriffen erstmals einen breit gefächerten Überblick zu den Grundideen, Handlungsfeldern, Instrumenten und Strategien von Zeitpolitik.

Was versteht man beispielsweise unter einer "Zeitinstitution", was ist ein "Taktgeber" oder ein "Zeitpakt"? Wann spricht man von "Vergleichzeitigung" oder was macht eigentlich ein "Zeitbüro"? Was hat Zeitpolitik mit "Landwirtschaft", Prozessen der "Bildung", mit "Urbanität" und "Ökologie" zu tun? Wie funktioniert die Zeitstrategie des "Filibuster" und wann öffnet sich in der Politik ein "Zeitfenster"? Ganz abgesehen von diesen Fachbegriffen, ist "Zeitpolitik" selbst für viele durchaus noch erklärungsbedürftig.

Hier setzt das Glossar an. In Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Fachleuten aus dem In- und Ausland – großteils aus den Reihen der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP) und des Tutzinger Projekts "Ökologie der Zeit" – greift das Glossar vierzig zeitpolitisch relevante Begriffe bzw. Begriffspaare auf, bietet prägnante Erklärungen, verortet diese in der aktuellen Diskussion, exploriert neue Zugänge und nennt weiterführende Literatur zum Thema.

Die Idee zu dem vorliegenden Glossar entstand im Kontext der Tagung "*Aufbrechen in bessere Zeiten: Zeitpolitik – Zeit in der Politik*", die gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, der Evangelischen Akademie Tutzing / Tutzinger Projekt "Ökologie der Zeit" sowie der Bundeszentrale für politische Bildung im Frühjahr 2004 veranstaltet wurde. Zum Konzept von Tagung und Glossar gehörte auch ein interaktives dialogisches Element: Den Tagungsteilnehmer/innen wurde eine vorläufige Fassung der zusammengetragenen Begriffsklärungen präsentiert und die Gelegenheit eröffnet, dazu Kommentare, Ergänzungen und Ideen einzubringen. Das Glossar wurde somit auf seine Praktikabilität geprüft und um bislang unbeachtete Aspekte und Themen angereichert. Ein Teil

dieser Rückmeldungen konnte bereits in der vorliegenden Fassung berücksichtigt werden. Das Zeitpolitische Glossar ist auf Erweiterung und Weiterentwicklung angelegt und soll in gewissen Abständen fortgeschrieben werden.

Das Glossar verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll es Interessierten das neue Gestaltungs- und Forschungsfeld eröffnen und verständlich machen – in der Hoffnung, damit zu einer weiteren Popularisierung des zeitpolitische Ansatzes beizutragen. Adressaten sind Fachleute aus Politik, Praxis und Wissenschaft, aber auch interessierte Laien, die mehr über Zeitpolitik erfahren möchten. Zum anderen soll das Glossar dazu dienen, die laufenden Verständigungs- und Klärungsprozesse innerhalb der "zeitpolitischen community" weiter voranzubringen und zu inspirieren. Insofern steht die begriffliche Zwischenbilanz in einem konstruktiven Spannungsverhältnis zwischen Vermittlung "nach außen" und Klärung "nach innen". Wir hoffen, dass dieser Balanceakt überwiegend gelungen ist.

Dass wir ihn überhaupt durchführen konnten, verdanken wir zu allererst der tatkräftigen und engagierten Mitarbeit unserer Autorinnen und Autoren, die sich auf den schwierigen und langwierigen Prozess eingelassen haben – sich kurz zu fassen. Für die klärenden Vorgespräche hinsichtlich des Aufbaus und der begrifflichen Schwerpunktsetzungen des Glossars danken wir Martin Held und Karlheinz A. Geißler. Für weitergehende und vertiefende Anregungen hinsichtlich der Ausgestaltung des Glossars sind wir den vielen Tagungsteilnehmern/innen zu Dank verpflichtet, die uns wertvolle Hinweise auf begriffliche Unschärfen sowie fehlende Themen und Aspekte gegeben haben. Finanziell wurde die Arbeit an dem Glossar durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Evangelische Akademie Tutzing gefördert. Beiden Institutionen sei hierfür herzlich gedankt.

So bleibt uns nur noch, Ihnen – liebe Leserinnen und Leser – eine gedanklich anregende und politisch stimulierende Lektüre zu wünschen.

Martina Heitkötter & Manuel Schneider

München, im Herbst 2004

Stichworte**Grundbegriffe der Zeitpolitik**

Beschleunigung / Entschleunigung	1
Flexibilisierung	3
Nonstop-Gesellschaft	5
Recht auf eigene Zeit.....	7
Taktgeber / Taktnehmer	9
Vergleichzeitigung	11
Zeitinstitutionen	13
Zeitkonflikte	16
Zeitkultur.....	19
Zeitmuster	21
Zeitnot	23
Zeitpolitik	25
Zeitwohlstand	27

Felder der Zeitpolitik

Arbeitszeitpolitik.....	29
Bildung	31
Ernährung.....	32
Familie.....	34
Freizeit / Kultur	36
Generation.....	39
Geschlechterverhältnisse	41
Innovation.....	43
Landwirtschaft	45
Lokale Zeitpolitik.....	47
Medien	49
Mobilität / Verkehr.....	51

Ökologie	53
Raum- und Umweltplanung	55
Risiko	57
Stadtentwicklung / Urbanität	58
Instrumente der Zeitpolitik	
Chronotope / Chronomaps	60
Öffentlicher Zeitraum	62
Standardisierung von Zeit	64
Time Control (Kontrolle der Zeit)	66
Zeitbüro	68
Zeitpakete	69
Zeitstrategien in der Politik	
Aussitzen	71
Filibuster	72
Partizipation und Zeit	73
Policy Windows ("Zeitfenster")	75
Timen	77

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Beschleunigung / Entschleunigung

Der populäre Zeitdiskurs wird vom Begriffspaar Beschleunigung/Entschleunigung beherrscht. Die Beschleunigung aller Parameter des Lebens gilt als eines der charakteristischen Merkmale des "Projektes der Moderne" (Jürgen Habermas). Unter dem Oberbegriff der Entschleunigung versammeln sich im Gegenzug unterschiedlichste gesellschaftliche Strömungen, deren Ziel in der Kompensation, Entschärfung oder Auflösung damit verbundener Zeitkonflikte liegt.

Beschleunigung ist – neben der Verdichtung, Verstetigung, Deregulierung, Individualisierung, Ökonomisierung und Desynchronisierung – einer der Haupttrends der europäischen und globalen Zeitkulturen. Verkehr, Telekommunikation, Wirtschaft, Medien, Landwirtschaft oder Bildungswesen – kaum ein gesellschaftlicher Bereich, der nicht einem Tempodiktat untersteht. Selbst im Alltag und in der Freizeit gilt Geschwindigkeit heute als ein Gütekriterium. Zeitökonomie und Effizienzdenken gehören zu den charakteristischen Umgangsformen mit Zeit in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen bis hinein in die Mikroökonomie der Gefühle.

Doch die Tempo-Exzesse der "Dromokratien" (Paul Virilio) führen an ökonomische, ökologische, politische, soziale und psychologische Grenzen. Das Wirtschaftswachstum überfordert die Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen. Verkehrsbeschleunigungen steigern die Unfallzahlen, die Emissionen sowie den Raum- und Energiebedarf. Wachstumshormone im Tierfutter erhöhen die Krankheitsanfälligkeit der Zuchttiere. Das steigende Innovationstempo überfordert Unternehmen und Belegschaften. Die Kosten müdigkeitsbedingter Unfälle steigen permanent. Und immer mehr Menschen werden aufgrund der herrschenden Arbeitsbedingungen krank ("hurry sickness").

Die "Entdeckung der Langsamkeit" und der vielstimmige Ruf nach Entschleunigung erscheinen daher folgerichtig. In Umfragen beklagen sich heute zwei Drittel der Befragten darüber, dass sich alles zu schnell verändere und sie es lieber etwas langsamer hätten. "Slow food" statt "Fast food" heißt die kulinarische Devise. Städte besinnen sich als "Slow City" auf ihre lokale und historisch gewachsene Substanz. Ein Verein zur "Verzögerung der Zeit" findet raschen Zulauf. "Slow up!" nennt sich ein jährlich wiederkehrender "Tag der Entschleunigung". Ja selbst die Werbung hat die Sehnsucht nach mehr Langsamkeit entdeckt und bringt es auf die Kurzformel: "Slow down. Pleasure up!" Viele Unternehmen folgen mittlerweile diesem verkaufsträchtigen Slogan. Aber selbstverständlich nicht, um damit zur Schnecke gemacht zu werden, sondern um Marktleader zu werden ...

Es genügt somit nicht, so naheliegend dies als erster Schritt erscheinen mag, in Umkehrung des Slogans "Schneller ist besser" das "Loblied der Langsamkeit" anzustimmen (Martin Held). Zwar hat auch Langsamkeit – verstanden als Respekt vor den Eigenzeiten anderer Menschen und Kulturen – ihren Wert. Doch dem vermeintlichen Gütekriterium "Geschwindigkeit" kann nicht das sozial und ökologisch verträgliche Gütesiegel "Garantiert langsam" entgegengehalten werden.

Entsprechend ist auch Entschleunigung nicht der Königsweg aus den Tempofallen der Moderne! So macht es wenig Sinn, bezüglich des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaften einer Verlangsamung das Wort zu reden. Die Gleichstellung der Geschlechter benötigt weniger Weile als vielmehr Eile. Die soziale Verträglichkeit heutigen Wirt-

Grundbegriffe der Zeitpolitik

schaftens muss so schnell als möglich umgesetzt werden. Die weltweiten Kriege sollten so rasch als möglich beendet werden. Und wer einen Unfall erleidet, ist froh, wenn die Ambulanz nicht bummelt, sondern rasch vor Ort ist.

Entschleunigung gehört zudem längst zum technologischen Inventar der Moderne und wird in vielen Bereichen mehr oder weniger erfolgreich praktiziert. Dabei ist der Kühlschrank wohl das am meisten verbreitete Verfahren. Aber auch die Konservenindustrie, die Zugabe von Konservierungsstoffen oder die Erforschung des Rätsels vom Altern haben ihren Zweck einzig darin, Zerfallsprozesse zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. Und sind nicht auch die immensen Anstrengungen der Kosmetikindustrie und der Schönheitschirurgie ein einziger, vergeblicher Kampf gegen die Zeit?

Verlangsamung ist somit weniger ein Phänomen kompensatorischer Entschleunigung als vielmehr eine weitere Taste auf der Klaviatur der "Multioptionsgesellschaft" (Peter Gross) und perpetuiert damit jene "Mobilmachung" (Peter Sloterdijk), die sie entmobilisieren, jenen Fortschritt, den sie unterschreiten, jene Anspannung, die sie entspannen und jene Beschleunigung, die sie verlangsamen will. Kurzum: Entschleunigung ist bloß die leisere Stimme jenes gewaltigen Chors, dessen wahre Hymne der "Traum von der Herrschaft über die Zeit" ist: die willentliche und willkürliche Beschleunigung oder Entschleunigung von „Rhythmen und Eigenzeiten“.

Literatur

Michel Baeriswyl (2000): *Chillout. Wege in eine neue Zeitkultur*. München.

Manfred Garhammer (1999): *Wie Europäer ihre Zeitnutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung*. Berlin.

Karlheinz A. Geißler / Martin Held (Hrsg.) (1995): *Von Rhythmen und Eigenzeiten. Perspektiven einer Ökologie der Zeit*. Stuttgart.

Autor

Dr. Michel Baeriswyl, Sozialphilosoph und Kulturwissenschaftler und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Zürich).

Kontakt: baeriswyl@intaktrec.ch

Internet: www.zeitkultur.ch

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Flexibilisierung

Der Begriff steht im Zusammenhang mit einem grundlegenden Wandel der Arbeitsgesellschaft. In den letzten zweihundert Jahren hatten sich kollektive Standards für Arbeitsverträge, Arbeitszeiten, Formen der Arbeitsorganisation und nicht zuletzt für Arbeitsbiographien herausgebildet. Dementsprechend wurde von einer gesellschaftlich prägenden "Normalarbeit" gesprochen, die sowohl für Sozialstaatspolitik, tarifvertragliche Regelungen, betriebliche Strategien als auch für die individuelle Lebensführung maßgeblich war. Diese Normen und Normalitäten – die nach dem Modell der Ernährer-Hausfrauen-Familie geschlechtsspezifisch ausgelegt waren – sind in den letzten Jahrzehnten durch die Flexibilisierung der Arbeit erodiert. Kollektive Regelungen werden zunehmend durch individuelle Gestaltung ergänzt, gleiche Arbeitsbedingungen durch eine Vielfalt von Arbeitssituationen abgelöst.

Das Konstrukt der Normalarbeitszeit ist durch die Zeitinstitutionen des Feierabends, des Wochenendes und des Jahresurlaubs geprägt. Sie haben die Lebensqualität der Arbeitsbevölkerung entscheidend erhöht: durch die Ausweitung und Gewährleistung von erwerbsarbeitsfreier Zeit und durch die Sicherstellung von kollektiver Freizeit. Die Fortschritte der Arbeiterbewegung zielten auf eine Verringerung der Arbeitszeit (täglich, wöchentlich, jährlich, lebensarbeitszeitlich) sowie auf die Regelung und Begrenzung von abweichenden Arbeitszeiten. Diese historisch durchgesetzten Normen werden nun sukzessive durch flexible Formen der Arbeitszeitgestaltung abgelöst. Dazu gehören Variationen der Dauer der Arbeitszeit (Teilzeitarbeit und Mehrarbeit in verschiedenen Formen), der Lage der Arbeitszeit (Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit, Schichtarbeit, Auflösung des Jahresurlaubs) und neuerdings auch die Flexibilisierung der Lage der Arbeitszeit (Gleitzeit, Arbeitszeitkonten).

Die Hintergründe dieser Entwicklung liegen wesentlich in betrieblichen Rationalisierungsstrategien, mit denen Unternehmen auf die Verschärfung des Wettbewerbs reagieren. Arbeitszeitflexibilisierung dient dem Ziel, das betriebliche Arbeitsvolumen eng an den Absatzmarkt anzukoppeln, d.h. einerseits die wechselnde Nachfrage unmittelbar befriedigen zu können, andererseits den Betrieb nicht mit unausgelasteten Kapazitäten zu belasten. Es ist deshalb sinnvoll, von einer "einseitigen", betriebswirtschaftlich determinierten Flexibilisierung zu sprechen.

Allerdings haben auch auf Beschäftigtenseite die Interessen an flexiblen Arbeitszeiten zugenommen. Entscheidend dafür ist die stark steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, die das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem gesellschaftlichen Problem macht. Hinzu kam ein breiter Wertewandel, der auch das Interesse an einer individuellen Gestaltung der Arbeitszeit nach Lebenssituation und Lebensstil einschließt. Das entsprechende Bedürfnis nach Zeitsouveränität bezieht sich sowohl auf die alltägliche Lebensführung wie auf die Gestaltung einer individuellen Arbeitsbiographie.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die forcierte Arbeitszeitflexibilisierung in ihren Auswirkungen für die Beschäftigten hochgradig ambivalent ist. Auf der einen Seite stehen neue Zumutungen mit den Risiken der Gesundheitsgefährdung, der Einkommensunsicherheit und Problemen der sozialen Koordination. Auf der anderen Seite eröffnen sich neue Möglichkeiten der beruflichen Verwirklichung und der Realisierung individueller Lebensent-

Grundbegriffe der Zeitpolitik

würfe. Die Selbstorganisation der Arbeitszeiten ist hochgradig voraussetzungsvoll, ihre Risiken und Chancen sind ungleich verteilt, zwischen Männern und Frauen, zwischen Gering- und Hochqualifizierten. Mehr Gerechtigkeit beim Zeitwohlstand (→ I: "Zeitwohlstand"), erfordert daher eine stärkere kollektive Regelung individualisierter Arbeitszeitmuster.

Literatur

Gudrun Linne (Hrsg.) (2002): Flexibel arbeiten – flexibel leben? Düsseldorf.

Frank Bauer / Hermann Groß / Claudia Lehmann / Eva Munz (2004): Arbeitszeit 2003 Köln.

Hartmut Seifert (Hrsg.) (2004): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt / New York.

Matthias Eberling / Volker Hielscher / Eckart Hildebrandt / Kerstin Jürgens (2004): Prekäre Balancen. Flexible Arbeitszeiten zwischen betrieblicher Regulierung und individuellen Ansprüchen. Berlin.

Autor

Prof. Dr. Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: seeloewe@wz-berlin.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Nonstop-Gesellschaft

Eine "Nonstop-Gesellschaft" ist durch soziale und ökonomische Entwicklungen gekennzeichnet, die zu einer Verstetigung von Aktivitäten in Richtung einer rund um die Uhr aktiven Gesellschaft beitragen.

War die Agrargesellschaft noch in ihrem Rhythmus an Natur und Religion gebunden, beginnt mit der Industriegesellschaft vor dem Hintergrund technologischer Neuerungen (künstliche Beleuchtung) und wirtschaftlicher Notwendigkeiten (v.a. Stahlindustrie, Chemie) die Tendenz, die gesellschaftliche Rhythmen von natürlichen Abläufen zu lösen und das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zeitlich auszuweiten (Nachtökonomie, Nachtleben).

In der Dienstleistungsgesellschaft schließen sich sukzessive die letzten Lücken; Zeitinstitutionen wie etwa die Nacht und das Wochenende verlieren als Elemente der gesellschaftlichen Zeitorganisation in zunehmendem Maße ihre Verbindlichkeit und damit ihre prägende Kraft.

Phänomene dieser Entwicklung sind:

- Zunahme der Erwerbsarbeit zu atypischen Zeiten, v.a. Nacht- und Wochenendarbeit;
- Ausdehnung der atypischen Arbeitszeiten von herkömmlichen Konti-Schichtbetrieben (metallverarbeitende und chemische Industrie, Polizei, Krankenhaus usw.) in neue Bereiche der Dienstleistungsökonomie ("24-Stunden-Service", Medien im Nonstop-Betrieb usw.);
- Individualisierung von Freizeitaktivitäten und kontinuierlich aktive Zonen, v.a. in den Großstädten.

Auslöser dieser Entwicklung sind:

- wirtschaftlicher Strukturwandel ("Tertiärisierung") und Flexibilisierung der Arbeit aufgrund verstärkter Anpassung der Betriebe an Auftragseingänge und Konsumverhalten;
- globale Vernetzung aller Zeitzonen durch moderne Kommunikations- und Transporttechnologien sowie durch das Zusammenwachsen von Unternehmen und Märkten;
- veränderte soziale Normen hinsichtlich kollektiver sozialer Rhythmen, Bedeutungsgewinn individueller Zeitgestaltung.

Folgen dieser Entwicklung sind:

- die Zunahme gesundheitsschädlicher Nacht- und Wechselschichtdienste (Bruch des eigenen Biorhythmus, steigende Unfallhäufigkeit) sowie erhöhter Energieverbrauch durch kontinuierliche Aktivität des Betriebs (wachsende Umweltverschmutzung);
- eine Erosion kollektiver Zeitinstitutionen wie "Feierabend" und Wochenende, Bedeutungsverlust der Nacht- und Feiertagsruhe;
- eine wachsende Ausdifferenzierung individueller Arbeitszeiten mit der Folge einer zeitlich sehr viel stärkeren zeitlichen Ausdifferenzierung der Freizeitaktivitäten in der Bevölkerung, so dass sich Angebot und Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen zu atypischen Zeiten wechselseitig hochschaukeln.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Aufgabe der Zeitpolitik in diesem Zusammenhang wäre die Sensibilisierung für die destruktiven Wirkungen einer Verstetigung gesellschaftlicher Aktivität, der Schutz gemeinsamer Sozialzeiten und die Diskussion über Folgekosten und Verantwortliche.

Literatur

Barbara Adam / Karlheinz A. Geißler / Martin Held (Hrsg.) (1998): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart.

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (2002): Alles zu jeder Zeit? Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität. Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung 36).

Martin Moore-Ede (1993): The 24 Hour Society. The Risks, Costs and Challenges of a World that Never Stops. London.

Autor

Dr. Matthias Eberling, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: ebi41@gmx.net

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Recht auf eigene Zeit

Die Bemerkung von Francois Ost, das "droit à son temps" bilde ein "préalable" für ein "minimum de concordance des temps des uns et des autres", enthält im Kern bereits die Einsicht, wie ein Recht auf eigene Zeit juristisch konstruiert werden kann. Das Recht auf eigene Zeit ist Vorbedingung einer gesellschaftlichen Zeitkoordination, wie auch umgekehrt die gesellschaftliche Zeitkoordination Vorbedingung des Rechts auf eigene Zeit ist. Gäbe es nur ein Recht auf eigene Zeit, so bliebe es folgenlos – wie sollte es denn mangels weiterer juristischer Anhaltspunkte einen präzisen normativen Gehalt mit einem klaren Verpflichtungsadressaten haben können? Ohne ein Recht auf Zeit wird allerdings auch keine gesellschaftliche Zeitkoordination Platz greifen. Warum sollten sich denn Akteure – und zwar gerade mit Macht und/oder Geld ausgestattete Akteure – mit den zeitlichen Belangen anderer Akteure koordinieren, gar sich ihnen beugen, wenn diese nicht ein "Recht" darauf beanspruchen könnten?

Mit diesem Wechselverhältnis ist nichts anderes gemeint, als dass das Recht auf eigene Zeit juristisch nur in der Doppelung als subjektives Recht und als objektives Recht gedacht und operationalisierbar gemacht werden kann. Es muss also einerseits in einer subjektiven Berechtigung bestehen, die Individuen und Gruppen die Befugnis verleiht durchzusetzen, dass ihre zeitlichen Belange auch bei Machtungleichgewicht ernst genommen und zumindest zum Gegenstand von koordinierenden Maßnahmen gemacht werden. Und es muss andererseits in geeigneten gesellschaftlichen Geboten und Vorkehrungen bestehen. Diese müssen die gesellschaftliche Koordination von zeitlichen Belangen erlauben und die Maßstäbe für die Lösung von Interessenkollisionen sowie Durchsetzungswege und -instrumente enthalten.

Der subjektivrechtliche Anteil des Rechts auf eigene Zeit umfasst die Berechtigung, legitime eigene zeitliche Belange bei Entscheidungsprozessen berücksichtigt zu sehen. Dazu gehören zwei Gesichtspunkte: zum einen, dass der individuelle oder kollektive Zeitgebrauch nicht fremdbestimmt oder systematisch entwertet wird und nicht mit Diskriminierung einhergeht. Zum anderen muss – positiv formuliert – die Möglichkeit zu einem selbst gewählten kulturellen Eigenwert gegeben sein und es müssen Spielräume gemeinsamer Zeiten für Tätigkeiten und Erfahrungen bestehen. Möglicherweise werden dazu weitere legitime Belange – etwa die ökologisch indizierte Berücksichtigung von "Eigenzeiten" oder Ähnliches – gehören. Wie jede Berechtigung ist das Recht jedes Rechtssubjekts auf eigene Zeit im Kontext mit dem gleichen Recht anderer Rechtssubjekte zu sehen. Es enthält daher Grenzziehungen, Kollisionsregeln und Abgrenzungsmaßstäbe.

Beispiele für den objektivrechtlichen Anteil des Rechts auf eigene Zeit sind etwa Gebote zu Zeitbüros (→ III: "Zeitbüro") oder örtlichen Zeitleitplänen (wie sie die italienische Gesetzgebung von 2000 vorsieht), zu Infrastrukturvorkehrungen (um Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherzustellen), aber auch etwa Sorgfalts- und Kommunikationsgebote.

Literatur

Text aus: Ulrich Mückenberger (2004): Neue lokale Governance und Recht auf eigene Zeit. In: DIFU (Hrsg.): Stadt 2030. Bd. IV (im Erscheinen).

Ulrich Mückenberger (2004): Metronome des Alltags. Berlin.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

François Ost (1999): *Le Temps du droit*. Paris.

Günther Winkler (1995): *Zeit und Recht*. Wien, New York.

Autor

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Forschungsstelle Zeitpolitik, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hamburg, Bremen).

Kontakt: zeitpolitik@hwp-hamburg.de

Internet: www.forschungsstelle-zeitpolitik.de

oder www.time-lab.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Taktgeber / Taktnehmer

Als *Taktgeber* sind Rahmenbedingungen und/oder Akteure (Institutionen, Regeln, Personen) zu bezeichnen, die in der Lage sind, den gesellschaftlichen oder städtischen Rhythmus wesentlich zu bestimmen oder zu beeinflussen (→ I: "Zeitmuster"). Taktnehmer müssen sich diesen Vorgaben im Wesentlichen anpassen.

Man kann die Taktgeber in unterschiedliche Typen differenzieren, u. a.

- die natürlichen Taktgeber (z.B. Hell-Dunkel-Rhythmus, Jahreszeiten),
- die räumlichen Strukturen (z.B. Lage im Gebirge, am Meer),
- die institutionellen Taktgeber (z.B. Kirchenjahr, akademisches Jahr, Schulferien, Wahlperioden, rechtliche Rahmenbedingungen wie Arbeitszeitgesetze, zeitbezogene Schutzgesetze),
- die sozioökonomischen Taktgeber (z.B. Arbeits- und Betriebszeiten).

Die Geschichte ist gekennzeichnet durch eine fortschreitende Entkopplung von natürlichen Rhythmen und der immer weitergehenden Ökonomisierung nahezu aller Lebenszusammenhänge. Das heißt, die sozioökonomischen Taktgeber gewinnen im Vergleich zu den natürlichen und institutionellen immer größere Bedeutung. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung und die Deregulierung im Zuge der Globalisierung stärken die Akteure, die die Arbeits- und Betriebszeiten festlegen. Damit verstärkt sich die Tendenz, dass die gesellschaftlichen Zeitstrukturen durch die Marktentwicklung verändert werden und kulturelle und soziale Aspekte – auch der Sicherung von Zeitinstitutionen (→ I: "Zeitinstitutionen") – an Gesicht verlieren.

Eine Systematisierung der unterschiedlichen Typen von Taktgebern muss eine Analyse ihrer Wirkungen, ihrer Verflechtungen, ihrer Dominanz gegenüber anderen Taktgebern sowie der Dauerhaftigkeit der Taktgeberfunktion umfassen. Es geht also um Fragen, welcher Taktgeber die Macht hat, alle anderen zu dominieren, ob es wechselseitige Anpassungen gibt (wie etwa bei den Arbeitszeiten im Rahmen von Zeitzonenschichten, damit man noch direkt miteinander telefonieren kann), ob ein Taktgeberfunktion nur kurzfristig wirkt (als einfaches Beispiel könnte man eine Straßensperrung zu einem besonderen Ereignis nennen) oder wie die Schichtpläne eines Unternehmens über längere Zeitperioden gelten.

Eine solche Analyse von Dominanzen, Verflechtungen und zeitlicher Reichweite von Taktgeberfunktionen könnte wesentlich dazu beitragen, die zeitliche Struktur und Verflechtung der Gesellschaft und der unterschiedlichen Akteure (aber auch unterschiedlicher Städte) soweit zu analysieren, dass Handlungspotentiale ausgelotet werden können.

Den Taktgebern stehen die *Taktnehmer* gegenüber, also die Institutionen, Gruppen und Individuen, die sich den Vorgaben weitgehend anzupassen haben. Dabei ist der Grad der Anpassung abhängig von der Dominanz der Taktgeber bzw. der Verhandlungsmacht und Widerstandskraft der Taktnehmer. Das lässt erkennen, dass in der Auseinandersetzung zwischen Taktgebern und Taktnehmern Konfliktstoff steckt – wie sich u.a. an den Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit ablesen lässt.

Aber nicht nur zwischen Taktgebern und Taktnehmern treten Konflikte auf, sondern auch zwischen unterschiedlichen Taktgebern (→ I: "Zeitkonflikte"). Ein Beispiel wären

Grundbegriffe der Zeitpolitik

unterschiedliche unternehmerische Strategien der zeitlichen Ausdehnung der Produktion in die Nacht und ins Wochenende. Schließlich ergeben sich auch zwischen denen, die sich an externe zeitliche Vorgaben anzupassen haben, Konflikte, wie sich am Beispiel von Kita-Öffnungszeiten (Wünsche von Eltern, Vorstellungen der Erzieherinnen und Erzieher, pädagogische Konzepte) zeigen lässt.

Literatur

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (1998): Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen. Berlin. [Dort insb. Kap 6.1: Analyse von Taktgebern und Kap. 6.2: Zeitkonflikte].

Dietrich Henckel (1998): Zeitstrukturen. In: Helmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt – Soziologische Stichworte, Opladen, S. 310-319.

Jeremy Rifkin (1988): Uhrwerk Universum. Die Zeit als Grundkonflikt des Menschen, München. [Der englische Originaltitel "Time Wars" macht deutlich, dass es um Konflikte über Zeit geht.]

Autor

Prof. Dr. Dietrich Henckel, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: d.henckel@isr.tu-berlin.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Vergleichzeitigung

Das zeitliche Organisationsprinzip "Gleichzeitigkeit" ist nicht neu. Schon immer haben Mütter während der Hausarbeit und früher auch bei der Arbeit auf dem Feld ihre Kinder betreut und versorgt. Auch sog. "Arbeitsessen" sind keine Errungenschaft der jüngsten Zeit, obgleich sie in dieser stark zugenommen haben. Seit etwa zwei Jahrzehnten jedoch sind die Bemühungen spürbar größer geworden, möglichst viele Tätigkeiten zeitlich zu parallelisieren.

Auf den Bildschirmen unserer Computer sind häufig mehrere "Fenster" gleichzeitig offen und aktiv, im Nachrichtenfernsehen und im Internet versorgen uns Sprecher und mehrere Infobänder gleichzeitig mit Informationen. Fernsehen, Radio und Internet können nebeneinander und parallel genutzt werden. Viele Angestellte bearbeiten gleichzeitig mehrere Projekte. Handy und Laptop sind ortsunabhängig zu gebrauchen. In Autos, Zügen, Bussen, U-Bahnen und Flugzeugen können wir zugleich arbeiten, online sein, Radio hören und telefonieren. E-Mails, Anrufe auf dem Festnetz und auf unserem Handy erreichen uns gleichzeitig. Und während wir schlafen laufen die Faxe aus Übersee ein.

"Multitasking" heißt das aus dem Amerikanischen übernommene Schlüsselwort für diese Tendenz. Dessen Praxis macht die Menschen zu Simultanten, zu Subjekten, die gleichzeitig tätig und nebetätig sind.

Es ist primär die Ökonomie, die diese neue Form der Zeitorganisation vorantreibt. Karl Marx hatte das vorausgesehen und sich dafür den Begriff der Intensifikation einfallen lassen. Im Kapital notiert er: "Neben das Maß der Arbeitszeit als ausgedehnte Größe tritt jetzt das Maß ihres Verdichtungsgrades."

Wachstum, so die ökonomische Logik, bedarf der Beschleunigung, und zwar einer Beschleunigung, die das Verhältnis von Zeit und Geld zugunsten des Geldes verbessert. Dafür existieren zwei Möglichkeiten. Zum einen, die Erhöhung der Geschwindigkeiten (z.B. schnellere Produktion, schnellerer Transport, schnellerer Konsum, schnellere Information), und zum anderen, die Vergleichzeitigung der Prozesse, die Zeitverdichtung. Die Strategie der Geschwindigkeitssteigerung ist, zumindest dort wo wir bei Lichtgeschwindigkeit angekommen sind (beim Informationstransport), an eine natürliche Grenze gestoßen. Konsequenterweise bleibt dann für die Ökonomie nur mehr die Wachstumsstrategie der Zeitverdichtung.

Die sog. "neuen Technologien" sind genau auf diesen Zweck hin ausgelegt. Die Geräte, die Instrumente, die Arbeitsmittel und die Unterhaltungsmedien – sie alle ermöglichen es den Nutzern, immer häufiger, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun. Auf der Seite der Konsumenten korrespondiert dieser Entwicklung das mit viel Werbeaufwand geförderte Bedürfnis, an möglichst vielen Erfahrungen, Erlebnissen und Ereignissen gleichzeitig Anteil haben zu können, um damit das zeitlich begrenzte Leben zu verdichten (mehr Leben im Leben zu leben).

Die Vergleichzeitigung unseres Alltags hat fundamentale Auswirkungen auf die gesellschaftlichen, die sozialen und die subjektiven Lebensformen. Wir können eine zunehmende Individualisierung der Zeitorganisation feststellen. Dies hat den Effekt, dass die Subjekte einen immer größer werdenden Teil ihrer Zeit für die Organisation der Zeit geben und verbrauchen. Die durch die Vergleichzeitigung forcierte "Befreiung" von den traditio-

Grundbegriffe der Zeitpolitik

nellen gesellschaftlichen und sozialen Zeitstandards geschieht letztlich um den Preis eines weiter wachsenden Zeitdrucks und eines noch größeren Aufwandes für die Zeitorganisation.

Literatur

Manuel Castells (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Teil 1. Opladen.

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (2000): Alles zu jeder Zeit. Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität, Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung 36).

Karlheinz A. Geißler (2004): Alles. Gleichzeitig. Und zwar sofort – Unsere Suche nach dem permanenten Glück. Freiburg 2004.

Autor

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler, Universität der Bundeswehr München, Tutzingen Projekt "Ökologie der Zeit" und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: karlheinz.geissler@unibw-muenchen.de

Internet: www.zeitoeekologie.org

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitinstitutionen

Institutionen sind geronnene soziale Beziehungen ("verfestigte Relationen", Schülein 1987) oder einfach eine bestimmte Form von Regelmäßigkeit im Zusammenleben der Menschen. Ohne diese wäre weder eine Gesellschaft als ganze noch ein soziales Teilsystem funktionstüchtig. Institutionen entlasten die Menschen von grundsätzlichen oder alltäglichen Entscheidungen, indem sie Handlungsroutinen ermöglichen (Gehlen 1975). Hierdurch können sie aber auch restriktiv wirken und die Freiheit des Individuums einschränken. Damit haben Institutionen sowohl befreienden als auch einengenden Charakter.

Unter einer *Zeitinstitution* (Maurer 1992) versteht man dementsprechend jede Art von sozialer Regel oder Konvention, die sich auf die Dimension bzw. den Umgang mit der Zeit bezieht. Zeitinstitutionen sind gleichsam die Bausteine jeder gesellschaftlichen *Zeitordnung* und *Zeitkultur* (→ I: "Zeitkultur"). Sie umfassen alle nur denkbaren zeitlichen Regelmäßigkeiten, deren Urheber im weiteren Sinne Menschen sind. Zeitinstitutionen können sowohl durch bewusste Verabredungen als auch stillschweigend, hinter dem Rücken der handelnden Akteure erzeugte soziale Strukturen sein, innerhalb derer sich zeitliche Abläufe bezogen auf eine Gruppe von Menschen oder gar auf eine ganze Kultur zu bewegen haben.

Das Spektrum dessen, was den Menschen als Zeitinstitution im Alltag gegenübertritt, ist sehr breit. Zu den Zeitinstitutionen gehört der – arbeitsfreie – Sonntag als jahrtausende alte kulturelle Überlieferung ebenso wie ein Geburtstag, der gültige Kalender eines Landes ebenso wie das tägliche Ritual, mit dem jemand sein morgendliches Aufstehen gestaltet. Andere Zeitinstitutionen sind beispielsweise die Ladenöffnungszeiten, der Jahresurlaub oder Fahrpläne von Bus und Bahn, sind Stundenpläne in der Schule, der regelmäßige Zeitpunkt und zeitliche Ablauf eines Gottesdienstes ebenso wie die TV-Samstagabend-Shows am Wochenende oder das berühmte "Saturday-night-fever", das die jüngeren Generationen erfasst. Sogar der Zeitmodus Zukunft, das heißt dessen Existenz an sich, kann als zeitliche Konvention (der Fernorientierung) und damit als Zeitinstitution aufgefasst werden (Rinderspacher 1994). Unter dem Begriff der Zeitinstitution versteht man im gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskurs etwas eingeschränkt zumeist Arbeitszeit- oder Freizeitinstitutionen wie das freie Wochenende etc.

Grundsätzlich lassen sich *formelle* von *informellen* (Zeit-) Institutionen unterscheiden. Ein erheblicher Teil von Zeitinstitutionen unterliegt einer gesetzlichen Regelung, wie die zulässige Höchstgeschwindigkeit in Ortschaften, die Mindestanzahl der Semester bis zur Anmeldung zum Diplom oder das Lebensalter (bzw. die Erwerbsdauer) für den Bezug einer staatlichen Rente. Andere Zeitinstitutionen dagegen reproduzieren sich ausschließlich aus der gelebten Praxis heraus: beispielsweise der Karneval oder der Osterspaziergang am (wiederum gesetzlich geregelten) Ostersonntag. Viele zeitliche Konventionen sind also zum Teil über Jahrtausende lediglich im kollektiven Gedächtnis einer Kultur, einer Sippe oder Familie aufbewahrt und (über-) leben allein von der mündlichen Überlieferung. Grundsätzlich besteht keine eindeutige Zuordnung einer Zeitinstitution zu einem dieser beiden Regelungsmodi formell/informell. Vielmehr können Zeitinstitutionen, wie etwa der Sonntag und der Ladenschluss zeigen, in unterschiedlichen Gesellschaften

Grundbegriffe der Zeitpolitik

und/oder in unterschiedlichen Epochen jeweils anders oder überhaupt nicht formell geregelt sein.

Nichtsdestoweniger sind die meisten gesellschaftlichen Zeitinstitutionen der Makro-Ebene jedoch auf den Rückhalt großer sozialer Teilsysteme wie Staat, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände angewiesen. Mit Ausnahme des Staates, der (idealerweise) dem Gemeinwohl verpflichtet ist, nutzen diese ihren jeweiligen Einfluss, um solche Zeitinstitutionen zu etablieren und aufrecht zu erhalten, die ihrem spezifischen Auftrag förderlich sind. Aus zum Teil lang anhaltenden Konflikten widerstreitender Interessen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entstehen nicht selten als Kompromissformel zwischen verschiedenen Machtzentren gesetzlich geregelte Zeitinstitutionen. So findet sich die Festschreibung der Sonntagsruhe in der deutschen Verfassung am Ende einer Jahrzehnte währenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Oder die Machthaber in Deutschland installierten nach 1933 im Widerstreit der Ideologien einen umfangreichen nationalsozialistischen Feiertagszyklus, der die christlichen Feiertage überlagern und den kirchlichen Einfluss zurückzudrängen sollte.

Zeitinstitutionen und der Umgang mit ihnen sind auch *kulturspezifisch* differenziert, sowohl was deren Regulationsstruktur als auch deren Inhalt betrifft. Einige Kulturen neigen eher zu rechtlichen Institutionalisierungen, während andere mehr auf informelle Strukturen, das heißt auf die gelebte Praxis rekurrieren. Doch unterscheiden sich Zeitkulturen und deren Zeitinstitutionen auch danach, wie ernst sie zeitliche Vorschriften, formelle wie informelle, nehmen und ob bzw. welche Sanktionen (formalisierte oder spontane) deren Übertretung nach sich ziehen. Prominentestes Beispiel hierfür ist der sehr unterschiedliche Umgang mit der Zeitinstitution "Pünktlichkeit", aber auch die durchschnittliche Gehgeschwindigkeiten in einer Kultur oder die Genauigkeit der Uhren (Levine 1999) sind gute Indikatoren der Applikation zeitlicher Normierungen.

Zeitinstitutionen sind – wie Institutionen allgemein – permanent in Bewegung. Sie haben als solche eine je spezifische Entstehungsgeschichte, eine mehr oder weniger starke Performanz in der Gegenwart und schließlich streben sie "in the long run" mit großer Wahrscheinlichkeit ihrer Auf- oder Ablösung durch neue Institutionen zu. In diesem Zusammenhang ist seit den 1980er Jahren im Zuge der Pluralisierung und des Wertewandels in den westlichen Gesellschaften ein stärkerer Hang zur Infragestellung von Institutionen als solcher, so auch von Zeitinstitutionen, zu beobachten. An deren Stelle treten nicht selten individuell fundierte zeitlicher Gepflogenheiten, die auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Person oder einer kleineren sozialen Gruppe zugeschnitten sind. Damit kann man zwar nicht von einer generellen Deinstitutionalisierung sprechen, wohl aber von einer Tendenz zu zeitlichen Übereinkünften in kleineren sozialen Einheiten, an deren Existenz die Beteiligten unmittelbar(er) beteiligt sind. Inwieweit sich dieser Trend fortsetzt, bleibt abzuwarten.

Entgegen einer immer wieder geäußerten Vermutung trägt die Individualisierung bzw. Deinstitutionalisierung von Zeitstrukturen von sich aus jedoch weder im Makro- noch im Mikro-Bereich notwendig zu einer Erhöhung des Zeitwohlstandes (→ I: "Zeitwohlstand") bei.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Literatur

Arnold Gehlen (1975): Urmensch und Spätkultur. 3. Aufl. Frankfurt a.M.

Robert Levine (1999): Eine Landkarte der Zeit. Wie Kulturen mit der Zeit umgehen. München, Zürich.

Andrea Maurer (1992): Alles eine Frage der Zeit? Die Zweckrationalisierung von Arbeitszeit und Lebenszeit. Berlin.

Jürgen P. Rinderspacher (1994): Zukunft als Weltanschauung. In: E. Holst / J. P. Rinderspacher / J. Schupp (Hrsg.): Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt a. M., New York, S. 45-76.

August Schüleln (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse. Opladen.

Autor

Dr. Jürgen P. Rinderspacher, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hannover).

Kontakt: j.rinderspacher@gmx.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitkonflikte

Es ist davon auszugehen, dass sich die zeitlichen Folgen gesellschaftlichen Wandels zunehmend als zeitliches Konfliktpotenzial verdichten. Die Ökonomisierung von Zeit, die Flexibilisierung und Entgrenzung gesellschaftlicher Zeitstrukturen, die Beschleunigung und Ausdehnung von Aktivitäten, aber auch die wachsende funktionale Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft sowie der Wandel des Geschlechterverhältnisses und die Pluralisierung von Lebensformen u.a.m. begründen die Zunahme von zeitlichem Problemdruck, auf den Zeitpolitik reagiert.

Zeitkonflikte sind immer Ausdruck von Ungleichgewichtigkeiten, Gegensätzlichkeiten oder auch von Kollisionen. Es können unterschiedliche Ansatzpunkte unterschieden werden. Im Widerstreit stehen erstens unterschiedliche Zeitlogiken sowie Zeitinstitutionen (→ I: "Zeitinstitutionen"), im Sinne gesellschaftlicher Zeitstrukturen, -normen bzw. -praktiken. Beispielsweise besteht ein Zeitkonflikt, wenn die Arbeitszeiten der Eltern nicht sinnvoll auf die Betreuungszeiten der Kinder oder die Fahrpläne des öffentlichen Personen Nahverkehrs abgestimmt sind. Eine andere Art von Zeitkonflikt entsteht dann, wenn z.B. die zeitliche Logik emotionaler Beziehungen der Fürsorge, die Geduld und Einfühlung erfordern, mit der Logik der Arbeitswelt, die auf Effizienz und Zweckrationalität ausgerichtet ist, zusammenprallen (→ II: "Familie").

Zweitens konfliktieren institutionalisierte Zeiten mit individuellen Zeitbedürfnissen und -praktiken. Beispielsweise weist die Diskrepanz zwischen den individuellen Rhythmen der Lern- und Aneignungsprozesse von Kindern und Jugendlichen einerseits und den kleinteilig strukturierten Schulzeiten andererseits ebenfalls auf Zeitkonflikte hin (→ II: "Bildung"). Ebenso kann die zeitliche Verdichtung bzw. Unvereinbarkeit unterschiedlicher Anforderungen im Spannungsfeld zwischen verlängerten beruflichen Qualifizierungszeiten, einem engagierten Berufseinstieg, der Familiengründungsphase und tendenziell verkürzten Lebensarbeitszeiten – ein Phänomen, das derzeit unter dem Begriff "*rush hour of life*" diskutiert wird - als Zeitkonflikt in der Perspektive des Lebensverlaufs gedeutet werden.

Zeitkonflikte können drittens zwischen den Zeitinteressen und -bedürfnissen von Individuen bzw. Personengruppen sowie als Rollenkonflikt auch innerhalb einer Person auftreten. Dabei ist nicht nur zu denken an die klassische Konfliktkonstellation im Zusammenhang mit Ladenöffnungszeiten, wenn sich die Zeitinteressen der Menschen vor und hinter der Ladentheke gegenüber stehen. Auch innerhalb von Familien ist Zeit kein konfliktfreies Gut: zwischen Partner/innen bzw. zwischen Eltern und Kindern kommt es zu Zeitkonflikten, wenn es um das auszuhandelnde Verhältnis von gemeinsamer Zeit und "Zeit für sich" geht. Grundsätzlich ergeben sich Zeitkonflikte aus dem Wunsch bzw. der Notwendigkeit, verschiedene zeitliche Muster, zeitliche Logiken oder zeitliche Interessen im Alltag - aber auch im Lebensverlauf - sinnvoll aufeinander zu beziehen und zu integrieren.

Der Begriff Zeitkonflikte soll es ermöglichen, im Feld der lokalen Zeitpolitik(-forschung) analytisch präziser arbeiten und vor allem in gestalterischer Absicht Ansatzpunkte für ein zielgerichtetes "Eingreifen" identifizieren zu können. Im Rahmen einer Untersuchung zu den Auswirkungen zeitstruktureller Veränderungen auf die städtische Entwicklung

Grundbegriffe der Zeitpolitik

entstand ein Konzept von Zeitkonflikten, welches diese in erster Linie als Konflikte zwischen Taktgebern und Taktnehmern (→ I: "Taktgeber/ -nehmer") beschreibt (Eberling/Henckel 1998). Theoretisch werden Zeitkonflikte mit Hilfe des ökonomischen Erklärungsansatzes "externer Effekte" gefasst. Danach entstehen Zeitkonflikte durch "externalisierte", d.h. durch nach außen verlagerte Zeitkosten. Beispielsweise büden Unternehmen oder andere Taktgeber dem sozialen Umfeld ihre Zeitordnung (Arbeitszeitflexibilisierung oder bestimmte Öffnungszeitmuster) in Form erhöhter zeitlicher Abstimmungsleistungen auf, die von Arbeitnehmer/innen oder auch von Zulieferern zu erbringen sind.

Zeitkonflikte sind immer auch Hinweis auf bzw. Ergebnis von asymmetrischen Machtverhältnissen und unterschiedlichen Relevanzstrukturen. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass dabei vor allem der lebensweltliche Bereich schwächer gestellt ist, die jeweils eigenen Zeitvorstellungen, -bedarfe und zeitbezogenen Interessen gegenüber dominanten Handlungslogiken aus dem Bereich der Wirtschaft oder der Politik /Verwaltung geltend zu machen (Mückenberger 2004).

Zeitkonflikte brechen häufig im Lebensalltag der Menschen, d.h. auf der Ebene des nähräumlichen Lebensumfeldes auf und werden dort spürbar – auch wenn die Verursachungszusammenhänge meist auf übergeordneten Handlungsebenen zu finden sind. "Lokale Zeitkonflikte" betreffen die konkrete Alltagsgestaltung der Menschen vor Ort und kennzeichnen einen zentralen Gegenstand lokaler Zeitpolitik (→ I: "lokale Zeitpolitik"). Die alltäglichen Zeitarrangements von Individuen, Familien oder anderen sozialen Gruppen werden bestimmt von der Organisation der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, vom Verhältnis zwischen den Geschlechtern und den Generationen sowie vom raum-zeitlichen Geflecht der Infrastruktur, des Dienstleistungsangebots und den sozialen Netzen im lokalen Lebensumfeld.

Die Forschung zu zeitpolitischer Praxis hat gezeigt, dass lokale Zeitkonflikte häufig nicht umstandslos also solche zu erkennen sind und einfach "vorliegen". Vielmehr sind sie das Ergebnis kollektiver Deutungsleistungen. Sie erhalten dann ihre Gestalt, wenn beteiligte Akteure, Betroffene bzw. "die Öffentlichkeit" soziale Konfliktlagen in einem diskursiven Prozess so interpretieren und gewichten, dass die zeitliche Dimension als eine relevante hervortritt (Heitkötter 2003).

Das wachsende zeitliche Konfliktpotenzial in unserer Gesellschaft erfordert neue Formen und Verfahren der Steuerung. Bestehende Routinen und Regelungen politischer Gestaltung greifen zu kurz. Insbesondere die lokale Zeitpolitik setzt hier mit bereits erprobten Instrumenten der Aushandlung und der Beteiligung an (→ III: "Zeitbüro", "Zeitpakte"). Es ist eine der zentralen Aufgaben *expliziter* Zeitpolitik (→ I: "Zeitpolitik" / "lokale Zeitpolitik"), Zeitkonflikte erstens als solche erkennbar werden und ins öffentliche Bewusstsein treten zu lassen, sie zweitens aus dem Bereich eines "persönlichen Problems" herauszuheben und zu politisieren, um sie drittens gesellschaftlich bearbeitbar zu machen.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Literatur

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (1998): Kommunale Zeitpolitik. Berlin.

Martina Heitkötter (2003): Lokale Zeitpolitik und die Bedingungen der Gestaltbarkeit lokaler Zeitkonflikte. Untersucht am Beispiel des Modellprojekts ZeitBüro Bremen-Vegesack. Unveröffentlichte Dissertation.

Ulrich Mückenberger (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung. Berlin.

Autorin

Dr. Martina Heitkötter, Deutsches Jugendinstitut und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: heitkoetter@dji.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitkultur

Jede Kultur hat eigene Vorstellungen über das Wesen der Zeit, kennt eine eigene Zeitordnung und hinterlässt eigene zeitliche Fingerabdrücke. Der kulturellen Bedingtheit unseres Zeitbewusstseins und unseres Umgangs mit Zeit sind wir uns jedoch zumeist nicht bewusst. Als "stumme Sprache" hat der Anthropologe Edward Hall entsprechend die Regeln der *sozialen Zeit* (Emile Durkheim) bezeichnet. Doch Zeit spricht – und zwar mit Akzent.

Die Genese sozialer Zeitordnungen beruht auf der Notwendigkeit der Synchronisation und Koordination des kollektiven Lebens. Ihre sozialen Ursprünge liegen in der Koordination von Jagd, Aussaat und Ernte und einhergehenden kultischen Zeremonien, Ritualen und Festen, aber auch in der Festlegung von Initiations- und Übergangsriten, Begräbnissen, Kriegszügen und anderen kollektiven Vorhaben. Ihre Funktion liegt primär in der Subsistenzsicherung.

Zwar gibt es, wie Norbert Elias in seinem Buch "Über die Zeit" (1984) schreibt, "Stufen in der Entwicklung menschlicher Gesellschaften, auf denen Menschen kaum irgendwelche sozialen Zeitbestimmungsprobleme haben, die eine aktive Synchronisierung ihrer eigenen Gruppentätigkeiten mit anderen Veränderungen im Universum erfordern". Doch unabhängig von ihrem Entwicklungsstand, ungeachtet bis zu welchem operationalen Niveau, bis zu welcher "Synthesehöhe" (Norbert Elias) Sozietäten die Entwicklung der sozialen Zeit vorangetrieben haben, stets tritt sie als Ordnungsmuster der grundlegenden Prozesse des sozialen Lebens auf.

Zeit als soziale Konstruktion, als symbolische Sinnstruktur ist somit "in allen Gesellschaften anzutreffen, auch wenn ein expliziter Begriff von Zeit fehlt und die Formen des Zeitbewusstseins und der Zeitrechnung stark variieren; d.h. Zeit ist eine universale Sinnstruktur, ein Strukturmerkmal von Gesellschaft überhaupt" (Bergmann 1983). In Übereinstimmung mit den wichtigsten soziologischen Zeit-TheoretikerInnen kann soziale Zeit somit als eine *Orientierungs-, Ordnungs- und Integrationsstruktur* zur Koordinierung, Sequenzierung und Synchronisierung der gemeinsamen Aktivitäten der Mitglieder einer Sozietät definiert werden. Sie ist eine "symbolische Sinnstruktur, mit deren Hilfe die Welt begriffen und geordnet werden kann. Sie ist soziologisch als eine intersubjektive Konstruktion der Wirklichkeit anzusehen, mit deren Hilfe wir natürliche und soziale Ereignisse ordnen" (Bergmann 1983).

Zeitordnungen sind *Machtordnungen* und verweisen auf die einer Gesellschaft zugrundeliegenden Herrschaftsverhältnisse. Sowohl auf makro- wie mikrosoziologischer Ebene bevorteilen oder benachteiligen Zeitordnungen in ihnen angelegte Handlungschancen. Macht kann sich so legitimieren und stabilisieren. *Dispositionsmacht* über Zeit ist die Schlüsselvariable für die Organisation und Qualität des Alltags.

Zeitordnungen bestimmen über Wechsel und Dauer, erzeugen Wiederholungen und Gewohnheiten. Sie bezeichnen Anfangs- und Endpunkte, Phasen und Übergänge und definieren Handlungszeiten und Pausen. Sie lenken zukünftige Ereignisse in vorgezeichnete Bahnen und machen Handeln voraussehbar und sozial integrierbar. Je lückenloser, je dichter das Zeitgitter, desto intensiver die Nutzung der Zeit. Zeitordnungen sind in allen Kulturen, Institutionen und Organisationen anzutreffen.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitkulturen sind geprägt von historischen, religiösen, wirtschaftlichen, klimatischen, geographischen und politischen Einflüssen. Als Referenzpunkte dienen natürliche Vorgänge (seien es physikalische, biologische, kosmologische Abläufe), soziokulturelle Traditionen, soziale Tätigkeiten.

Die von zahllosen ethnologischen Studien belegte Vielfalt an Zeitkulturen ergibt sich aus der unterschiedlichen Ausgestaltung der sozialen Zeit innerhalb dieser Rahmenbedingungen. Es gibt also nicht *die* Zeitkultur, sondern eine Vielfalt an unterschiedlichen Zeitkulturen.

Diese Zeitvielfalt jedoch ist bedroht. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass die Zeitlandschaft moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften so komplex und vielfältig ist wie nie zuvor. Doch im Zuge von Industrialisierung, Technisierung und Ökonomisierung, Verstädterung und Globalisierung machen sich Tendenzen einer weltweiten Homogenisierung bemerkbar. Die Welt schwingt zusehends im gleichen Takt – und den bestimmt die Wirtschaft.

Kulturelle Zeitvielfalt ist jedoch, analog der Biodiversität in ökologischen Systemen, eine wichtige Ressource. Multikulturalität heißt auch Multitemporalität. Kulturelle Zeitvielfalt gilt es daher zu beachten und gegebenenfalls zu schützen.

Literatur

Werner Bergmann (1983): Das Problem der Zeit in der Soziologie. Ein Literaturüberblick zum Stand der "zeitsoziologischen" Theorie und Forschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 35. Jg., S. 462-504.

Norbert Elias (1984): Über die Zeit. Frankfurt a.M..

Robert Levine (1998): Eine Landkarte der Zeit. Wie Kulturen mit Zeit umgehen. München.

Jürgen P. Rinderspacher / Dietrich Henckel / Beate Hollbach (Hrsg.) (1994): Die Welt am Wochenende. Entwicklungsperspektiven der Wochenruhetage. Ein interkultureller Vergleich. Bochum.

Autor

Dr. Michel Baeriswyl, Sozialphilosoph und Kulturwissenschaftler und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Zürich).

Kontakt: baeriswyl@intaktrec.ch

Internet: www.zeitkultur.ch

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitmuster

Wir sprechen von Zeitmustern, wenn wir ein zeitliches System benennen, das eine spezifische (eine bestimmte qualitative) Anordnung von Teilen hat. Die Zeit tritt bei Zeitmustern nicht als Kontinuum in Erscheinung – sonst könnten wir nicht von "Muster" sprechen – sondern in einer bestimmten Sequenzierung.

Wir unterscheiden drei Zeitmuster:

- die Rhythmik,
- den Takt,
- die Gleichzeitigkeit.

Die Rhythmik ist eine allgemeine Grundeigenschaft des Lebens und deren anorganischen Voraussetzungen. Unter *Rhythmus* ist das wiederholte Durchlaufen von Zuständen mit etwa gleicher Ausprägung zu verstehen. Die Wiederholung des Ähnlichen, die Wiederholung mit Variationen ist das Prinzip des Rhythmus.

Durch rhythmisch gestaltete Zeitordnungen werden unterschiedliche Funktionen in einem komplexen Zeitgeschehen koordiniert (z.B. Puls und Atmung). Die Länge eines "Zyklus" nennt man Periode. Eine "Periode" benennt jene Zeitspanne, die das einmalige Durchlaufen einer rhythmischen Schwingung im Durchschnitt kennzeichnet.

Natürliche, aber auch soziale Systeme verlaufen rhythmisch, d.h. ihre Wiederholungsdynamik weist Unschärfen auf, die u.a. für deren Entwicklungsprozesse (Evolution) ursächlich sind. Da die Rhythmen nicht starr fixiert sind, erlauben sie den Systemen Anpassungen an sich verändernde Umweltbedingungen (Elastizität).

Der Begriff des *Taktes* leitet sich aus dem lateinischen "tactus" = Schlag ab. Im 17. Jahrhundert wurde dieser Begriff in die Musik als metrische Einheit eingeführt. Der Takt wurde in der Tonkunst ursprünglich zur Markierung der Zeitschritte durch Schlaginstrumente benutzt. Wie der Sekundenzeiger bzw. das Ticken der Uhr teilt der Takt Bewegungen in möglichst genaue (und damit starre) identisch große Teile. Der Takt macht die Teile gleich und gleich-gültig. Er ist (im Gegensatz zum Rhythmus) Wiederholung ohne Abweichung.

Die Gleichförmigkeit der Prozesse ist Ziel taktmäßiger Organisation. Die hierdurch produzierte Monotonie macht die Probleme einer weitgehend vertakteten Welt offensichtlich (→ I: "Taktgeber / Taktnehmer").

Der Takt ist mechanisch, der Rhythmus lebendig. Dem Takt schuf der Mensch im Alltagsleben insbesondere durch die Vorbildhaftigkeit des Uhrwerkes seinen prominenten Platz. Der Takt der Uhr ermöglicht die Teilung und die Zerteilung der Zeit ohne Rücksicht auf die Rhythmizität des Lebendigen.

Gleichzeitigkeit (→ I: "Vergleichzeitigung") ist jenes Zeitmuster, bei dem taktförmige und rhythmische Prozesse zu gleicher Zeit ablaufen. Wir sprechen z. B. von Simultanverarbeitung (Multitasking), wenn parallel mehrere Aufgaben (die Takte und/oder Rhythmen vorgeben) bearbeitet werden. Das Nacheinander von Geschehnisketten, das Eins-nachdem-anderen wird zugunsten der Simultanität aufgelöst. Diese bezweckt die Verdichtung (Intensifikation) von Handlungen, Erlebnissen, Wahrnehmungen und Empfindungen.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Das Verschiedene wird hierdurch nicht hintereinander sondern gleichzeitig erfahrbar und gestaltbar. In dieser simultanen Bearbeitung von Unterschiedlichem liegen die Rationalisierungsgewinne und diese wiederum machen die Attraktivität der postmodernen Vergleichzeitigungstendenz aus.

Literatur

Karlheinz A. Geißler (2004): Vom Tempo der Welt. Freiburg.

Martin Held / Karlheinz A. Geißler (Hrsg.) (1995): Von Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart.

Autor

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler, Universität der Bundeswehr München, Tutzinger Projekt "Ökologie der Zeit" und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: karlheinz.geissler@unibw-muenchen.de

Internet: www.zeitoekologie.org

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitnot

Jeder kennt scheinbar *selbstgemachte* Zeitnot: Zu spät aufgestanden, in den Stau geraten, zu viel Pensum in den Tag gestopft oder aufgehalst bekommen, Zeit mit "Unwichtigem" vertrödelt, und dann fällt auch noch ein Mitarbeiter, eine Kollegin aus: Das Chaos ist perfekt und der Mensch wieder einmal reif fürs Zeitmanagement-Training: Prioritäten setzen! Selbstdisziplin! Nein Sagen! - Ja!!! Aber das ist leider nur die Spitze des Eisbergs.

Wie genau entsteht Zeitnot? Soziologen erklären sie aus dem *sozialen* Ursprung von Zeit. Danach ist Zeit keine Naturkonstante, sondern eine gesellschaftliche Konvention, eine soziale Ordnungsleistung - eine "Erfindung" des Menschen zur Bewältigung des Lebens. Zeit wird durch *soziale* Ereignisse strukturiert und in Relation zu diesen Bezugspunkten gemessen. Alle Zeitsysteme können auf die *Notwendigkeit zur Synchronisation und Koordination des kollektiven Lebens* zurückgeführt werden und haben ihre Ursprünge in kultischen Zeremonien und Ritualen, jahreszeitlichen Festen, Jagden, Kriegszügen, Märkten, Stammeskongressen usw. Reicht in so genannten "einfachen Gesellschaften", für lokale Zwecke und kleine, eng verflochtene Gruppierungen ein qualitatives Zeitsystem aus (wenn die Sonne untergeht, so lange der Reis kocht), wird für expandierende Interaktionen bei unterschiedlichem geographischen, sozialen und kulturellem Hintergrund eine Art "Zeit-Esperanto" erforderlich: das abstrakte Bezugssystem der astronomischen bzw. kalendarischen Zeit und schließlich die Zeitmessung durch Uhren. Mit wachsender Größe und Verdichtung des Beziehungsgeflechts von Handel und Produktion, mit Verstärkung und Differenzierung sozialer Subsysteme, damit zunehmenden Koordinations- und Konsensanforderungen verengt sich das Zeitraster - und verknappt sich die Zeit.

Die Entstehung und Funktionsweise von Zeitsystemen (sowie das dazugehörige Zeitbewusstsein) folgt also nicht einer naturwüchsigen Gesetzlichkeit, sondern ist wesentlich das Ergebnis der *sozialen Organisation der Arbeit*. In einem konflikthaften sozialen Prozess, eng gekoppelt an den ökonomischen, technischen und sozialen Wandel zwischen Spätmittelalter und Neuzeit (Ausbau des Handelskapitals und Kreditwesens, Steigerung der Warenproduktion und des Warenverkehrs, Entwicklung von Arbeitsteilung, Industriekapitalismus, protestantischer Ethik) hat sich die heutige moderne Zeitordnung herausgebildet.

Bedeutete die Industrialisierung die Ablösung von natürlichen Rhythmen und die Einführung von linearer Uhrzeit, abstraktem Zeitverständnis und Zeitdisziplin in die Arbeitswelt, erzeugten im 19. Jahrhundert der Telegraph und die Eisenbahn bis dahin unbekannte Notwendigkeiten zu landesweiter Zeitkoordination, formen derzeit die Globalisierung der Märkte und des Informationsaustausches mittels neuer Informations- und Kommunikationstechnologien Zeiterfahrung und kollektives Zeitbewusstsein um. Zur Kostenseite dieser Entwicklung gehören ein Qualitätswandel, häufig ein Qualitätsverlust von Zeit - und paradoxerweise Zeitverknappung durch die unserem Wirtschaftssystem immanente "infinitesimale Verwertungslogik der Zeit", wie Rinderspacher (1985) zusammengefasst hat (Momo!). Sie erzwingt die ständige Beschleunigung aller Prozesse, damit Rationalisierungsmaßnahmen sowie technische und soziale Innovationen umgesetzt werden können, die wiederum minutiöse Zeitbewirtschaftung und Synchroni-

Grundbegriffe der Zeitpolitik

sierung erfordern (z.B. "just in time"-Konzepte zur Vermeidung von Lagerhaltung, zeitabhängige Tarifgestaltung bei Verkehrs- und Kommunikationsmitteln oder Energieversorgung, wobei durch globale Vernetzung tendenziell rund um die Uhr Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft erforderlich wird).

Die Auswirkungen reichen weit in den Alltag. So ist auch das "Privatleben" unter Zeitdruck, Effizienz- und Rationalitätskriterien eingepasst in Arbeitszeiten der Partner, Schulzeiten der Kinder, Öffnungs- und Betriebszeiten der Dienstleistungsinfrastruktur, Frequenzen der Verkehrsmittel, Sendeschemata der Massenmedien, die zusammen mit Terminen, Fristen, Stichtagen und Verfallsdaten eine kleinteilige Überstrukturierung der Zeit ergeben. Diese schafft als solche Zeitdruck und generiert ständig Konflikte mit zeitlichen Vorgaben und Präferenzen anderer Lebensbereiche und Interaktionspartner. Verschärft werden diese Entwicklungen durch die Verunregelmäßigung gesellschaftlicher Zeitrhythmen, die *gemeinsame* Zeit tendenziell knapp macht.

Deshalb ist Zeitnot ein Grundbegriff von Zeitpolitik und nicht einfach ein individuelles Problem, das Mann/Frau/Kind mit besserem Selbstmanagement in den Griff bekommen könnte. Sie ist vielmehr eine Folge der Verdichtung und Intensivierung aller Anforderungen, der Preis für soziale Integration bei hohem gesellschaftlichem Differenzierungsgrad und großem Koordinationsdruck.

Literatur

Michael Ende (1973): Momo. Stuttgart.

Christiane Müller-Wichmann (1996): Zeit. In: D. Kreft / I. Mielenz (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Basel (Neuaufgabe im Erscheinen 2004).

Jürgen P. Rinderspacher (1995): Gesellschaft ohne Zeit. Frankfurt a. M., New York.

Autorin

Dr. Christiane Müller-Wichmann, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: ch.m.wichmann@t-online.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitpolitik

Zeit und Politik haben viel miteinander zu tun. Es kann sich um die zeitliche Dimension politischer Prozesse ("Zeit der Politik"), um die zeitlichen Wirkungen politischer Entscheidungen ("Zeit in der Politik"), u. U. auch um die Prinzipien und Rahmenbedingungen der Nutzung von Zeit (Politik der "Zeitkultur" handeln. In jeder dieser Hinsichten findet seit Alters her Politik mit der Zeit statt. Von "Zeitpolitik" im engeren Sinne sprechen wir dann, wenn bewusst – öffentlich und partizipativ – Einfluss genommen wird auf die zeitlichen Bedingungen und/oder Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere lebensweltlichen Bedingungen der menschlichen Existenz. Vor allem das partizipative Element unterscheidet moderne demokratische Zeitpolitik von traditionellen Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitordnung (etwa die Durchsetzung der Normalzeit, die Veränderung der Arbeitszeiten, der Schulzeiten usw.). Zeitpolitik im moderneren Sinne geht davon aus, dass der demokratische Selbstregulierungsanspruch auch die zeitlichen Elemente des menschlichen Zusammenlebens und der Verhältnisse zwischen Menschen und Natur zu erfassen hat.

Wie Sozialpolitik die materiellen Lebensbedingungen gestaltet, so macht Zeitpolitik die zeitlichen Bedingungen des Alltags - Zeit als Ressource, Zeit als kulturelles Medium - zum Gegenstand bewusster, beteiligungsorientierter Gestaltung. Zeit wird dabei in zweifacher Weise verstanden:

- funktionell (quantitativ): wie kann verhindert werden, dass den Menschen Zeit "ge-raubt" wird, dass sie im Zeitgebrauch diskriminiert werden?
- kulturell (qualitativ): wie kann Menschen individuell und kollektiv ein Gebrauch von Zeit ermöglicht werden, der ihren Werten und Zielsetzungen entspricht?

Wir erkennen heute an, dass es in hoch-arbeitsteiligen Gesellschaften "Zeitkonflikte" (→ I: "Zeitkonflikte") gibt, auch dass Konflikte zwischen Zeit-"anbieter/innen" und Zeit-"nachfrager/innen" bestehen können. Sie finden vielfach im lokalen und regionalen Lebensumfeld statt oder werden dort erfahren – weshalb die "Lokale Zeitpolitik" zunehmend Aufmerksamkeit gewonnen hat (→ II: „Lokale Zeitpolitik“). Nach dem Stand des heutigen Wissens spricht Vieles dafür, dass sich die derzeit zu beobachtenden Verwerfungen in Arbeit, Familien und örtlicher Gemeinschaft in Zukunft fortsetzen, gar beschleunigen werden und damit immer neue und schwerer zu bewältigende zeitliche Problemlagen erzeugen werden. Geschieht dies ohne Abmilderung und soziale Gestaltung, so wären nicht nur das Solidaritätsnetz, das kulturelle und soziale Leben, sondern auch die Wirtschaft und die Politik der Städte und Gemeinden am Nerv getroffen.

Die Austragung solcher Konflikte allein dem Staat (und dessen normativer "Setzung") oder dem Markt (und dessen "unsichtbarer Hand") zu überlassen, erscheint immer unbefriedigender. Die Bearbeitung zeitlicher Bedarfe und Konfliktlagen erfordert vielmehr oft auch neuer Politikformen ("governance") – nämlich solcher, die im Wege der Kooperation und der Beteiligung Vieler (der "Betroffenen", der "stakeholder") intelligente Aushandlungsformen darstellen und (dadurch) faire Interessenausgleiche hervorbringen.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Literatur

Text aus: Vorwort der deutschen Fassung von: Ulrich Mückenberger / Sandra Bonfiglioli / Jean-Yves Boulin (2005): Lokale Zeitpolitik in Europa. (im Erscheinen)

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (1998): Kommunale Zeitpolitik. Berlin.

Ulrich Mückenberger (Hrsg.) (2000): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. 2. Aufl., Bremen.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hrsg.) (2003): Zeit für Zeitpolitik. Bremen.

Autor

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Forschungsstelle Zeitpolitik, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hamburg, Bremen).

Kontakt: zeitpolitik@hwp-hamburg.de

Internet: www.forschungsstelle-zeitpolitik.de oder www.time-lab.de

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Zeitwohlstand

Der traditionelle Begriff von Wohlstand, wie er etwa bei Adam Smith zu finden ist, bezieht sich im Wesentlichen auf den Besitz von bzw. die Verfügung über materielle Güter. Deren Zuwachs ist nach dem alten Verständnis die Grundlage für die Mehrung des Volkswohlstandes. Bezogen auf die schlechte materielle Situation breiter Schichten im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte diese Sichtweise zweifellos ihre Berechtigung. Mit dem hohen Niveau der Versorgung der Menschen mit Gütern und Leistungen in den sog. Überflussgesellschaften wird dann jedoch nicht zufällig seit Mitte der 1980er Jahre aus unterschiedlichen Gründen ein erweitertes Verständnis von Wohlstand postuliert. Hierzu tragen die kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeiten, die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und ihrer Zeitverwendungsmuster ebenso wesentlich bei wie in entgegengesetzter Richtung die Ausweitung der Betriebs- und Maschinenlaufzeiten in der gewerblichen Wirtschaft auf Sonn- und Feiertage.

Zum einen entsteht der Begriff des Zeitwohlstandes aus einer genuin *zeittheoretischen und -politischen* Diskussion heraus, Stichworte sind hier "Entschleunigung" (→ I: "Beschleunigung / Entschleunigung"), "Zeitsouveränität" (→ I: "Zeitsouveränität"), das "freie Wochenende" als "zeitliches Biotop" wie aber auch "Ökologie der Zeit" (Rinderspacher 1985). Der Begriff "Zeitwohlstand" steht hier für einen – stark über Institutionen vermittelten – sozio-ökonomischen Ansatz, der die gesellschaftliche und individuelle Verfügung über die Zeit als eigenständiges Ziel des Wirtschaftens, als eine Art Konsumgut postuliert. Zum anderen, teilweise überlappend, erwächst etwas später aus *verbraucher- sowie umweltpolitischer* Perspektive die Einsicht, dass ein neues Verständnis von Wohlstand, welches den Faktor Zeit mit einbezieht, wesentlich zur Schonung der natürlichen Ressourcen und gleichzeitig zu mehr Zufriedenheit der Konsumenten beitragen könnte. G. Scherhorn definiert Zeitwohlstand (den er später noch um die Dimension „Raumwohlstand“ erweitert) primär als "Wohlbefinden in der Zeit" (Scherhorn 1995; 2002). Schließlich versteht man im Diskurs *lokaler Zeitpolitik* unter Zeitwohlstand den Versuch bzw. das Gelingen eines möglichst konfliktfreien Arrangements öffentlicher Zeiten entlang der Wünsche der Bürger/innen, aber auch in Einklang mit den Interessen öffentlicher Einrichtungen, wie Behörden, Schulen und anderer mehr. Die Vermittlung dieser Interessen erfolgt mittels einer bürgernahen Moderation (→ III: "Zeitbüro"), die im Idealfall in regionale "Zeitpakte" (→ III: "Zeitpakt") mündet (Mückenberger 2004; Heitkötter 2003).

Dem Konzept Zeitwohlstand, zumindest wie es in den ersten beiden der genannten Ansätzen ausgeführt ist, liegt eine einfache heuristische Annahme zugrunde: Das Individuum wie auch die Gesellschaft haben danach entweder die Möglichkeit, ihr wirtschaftliches Verhalten auf die Maximierung von Gütern bzw. Geld (Güterwohlstand) oder von Zeit (Zeitwohlstand) zu richten. Natürlich hat diese Alternativstellung in erster Linie analytischen Charakter. In der Realität werden beide Präferenzen in nahezu beliebiger Weise miteinander kombiniert. Im ersten Fall setzt das Wirtschaftssubjekt mehr Lebenszeit ein, um ein höheres Einkommen zu erzielen. Im anderen Fall verzichtet es auf mögliches Einkommen, um Zeit (für sich) zu gewinnen. Das ist die einfache Grundidee, die so ähnlich von dem Nobelpreisträger G. Becker (Held 2002) im Zusammenhang seiner Theorie des Haushalts formuliert wurde. Diese Idee lässt sich auch auf kollektive Zusammenhänge bzw. auf Institutionen (→ I: "Zeitinstitutionen") anwenden.

Grundbegriffe der Zeitpolitik

Das Konstrukt Zeitwohlstand beinhaltet theoretisch eine Beschreibung für den Grad der Ermöglichung frei gewählter Zeitbindungen – stets bezogen auf einen Gegenstand, einen Bereich oder eine Sache, die eine (strukturelle) Schwerkraft gegenüber der freien Verwendung der Zeit ausübt. Zeitwohlstand bezieht sich m. a. W. auf einen Gegenstand oder Bereich, dessen Einfluss auf die eigene Zeitverwendung man (d.h. eine Person oder Institution) zu vermeiden trachtet. Zeitnotstand (→ I: "Zeitnot") – das ist dann jede intolérable Form einer fremdkontrollierten Zeitbindung. Das war historisch gesehen die Arbeit und seit der Industrialisierung hier besonders die Erwerbsarbeit. Immer mehr kann man heute Zeitwohlstand aber auch auf die Vermeidung von Hausarbeit, Erziehungsarbeit und ungeliebter Formen von Eigenarbeit etc. beziehen.

Das gilt ebenso für die interpersonelle Wahrnehmung. Positiv gewendet geht es beim Zeitwohlstand um die strukturelle Voraussetzung, das jeweils rechte Maß an Zeit für eine Tätigkeit zu ermöglichen: Viele Tätigkeiten sind einfach angenehmer, wenn man sie stressfrei erledigen kann. Der Begriff des Zeitwohlstandes steht unter diesem Aspekt dem Begriff der Zeitsouveränität nahe, die eine wichtige Voraussetzung für das zeitliche Wohlbefinden ist, welches aus dem Zeitwohlstand resultieren soll.

Auch wenn man das Bedürfnis des Individuums, seine Lebenszeit zu seinem eigenen Wohlergehen zu nutzen, als grundlegenden Referenzpunkt von Zeitwohlstand unterstellt, ist der Mensch doch zugleich ein soziales Wesen. Er benötigt, um Sinn und Glück zu erfahren, die Eingebundenheit in Sozialverbände. Auch soziale Gruppierungen und deren Zeitverwendung sind damit als kollektive Subjekte Referenzsysteme für Zeitwohlstand – nicht nur persönliche Subjekte. Die Familie oder jede andere Lebensgemeinschaft ebenso wie eine ganze Gesellschaft ist daher darauf angewiesen, individuelle und gemeinsame Interessen abzustimmen und ihre Zeitpläne vor diesem Hintergrund miteinander zu synchronisieren. Erst mit Hilfe solcher Abstimmungen lässt sich Zeitwohlstand im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft realisieren.

Literatur

Martin Held (2002): Zeitwohlstand und Zeitallokation. In: Jürgen P. Rinderspacher (Hrsg.): Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin, S. 15-36.

Ulrich Mückenberger (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung. Berlin.

Martina Heitkötter (2003): Lokale Zeitpolitik und die Bedingungen der Gestaltbarkeit lokaler Zeitkonflikte. Untersucht am Beispiel des Modellprojekts ZeitBüro Bremen-Vegesack. (Unveröffentlichte Dissertation)

Jürgen P. Rinderspacher (1985): Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit. Frankfurt a. M., New York.

Jürgen P. Rinderspacher (Hrsg.) (2002): Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin.

Gerhard Scherhorn (1995): Güterwohlstand versus Zeitwohlstand – Über die Unvereinbarkeit des materiellen und des immateriellen Produktivitätsbegriffes. In: Bernd Biervert / Martin Held (Hrsg.): Zeit in der Ökonomik. Perspektiven für die Theoriebildung. Frankfurt a. M., New York, S. 147-168.

Autor

Dr. Jürgen P. Rinderspacher, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hannover).

Kontakt: j.rinderspacher@gmx.de

Arbeitszeitpolitik

Arbeitszeitpolitik hat sich historisch in einer Phase herausgebildet, in der natürliche Zeitrhythmen durch gesellschaftliche Zeitinstitutionen überlagert wurden. Die Herausbildung der industriellen Moderne war dabei durch die zunehmende Trennung von erwerbsförmer Arbeit und häuslicher Arbeit geprägt. Die festen und hart sanktionierten Zeitrhythmen der Fabrikarbeit zwangen die Lohnarbeiter unter ein für sie ungewohntes Zeitregime. Erwerbsarbeitsbeginn und Arbeitsende wurden zu den wichtigsten Taktgebern der Arbeitskräfte und ihrer Familien; die regelmäßigen, zunehmend vom Maschinentakt bestimmten Tätigkeiten gaben dem Arbeitstag einen chronometrischen Verlauf, der mit der wissenschaftlichen Betriebsführung systematisiert wurde.

Während diese erste, *expansive Phase* des Industrialismus von der Durchsetzung der Zeitstrukturen des Kapitalismus bestimmt war, schloss sich eine *regulative Phase* von Zeitpolitik an, die durch die "soziale Frage" bestimmt war. Es galt aus verschiedenen Gründen – u.a. der Erhaltung der Wehrfähigkeit – das Volumen und die Verbreitung von Lohnarbeit zu begrenzen. Die Länge des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche wurden zum zentralen Thema der Arbeiterbewegung (1.Mai), der Kinder und der Frauenarbeit wurden Grenzen gesetzt. In einem Zusammenwirken von Gewerkschaften, Obrigkeitsstaat und reformorientierten Unternehmern bildeten sich die protektionistischen Institutionen des Sozialstaats, darunter: die Einführung unterer und oberer Altergrenzen bei der Nutzung von Arbeitskräften, Grenzen der Dauer und der Lage der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit (der Sonntag und die Herausbildung des freien Samstags), Vorformen des Jahresurlaubs.

Zeitpolitik ist in den letzten Jahrzehnten von unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlichen Motiven betrieben worden. Prinzipiell kann sich Arbeitszeitpolitik auf die Dauer, Lage und Verteilung von kollektiver und individueller Arbeitszeit beziehen. Im Vordergrund standen anfangs die erfolgreichen Bemühungen der Gewerkschaften, die Arbeitszeit sukzessive erst auf 40 und dann auf möglichst 35 Wochenstunden zu verkürzen. Die Dauer des Urlaubs wurde erhöht. Gleichzeitig wurden abweichende Arbeitszeiten wie Schichtarbeit, Nachtarbeit und Wochenendarbeit an Auflagen und Vereinbarungen gebunden sowie mit hohen Aufschlägen versehen. Damit wurden abweichende Arbeitszeiten für die Unternehmen teuer, für die Beschäftigten aber lukrativ, so dass ambivalente Anreize entstanden. Ein weiteres Feld der Arbeitszeitpolitik wurde mit zunehmenden Erfolgen der Arbeitszeitverkürzung die "Entdichtung" der Arbeit durch Pausenregelungen (Humanisierung der Arbeit), mit denen der zunehmenden Intensivierung entgegengetreten werden sollte. So wurde Arbeitszeitverkürzung in erster Linie mit der Verringerung der Arbeitsbelastung und der Ausdehnung von Freizeit verbunden, auch über die notwendige Erholungszeit hinaus (Entstehung von Zeitwohlstand (→ I: "Zeitwohlstand")).

Mit der Etablierung von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit schob sich die Umverteilung von Erwerbsarbeit als Hauptmotiv von Arbeitszeitverkürzungen in den Vordergrund. Instrumente waren Kurzarbeit und Vorruhestand, um einerseits Entlassungen zu vermeiden, andererseits der nachrückenden Generation einen Einstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen. Gleichzeitig setzte eine massive Flexibilisierung der Arbeitszeiten auf der betrieblichen Ebene ein, branchenweite Tarifverträge verloren an normsetzender Qualität und wurden durch Öffnungsklauseln, Ergänzungstarifverträge und Betriebsvereinbarungen

Felder der Zeitpolitik

relativiert. Arbeitszeitpolitik war der Vorreiter der Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen.

Inzwischen ist die Politik der Arbeitszeitverkürzung gestoppt und umgekehrt. Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung nach betrieblichen Bedarfen bestimmen die Entwicklung der wöchentlichen und auch der lebenslangen Arbeitszeit. Arbeitszeitpolitik ist momentan fast ausschließlich zu einem Instrument kurzfristiger Kostensenkungspolitik der Betriebe (Senkung der Stundenlöhne durch Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich) und des Staates (Erhöhung der Beiträge und Verringerung der Transferzahlungen der Sozialversicherungen durch Arbeitszeitverlängerungen) geworden. Die längerfristigen volkswirtschaftlichen und die sozialen Aspekte dieser Politik werden in den Hintergrund gedrängt und können aufgrund des zunehmenden Machtungleichgewichts kaum thematisiert werden.

Literatur

Jürgen Rinderspacher (2000): Zeitwohlstand in der Moderne (WZB discussion paper). Berlin.

Margareta Steinrücke / Helmut Spitzley / Sibylle Raasch / Ulrich Mückenberger / Eckart Hildebrandt (Hrsg.) (2001): Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Berlin.

Klaus Pickshaus / Horst Schmitthenner / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.) (2001): Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Hamburg.

Autor

Prof. Dr. Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: seeloewe@wz-berlin.de

Bildung

Als die industrielle Gesellschaft sich durchsetzte, wurde den Menschen das disziplinierte, rationale Umgehen mit objektiver, linearer Zeit oft gewaltsam von außen – nämlich von Unternehmern, Kirchen und Schulen – anezogen. Der ganz andere Zeitgebrauch der heutigen postindustriellen Gesellschaft ist dagegen in eigener Aktivität zu erlernen. Das bedeutet, die Komplexität externer und eigener Ansprüche an Zeit sind individuell zu reflektieren und zu organisieren. Dabei ist der Zeitbedarf eigener Lebensprozesse gegen externe Zwänge bestimmter Strukturierungen, Tempi und Verdichtungen von Zeit zu behaupten. Ein wichtiges Ziel von Zeitpolitik ist, dass Menschen aller Altersstufen Gelegenheiten und Unterstützungen zu solcher Selbstqualifikation finden.

Einer der Orte, an denen Qualifizierung im Umgang mit Zeit stattfindet, ist das Bildungswesen. Formal organisierter Bildungserwerb zielt auf Qualifizierung der jungen Generation für das Leben in der künftigen Gesellschaft. Doch die Bildungseinrichtungen tun sich bislang schwer damit, den raschen gegenwärtigen Veränderungen des Zeitgebrauchs zu entsprechen. Zeitpolitik setzt an verschiedenen Stellen der Nicht-Passung an.

Den aktuellen Wandel des Zeitgebrauchs in Arbeits- und übriger Lebenswelt weitgehend ignorierend, praktiziert die Schule nach wie vor Zeitmuster der industriegesellschaftlichen Moderne. Schüler arbeiten dort überwiegend in vorgegebenen Strukturen kleinteiliger Fragmentierung des Lernstoffs und der Lernphasen. Auf diese Weise werden sie in den Zeitgebrauch früherer industrieller Arbeit eingeübt. Sie praktizieren aber nicht die individualisierten Formen der Selbstbestimmung von Arbeitszeit, die in der heutigen Arbeits- und übrigen Lebenswelt unter Bedingungen zeitlicher Deregulierung und Flexibilisierung verlangt werden. Eine Reorganisation der Unterrichts- und Lernzeiten steht an. Darüber hinaus sollte das Wissen über Zeit und Reflexion des Zeitgebrauchs ausdrücklich zum fächerübergreifenden Unterrichtsgegenstand werden. Wie dies im Einzelnen geschehen könnte, müssten Pädagogen in Zusammenarbeit mit Psychologen ausarbeiten.

Dauer und Lage der schulischen Unterrichtszeiten setzen noch immer das obsolet werdende Ernährer-Hausfrauen-Familienmodell voraus. Wenn nun die Konflikte zwischen Schulzeiten und elterlichen Arbeitszeiten durch mehr Ganztagschulen verringert werden, könnte dies eine Chance sein, um auch die bisherige Zeitorganisation der Kinder und Jugendlichen in der Schule zu reorganisieren.

Autorin

Dr. Helga Zeiher, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: helga.zeiher@t-online.de

Ernährung

Um den Ernährungsbereich als Feld sozial-ökologischer Zeitpolitik zu gestalten, gilt es zu verstehen, dass die verschiedenen Akteure (Landwirte, lebensmittelverarbeitende Unternehmen, Beschäftigte, Verbraucher/innen) ihr Handeln in verschiedenen Funktionsräumen (Ökonomie, Politik, Familie, Umwelt) an zum Teil konträren Zeitlogiken ausrichten. Dementsprechend sind Konflikte zwischen "Zeitgebern" und "Zeitnehmern" vorprogrammiert (→ I: "Taktgeber / Taktnehmer"). Wenn kollektive Rhythmen zur Koordination und Kohäsion einer Gesellschaft ein öffentliches Gut darstellen, so ergeben sich daraus neue Felder politischer Gestaltung. Inwiefern sozial-ökologische Zeitpolitik im Ernährungsbereich relevant wird, zeigen folgende Beispiele:

Zeitpolitik im Dienstleistungssektor: Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, eine hohe Wettbewerbsintensität und stark schwankende Umsätze im Tages-, Wochen- oder Jahresverlauf haben den Lebensmitteleinzelhandel veranlasst, eine Vielzahl von Teilzeitanarrangements anzubieten. Den meist weiblichen Beschäftigten wird eine hochgradige Flexibilität in Bezug auf Lage und Dauer der Arbeit abverlangt. Im Prozess einer "institutionalisierten Improvisation" werden Arbeitszeiten vom Management häufig kurzfristig festgelegt. Daraus entstehen Probleme der Synchronisation von Beruf und Familie – Zeitsouveränität wird eingeschränkt. Für eine kurzfristige Verbesserung ist eine Professionalisierung der Personalpolitik durch partizipative Zeitabsprachen zwischen Management und Beschäftigten sinnvoll. Darüber hinaus sind partizipative Formen der Zeitpolitik notwendig, die sich nicht nur auf Arbeits- und Betriebszeiten beziehen, sondern das Wirkungsgeflecht aller Zeiten (z.B. Erwerbsarbeit, Öffnungszeiten von Schulen und Behörden, Reproduktionszeiten, Fahrtzeiten, Freizeitangebote) mitberücksichtigen. Erste zeitpolitische Projekte auf kommunaler Ebene erfassen in einem partizipativen Prozess Zeitbedürfnisse der Beschäftigten in verschiedenen Branchen (z.B. Einzelhandel, Behörden, Kinderbetreuungseinrichtungen), um innovative Ansätze für Arbeitszeitmodelle zu entwickeln und bedarfsgerechte Service- und Öffnungszeiten festzulegen. Im Idealfall gelingt es solchen Projekten, über das bloße Abpuffern von erhöhten Flexibilitätsanforderungen hinaus zu gehen und individuelle Zeitautonomie genauso wie gemeinsame Zeiten für Familien zu fördern.

Zeitpolitik und Mahlzeitenordnungen: Im Zuge der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen verliert die bürgerliche Mahlzeitenordnung, die auf einem gemeinsamen Frühstück, Mittag- und Abendessen im Kreis der Familie basiert, an Bedeutung. Trotzdem wird in Deutschland mit dem Konzept der Halbtagschule vorausgesetzt, dass Eltern mittags Zeit haben, für ihre Schulkinder zu kochen. Um zu vermeiden, dass Kinder ungesunde Fast Food-Gerichte essen, gilt es, durch kommunale Zeitpolitik lokale Versorgungsangebote im Ernährungsbereich zu fördern. Möglich wäre z.B. die Einrichtung von Schulkantinen mit qualitativ hochwertigen Mahlzeiten wie in der Kommune Bozen (Südtirol) oder die Stärkung gemeinschaftlicher Versorgung im Wohnumfeld. Denkbar wäre auch die Ausweitung des Dienstleistungsangebots durch sog. Gemüseabonnements. Diese erfordern zwar ein regelmäßiges Kochen, können dafür aber den Zeitaufwand für den Einkauf reduzieren. Eine Ausweitung von Dienstleistungsangeboten im Ernährungsbereich kann dabei nicht nur einen Beitrag dafür

Felder der Zeitpolitik

leisten, das enge Zeitbudget berufstätiger Eltern zu entlasten, sondern auch einen positiven Beschäftigungseffekt haben.

Zeitpolitik zur "Verzögerung der Zeit": Lebensmittelverarbeitende Unternehmen versuchen im Zeitwettbewerb mit anderen Anbietern durch ein hohes Innovationstempo und eine erhöhte Verarbeitungstiefe von Nahrungsmitteln ihre Position auf dem Markt zu stärken. Sie reagieren auf Konsumwünsche nach schnell und einfach gekochten Mahlzeiten. Sie verstärken aber gleichzeitig den Trend, dass Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten als kollektives Kulturerbe zunehmend verloren geht. Stattdessen prägen zunehmend Lebensmittelkonzerne mit ihren Fertiggerichten und Aromastoffen Geschmackserwartungen und Ernährungsgewohnheiten. Als Reaktion auf die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung von Fast Food und den Verlust kulturellen Wissens über die Zubereitung von Mahlzeiten ist der Verein "Slowfood" aktiv geworden. Da Slowfood den Einsatz von Aromen ablehnt, sollen Kompetenzen im Schmecken und Genießen nicht veredelter Nahrungsmittel verbessert und die Fähigkeit, mit frischen Nahrungsmitteln selbst zu kochen, gefördert werden. In Bezug auf ökologische Zeit geht es Slowfood darum, jahreszeitliche Rhythmen stärker in den Ernährungsplan einzubeziehen und regionale Rezepte, Gerichte und Spezialitäten zu fördern, um die Abnahme von Artenvielfalt zu verhindern.

Literatur

Barbara Adam (1999): Bridging Time Theory & Praxis: Exploring the Time Politics of Food. Cardiff University, School of Social Sciences, Cardiff.

Kirsten Schlegel-Matthies (2002): Die Tischgemeinschaft vor dem Aus? „Liebe geht durch den Magen“. Mahlzeit und Familienglück im Wandel der Zeit. In: Bürger im Staat – Nahrungskultur, Essen und Trinken im Wandel 4/2002.

Dagmar Vinz (2005): „Verzehnte Zeiten“. Ansätze und Perspektiven für sozial-ökologische Zeitforschung und -politik. (Erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2005; Info über Autorin.)

Autorin

Dr. Dagmar Vinz, Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: vinz@zedat.fu-berlin.de

Familie

Familie ist sowohl aus individueller als auch aus gesellschaftlicher Perspektive zeitpolitisches Entwicklungsland. Für die Individuen ist eine familienbezogene Zeitpolitik nötig, um Familie besser mit den vielfältigen Tätigkeiten und Interessen abstimmen zu können. Aktuell steht hierbei die Kinderbetreuung im Vordergrund. Zunehmend geht es aber auch um die Betreuung älterer Menschen. Die Berücksichtigung familialer Formen von Fürsorgearbeit bei politischen Maßnahmen und Planungen ist aber auch gesellschaftspolitisch geboten, da Familie ein komplementäres, wenn auch gering geschätztes Leistungssystem zu Erwerbsarbeit und Wohlfahrtsstaat darstellt.

Familien sind private Organisationsformen der Generationen- und Geschlechterverhältnisse und umfassen die netzwerkartigen Beziehungen der Familienmitglieder. Im Zentrum von Familie steht die wechselseitige generationenübergreifende verbindliche Fürsorge, die emotional begründet ist. Familie ist – sowohl im Alltag als auch im Lebensverlauf – ohnehin ein komplexes Geschehen. Als Lebenszusammenhang unterschiedlicher Menschen, die jeweils in vielfältige außerfamiliale Bezüge mit ihren teilweise widersprüchlichen Zeitstrukturen eingebunden sind, muss Gemeinsamkeit erst hergestellt werden. Im familialen Alltag muss die spezifische Logik emotionaler Beziehungen und der Fürsorgearbeit – die Geduld, Empathie und Zeithaben erfordern – mit ganz anders ausgerichteten Logiken abgestimmt werden, die eher der Zweckrationalität, d.h. einer zielgerichteten Zeit- und Kostenökonomie folgen. Insbesondere das System der Erwerbswelt, aber auch das der Schule geben der Familie ihre industriellen Zeittakte vor. Zudem muss Familie sich an öffentliche Zeiten der Verkehrssysteme, der Verwaltungen und Geschäfte anpassen.

Die hohe Wertepräferenz, die Familie für die meisten Menschen hat, wird jedoch immer schwieriger zu leben. Dies liegt weniger am Wandel der Familie ("Erosion der Normalfamilie") selber, als an zunehmenden, auch zeitlichen Konflikten, die sich aus veränderten Rahmenbedingungen, v.a. der Erwerbsarbeit, ergeben. Bis heute konnte man von einer "strukturellen Rücksichtslosigkeit" der Zeitgeber gegenüber familialen Belangen ausgehen. Diese resultiert daraus, dass Familie lange als selbstverständlich vorausgesetzt wurde und mit ihr v.a. die Arbeit der Frauen als Hausfrauen und Mütter. Derzeit verkomplizieren sich die Zeitverhältnisse von Familien.

Zum einen lösen sich Frauen aus ihrer einseitigen Familiengebundenheit und geben nicht mehr die Zeitpuffer der Familie ab. Familienfragen sind deshalb nicht länger nur Frauenfragen. Zum andern erfordern die aktuellen Entwicklungen von Entgrenzung und Flexibilisierung immer mehr individuelle zeitliche Balanceakte, da die Teilbereiche der Gesellschaft nicht mehr zueinander passen. Zeitwohlstand (→ I: "Zeitwohlstand") bedeutet unter diesen Bedingungen für Familien, die Individuen von ihren prekären Strategien zu entlasten sowie gemeinsame Zeiten zu ermöglichen. Eine entsprechende Zeitpolitik zielt vom lokalen Umfeld bis hin zu Bundesregelungen auf passfähigere Zeitstrukturen und macht die Abstimmung und Koordination von Zeiten im Familienalltag und im Familienverlauf zur gesellschaftlichen Aufgabe. Sie sind so zu gestalten, dass sie einerseits stabile und verlässliche, andererseits an den wechselhaften Bedarfen ausgerichtete flexible Rahmenbedingungen bieten. Dabei sind im Sinn einer differenziellen Zeitpolitik die Pluralität und die Dynamik familialer Lebensformen und Lebensphasen in Rechnung zu stellen und Familien als Akteure, nicht als Empfänger von Zeitpolitik zu sehen.

Felder der Zeitpolitik

Literatur

Frank Bauer (2000): Zeitbewirtschaftung in Familien. Konstitution und Konsolidierung familialer Lebenspraxis im Spannungsfeld von beruflichen und außerberuflichen Anforderungen. Opladen.

Karin Jurczyk (2004): Familie in einer neuen Erwerbswelt – Herausforderungen für eine Nachhaltige Familienpolitik. In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.): Zeit für Familie. Beiträge zur Vereinbarkeit und Familien- und Erwerbsarbeit aus familienpolitischer Sicht. Bern.

Andrea Maihofer (2004): Was wandelt sich am aktuellen Wandel der Familie? In: Joachim Beerhorst / Alex Demirovic / Michael Guggemos (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a.M., S. 384-408.

Autorin

Dr. Karin Jurczyk, Deutsches Jugendinstitut und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: jurczyk@dji.de

Freizeit / Kultur

Freizeit ist eines der schwierigsten Themen für Sozialforschung. Was wir – und jeder anders! – ganz selbstverständlich mit dem Alltagsbegriff Freizeit belegen, stellt diese vor allem vor ein großes Definitions- und Operationalisierungsproblem. Das beginnt schon bei der Ermittlung des Umfangs und dem Unsinn solcher Formeln wie "24 Stunden minus (Erwerbs-) Arbeit minus Schlaf = Freizeit". Davon können wir in der Tat nur träumen.

Als Kategorien von Freizeit im Jahres- und Lebenszyklus werden typischerweise verwendet: Tagesfreizeit (Feierabend), Wochenfreizeit (Wochenende, arbeitsfreie Wochentage), Jahresfreizeit (Urlaub, Ferien), Freie Zeit in einer Lebensphase (Freisemester, Sabbatjahr, Eltern- und Erziehungsurlaub), Altersfreizeit und Zwangsfreizeit (Krankheit, Invalidität, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit). Dabei ist die Abgrenzung von Freizeit und Arbeitszeit in nahezu jeder Untersuchung unterschiedlich, wobei die Unzulänglichkeiten von Begrifflichkeit und Operationalisierung hier nicht verfolgt werden können. Allemal ist jede quantitative "Restgrößendefinition" oder das bloße Addieren von Aktivitäten sinnlos: *Freizeit ist nur als qualitative soziale Kategorie zu erfassen.*

Bereits seit 20 Jahren wird vorgeschlagen, zwischen freier Zeit und Freizeit zu unterscheiden: zwischen den objektiven, von ökonomischen, physiologischen und familiären Zwängen und Obligationen weitgehend unabhängigen, daher individuell verfügbaren Ressourcen einerseits und dem subjektiv bedeutsamen sozialen Sinn, den Inhalten und soziokulturellen Kontexten der frei gewählten Aktivität andererseits. Damit würde der emphatischen Dimension des Begriffs Rechnung getragen, wonach Freizeit eine Steigerung des Freiheitsgrades mit innovativer Wirkung für Selbstbestimmung und -organisation, soziale Beziehungen, Kultur und Wirtschaft darstellt. Hingewiesen wird allerdings auch auf die Risiken: Langeweile, Freizeitstress, Einsamkeit, Gesundheitsgefährdung, Umweltbelastung (Bundesministerium (1996), darin Beitrag von Ehling).

Welche Folgerungen ergeben sich daraus für Freizeit als Handlungsfeld von Zeitpolitik? – Dazu fünf Grundeinsichten über Freizeit als kulturelle Leistung:

1. *Es gibt keine lineare Beziehung zwischen Arbeitszeitverkürzung und Freizeitzuwachs.* Strukturveränderungen in der *Gesamtarbeit* und die Beschleunigung des sozialen Wandels im 20. Jahrhundert, die als "Entgrenzung von Arbeit und Leben" diskutiert werden, beeinflussen auch Umfang, Qualität und Inhalt von Freizeit. Dabei treffen Belastungen in der Phase der Erwerbstätigkeit mit gesteigener Intensität zugleich auf *außerberufliche* Anforderungen – und zwar zunehmend als Integrationsaufgabe *einer* Person und bei beiden Geschlechtern.
2. Es ist irreführend, bei historischen Vergleichs- und Tendenzaussagen sich nur auf die unerträglichen Arbeitszeiten der Industriearbeiterschaft der Frühindustrialisierung zu beziehen. In erweiterter sozialhistorischer Perspektive sind nicht der absolute Umfang, sondern Umverteilungen sowohl zwischen sozialen Gruppen als auch innerhalb der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit das eigentlich neue Phänomen. Die verlängerte Bildungsphase vor Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, die gestiegene Arbeitslosigkeit und die Zunahme von Menschen in der nachberuflichen Phase (angesichts der verlängerten Lebenserwartung) "besetzen" dabei weit prominentere

Felder der Zeitpolitik

Anteile an Lebenszeit der Gesamtbevölkerung als die durch Arbeitszeitverkürzung gewonnene Freizeit.

3. *Massive soziale Ungleichheiten in der Verfügung über Zeit prägen außerberufliches Leben und Freizeit.* Das ist nicht voluntaristisch zu interpretieren und gilt gerade auch für den Zugang zu Leistungen und Angeboten von Kultur. Dieser ist so weit entfernt ist von postmoderner Beliebigkeit, dass etwa Bourdieu und Giddens von einer "Restrukturierung von Klassengesellschaften" sprechen (Prahl 2002). Die "Chancen" sind regelmäßig geknüpft an Sinnzusammenhänge, an Zeiteinheiten, die groß genug sind, sich „in Geschichten verstricken zu lassen“, an die aufwendige Aneignung oder an bereits vorhandenes soziales und kulturelles Kapital. Muße ist kostbares Privileg. Die "Risiken" füllen in der Regel verbleibende Zeitlücken im Tagesablauf, in Situationen und bei Menschen, die zu erschöpft oder zu arm an kulturellem, sozialem und ökonomischem Potenzial sind. Oder sie können Flexibilisierungsfolgen jedweder Dimension akut oder chronisch nicht (mehr) kompensieren. Dies ist auch der soziale Ort für exzessiven Konsum von Massenmedien, Trashfood, Wegwerfprodukten im wörtlichen und übertragenen Sinn. Deshalb ist die Dispositionsmacht über Zeit – im herrschaftssoziologischen Verständnis eine zentrale Größe – der Analyse von Sozialbeziehungen als Indikator hinzuzufügen.
4. Die Bedeutung gemeinsamer Freizeit für langfristige persönliche Bindungen, insbesondere für Ehe und Familie, kann gar nicht überschätzt werden. Wo die Erfahrung gemeinsamer Arbeit heute meist auf Privates beschränkt ist (einmal abgesehen von neuen Tendenzen zur "Verhäuslichung" vor allem prekärer Erwerbsarbeit), ist vorrangig Freizeit die gemeinsame Sphäre für Interessen, Aktivitäten und Identitätsbildung. Dies erklärt sowohl ihren eminent gestiegenen tatsächlichen gesellschaftlichen Stellenwert als auch die individuelle, hoch konflikthafte Überfrachtung mit Erwartungen. So wird angesichts der Prekarisierung von Familie Freizeit "zur richtigen Zeit" besonders wichtig für soziale Integration durch unverzichtbare Außenbeziehungen, die *noch* sensibler als die Familie auf ihre "soziale Qualität" nach Lage und Umfang reagieren (Müller-Wichmann 1984). Deshalb gilt *alleine* verbrachte Freizeit vielen als wertlos, was (etwa bei Arbeitszeitkonten) die geringe "Anschlussqualität" von individuellen "Blockfreizeiten" gegenüber kollektiven Rhythmen zum Problem macht.
5. *Freizeit ist eine Tochter der Aufklärung.* Nach Nahrstedt (1972) ist ihr ursprünglicher historischer Sinn Aufklärung durch "Bildung", "Genuss" und das Hinwirken auf – auch politischen – "Fortschritt". Dies bedeutet einen Demokratisierungsschub durch die Schaffung eines kollektiven Zeitfensters für Lektüre, Abendgesellschaften, Kunstgenuss, Vereine, Sport. Über verfügbare Lebenszeit wurden die Bürger ebenso frei wie über die Gleichheit vor dem Gesetz und über die Abschaffung von Adelsprivilegien. Der Rückgriff auf diesen emphatischen Begriff von Freizeit als Bedingung der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, zur Aneignung von sozialem und kulturellem Kapital, verweist zwingend auf die Notwendigkeit kollektiver sozialer Zeitstrukturen und verlässlicher Rhythmen. Diese sind Voraussetzung für Kopräsenz im außerberuflichen Leben und damit Bedingung

Felder der Zeitpolitik

für jede Art von Teilhabe in der Zivilgesellschaft. Und sie entscheiden über individuelle Optionen in der Freizeit und damit über Lebensqualität in unserer Gesellschaft.

Eben deshalb kann die Bedeutung von gelingender Alltagsfreizeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: erstens als umfassende Chance zur Teilhabe an außerberuflicher und außerfamiliärer Öffentlichkeit sowie als Zeit für sich selbst und für Andere; und zweitens *als dezidiertes Gegenprogramm zur allseitig reduzierten Persönlichkeit und Bestandteil gelingenden Lebens*. – Dazu beizutragen ist eine Aufgabe von Zeitpolitik.

Literatur

Christiane Müller-Wichmann (2004): Mythos Freizeit. (im Erscheinen)

Wolfgang Nahrstedt (1972): Die Entstehung der Freizeit. Göttingen

Hans-Werner Prahl (2002): Soziologie der Freizeit. Paderborn

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1996): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgetstudie. Stuttgart

Autorin

Dr. Christiane Müller Wichmann, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: ch.m.wichmann@t-online.de

Generation

Wichtige Aufgaben wechselseitiger ökonomischer und praktischer Sorge, die einst nur zwischen Generationen innerhalb der Familie bestanden, sind im modernen Wohlfahrtsstaat mehr oder weniger vergesellschaftet. Dies gilt für die ökonomische Versorgung der Alten im staatlichen Rentensystem sowie für die kinderorientierten Aufgaben im Betreuungs- und Bildungswesen. Altersgruppen, die im gesellschaftlichen "Generationenvertrag" Leistungen erbringen, und solche, die sie erhalten, sind als drei Generationen in der institutionalisierten Sequenz von Bildungsphase, Erwerbsarbeitsphase und Ruhestand voneinander getrennt.

Damit unterliegen individuelle Lebensverläufe den gesellschaftlich verfestigten Zeitregimes, in denen die Zeiten der Übergänge zwischen Generationen standardisiert sind. Gleichzeitig unterliegen individuelle Alltagsabläufe den Zeitregimes, die aus der formalen Organisation praktischer Sorgeleistungen folgen. Lebensentwürfe und Zeitbedürfnisse der Menschen passen jedoch oft schlecht zu diesen Zeitregimes, sie reiben sich daran und konfliktieren damit. Zu den Aufgaben von Zeitpolitik gehört es, in die ständige politische Weiterentwicklung der institutionalisierten Zeitregimes Gesichtspunkte der zeitlichen Lebensqualität der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen einzubringen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Mit der zunehmenden Differenzierung der zeitlichen Regulierungen für Generationsübergänge geht deren Optionalisierung einher – das heißt, es entstehen mehr Wahlmöglichkeiten für die Individuen – und somit eine Erosion des "Normallebenslaufs". Diese Entwicklung setzt vermehrt individuelle Aktivität der Lebensführung voraus. Menschen, die sich die Ansprüche "individualisierter Lebensführung" zu eigen machen und sie erfüllen, sind heute weniger bereit, ihre Lebensentwicklung standardisierten Lebenslaufregulierungen – etwa Ruhestandsregelungen – zu unterwerfen. Das ist umso mehr der Fall, wenn deren politische Weiterentwicklung allein an demographischen und ökonomischen Zielen und nicht auch an ihren eigenen Interessen orientiert ist. Welche lebenszeitbezogenen Interessen die Betroffenen haben, wird erkennbar, wenn institutionalisierte Phasenabgrenzungen und Zuordnungen von Aktivitäten zu diesen Phasen durchbrochen werden. Zu nennen sind beispielsweise Jobben von Schülern, Weiterbildungs- und Familienphasen sowie "Auszeiten" Erwerbstätiger, Studium und ehrenamtliche Arbeit von Ruheständlern. Weiterentwicklung geschieht oft auch, indem Durchbrechungen dann ihrerseits institutionalisiert werden.

Auf der Ebene des Alltagslebens bedeutet die Vergesellschaftung von Solidarleistungen zwischen den Generationen Institutionalisierung von Sorgeleistungen für Kinder und pflegebedürftige Alte. Zeitpolitisch relevant sind hier zum einen die Zeitmengen, die für einzelne Leistungsbereiche zur Verfügung gestellt, d. h. finanziert werden. Zum anderen ist die zeitliche Lage der Sorgezeiten, die professionell erbracht werden, sowie die Zeitmuster der Sorgeabläufe im Detail bedeutsam. Sind diese Zeitzuteilungen in Kinderbetreuung und Altenpflege dem Zeitbedarf der zu Versorgenden angemessen? Zeitkonflikte entstehen, wenn Zeitmengen und Termine zwischen familialen und institutionellen Sorgeinstanzen abzustimmen sind. Das betrifft insbesondere die täglichen Zeiten von Kinderbetreuung und Schule. Für pflegebedürftige Alte, die überwiegend oder ganz auf professionelle Betreuung angewiesen sind, entstehen schwer erträgliche Konflikte zwischen ihrem per-

Felder der Zeitpolitik

sönlichen Zeitbedarf und den Mustern der Betreuungszeit, die ihnen unter ökonomischen Restriktionen zugemessen und zugeteilt werden. Hier stößt sich die Zeitlogik rationalisierter Zeit in besonders krasser Weise mit Zeit, die aus lebensalter- und körpergebundenem Handeln und Erleben hervorgeht (vgl. Forschungsfeld der Chronobiologie).

Kriterium einer generationenbezogenen Zeitpolitik ist nicht zuletzt das der Zeitgerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation der erwerbsfähigen Erwachsenen kommt mit dem Maß an Beschleunigung, Verdichtung und Fragmentierung, das heute in der gesamten Lebenswelt herrscht, zurecht; nicht aber kleine Kinder und Menschen in hohem Alter oder mit Behinderungen. Allen dasselbe Zeitregime aufzunötigen, wird den generations- und altersspezifischen Möglichkeiten und Bedürfnissen nicht gerecht.

Schwierigkeiten, angesichts demographischer Prognosen und Arbeitsmarktentwicklungen den Generationenvertrag im bisherigen Umfang weiterhin zu finanzieren, führen gegenwärtig zu Maßnahmen des Um- und Abbaus des Sozialstaats. Diese greifen in die Zeitregimes des Lebenslaufs wie auch der täglichen Sorgeleistungen ein. In schärfer werdenden Verteilungskämpfen wird zunehmend prekär, dass Bevölkerungsgruppen bei der Verteilung ökonomischer Ressourcen nach ihrem ökonomischen Nutzen in der Arbeitswelt bewertet werden. Das heißt, dass den Jungen und den Alten weniger zugestanden wird als der Generation im erwerbsfähigen Alter – auch dies ein Grund von mangelnder Zeitgerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Geringschätzung der Kinder wird freilich gemildert durch ihren künftigen Wert für die Arbeitswelt. Im Bildungswesen werden sie zum Aufbau von Humankapital wichtig genommen. Dagegen scheint Alten der Verweis auf frühere Arbeitsleistungen künftig weniger zu helfen.

Der sich verschärfenden Ungerechtigkeit zwischen den Generationen lässt sich vermutlich nur begegnen, indem das Prinzip überprüft wird, das den gegenwärtigen sozialpolitischen Regelungen der Solidarität zwischen den Generationen zugrunde liegt. Zeitpolitik hat zu fragen, ob das herrschende Prinzip der Ökonomie des – aktuellen, späteren oder früheren – Nutzens in der Arbeitswelt den unterschiedlichen Zeitbedarfen und Möglichkeiten zeitlichen Handelns der Generationen gerecht werden kann. Wäre die ökonomische Begründung von Solidarregelungen zwischen den Generationen heute nicht besser durch eine bürgerrechtliche zu ersetzen?

Literatur

Martin Kohli / Marc Szydlik (Hrsg.) (2000): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen

Renate Kränzl-Nagl / Johanna Mierendorff / Thomas Olk (Hrsg.) (2003): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Frankfurt a.M.

Annette Lepenies (Hrsg.) (1997): Alt und Jung. Das Abenteuer der Generationen. Basel, Frankfurt a. M.

Autorin

Dr. Helga Zeiher, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin).

Kontakt: helga.zeiher@t-online.de

Geschlechterverhältnisse

Wir werden uns heute zunehmend der Unangemessenheit einer Konzeption der Zeit bewusst, die wir von der Industriegesellschaft geerbt haben. Sie beruht auf der zentralen Stellung der Lohnarbeit und auf der Vorherrschaft der ökonomischen Rationalität im gesellschaftlichen Leben sowie auf einem Verständnis der Zeit als eine leere und berechenbare, von allen affektiven und emotionalen Aspekten befreite Dimension. Dennoch bleiben die Richtungen, in denen wir uns bei der Suche nach alternativen Zeitmodellen bewegen müssen, im Augenblick noch unklar.

Im Wesentlichen stehen wir vor folgendem Problem: Wie können wir neue Parameter festlegen, nach denen wir die kollektive Zeit in einer Phase des Übergangs planen können, in der die alte Zeitordnung – wie durch die zunehmende Destandardisierung und Fragmentierung der Zeit belegt wird – in einer Krise steckt, während noch keine neue Zeitordnung gebildet wurde? Der Vorschlag, den ich im folgenden erläutern werde, lautet: Die zeitliche Erfahrung einer beständig steigenden Anzahl erwachsener Frauen mit Familie, die tagtäglich zeitliche Welten durchqueren, die weit auseinander liegen (wie etwa die Zeit für den Beruf und die für die Familie) und die auf diese Weise neue symbolische Mediationen aufbauen, kann zu einer wichtigen Quelle für die Neukonzeptualisierung der sozialen Zeit werden.

Abgesehen von den Unterschiedlichkeiten, durch die die zeitlichen Erfahrungen dieser Frauen notwendigerweise charakterisiert sein müssen, scheinen deren Erfahrungen eine typische Ambivalenz gemeinsam zu haben: Sie finden sowohl innerhalb als auch außerhalb einer dominierenden zeitlichen Logik statt, die auf Produktion von Waren fokussiert ist. Die Mehrheit der erwachsenen Frauen ist bewusst in eine weitere Form der Produktion eingebunden, und zwar die des Aufbaus von personalisierten Beziehungen. Folglich nimmt das zeitliche Bewusstsein, das diese Mehrheit entwickelt, einen typisch komplexen und differenzierten Charakter an. Es teilt, neben der quantitativen Dimension, der relationalen, nicht-funktionalen, nicht-linearen und nicht-ökonomischen Dimension eine zentrale Stellung zu; es ist in der Lage, die gesellschaftliche Bedeutung anzuerkennen, die nicht nur der Zeit für die bezahlte sondern auch der Zeit für die unbezahlte Arbeit zukommt, die nach anderen, weniger leistungsbezogenen Prinzipien abgestimmt ist und nach anderen Rhythmen abläuft. In der Tat lassen sich die Zeiten für die Beziehungen, für die Sozialisation, für die Familie und für die Bemühungen um das Wohlbefinden anderer nicht mit der Stoppuhr messen.

Auch wenn diese Frauen in ihrem täglichen Leben immer wieder gezwungen sind, sich in einen "Jongleur der Zeiten" zu verwandeln, der ständig nach Formen der Vereinbarkeit von unterschiedlichen Zeiten und unterschiedlichen zeitlichen Regeln sucht, die an die öffentlichen und die privaten Sphären ihres Lebens gebunden sind, so widersetzen sich viele Frauen immer wieder der Gleichsetzung von Zeit mit Geld. In dieser Sichtweise erscheint die Zeit nicht nur als eine abstrakte und homogene Dimension. Sie stellt sich im Gegenteil als eine Dimension dar, die Sinnreserven beinhaltet, welche das Subjekt auf autonome Weise umzusetzen versteht. Eine "reiche" Dimension, auch weil sie fähig ist, in den Rhythmen, mit denen sich der Körper ausdrückt und die ihn mit der Natur verknüpfen, eine unersetzliche Quelle der Ausrichtung zu finden. So ist diese Dimension nicht eine rein "mechanische" Zeit, der lediglich die Bedeutung der Kontrolle, der emotionalen Nicht-

Felder der Zeitpolitik

einbeziehung, des Abstands von allem Persönlichen zukommen würde, – und die zudem keinen Dualismus liebt. Von ihren persönlichen Erfahrungen ausgehend sind sich viele Frauen bewusst, dass die sog. "privaten" Zeiten (angefangen von den der Familie gewidmeten Zeiten) "öffentliche" Zielsetzungen haben können. So nimmt die Fürsorge (care) beispielsweise immer weniger einen "privaten" Charakter an, da mit den demographischen Veränderungen, von denen die heutigen Gesellschaften gekennzeichnet sind, die Anzahl der alten Menschen steigt, die individuell abgestimmte Pflegeleistungen benötigen.

Auf einer anderen Seite sind sich viele Frauen auch bewusst, dass die Gegenüberstellung von "Freizeit" und "Arbeitszeit" heute zu beschränkt erscheint. So kann die Zeit für die Familie zum Beispiel weder als "freie" noch als "belegte" Zeit verstanden werden. Die "Zeit für sich selbst" kann sich dagegen neuen Horizonten öffnen. Unter diesem Begriff wird hier die Zeit für den inneren Dialog, für die auf die eigene Person gerichtete Beachtung und für die Verwirklichung der eigenen Wünsche verstanden. Es handelt sich um eine Zeit, die sich den gesellschaftlichen und auf Waren bezogenen Logiken entzieht, um eine zutiefst "freie" Zeit darzustellen; dies jedoch nicht, weil sie im Gegensatz zur "Arbeitszeit" steht, sondern weil sie die Möglichkeit beinhaltet, sich den subtilsten Erfahrungen zu öffnen, eine Kommunikation mit den vom Körper ausgehenden Botschaften, mit der "inneren" Zeit und ihren Codes herzustellen. Die tägliche Verpflichtung, die eine große Anzahl der erwachsenen Frauen kennt, "Zeit zu geben" (eine Verpflichtung, die gleichzeitig Stress entstehen lässt, aber durchaus auch von Empfindungen der Freude durchzogen ist), ermöglicht ihnen, gegenüber dem Stellenwert dieser Zeit-Dimension eine besondere Sensibilität zu entwickeln.

Zusammengefasst: Die beschriebenen Verhaltensweisen weisen auch auf eine unterschiedliche Zeitkultur hin, die ermöglicht, eine kollektive nicht-utilitaristische Zeitgliederung aufzubauen. Sie verweisen, in ihrer Gesamtheit betrachtet, auf eine Art alternatives "zeitliches Paradigma", das in der Lage ist, all das erneut in den Sichtbereich zu rücken, was durch das Zeitsystem der Industriegesellschaft bisher in den Schatten gestellt wurde. Ausgehend von der Erfahrung der Frauen – und verstärkt durch die feministische Bewegung, die ermöglichte, diese Erfahrung theoretisch zu erarbeiten – verlangt dieses Paradigma heute nach einer Neudefinition der Beziehung zwischen der (bezahlten sowie unbezahlten) Arbeit und den Lebenszeiten. Ein Bedürfnis, das die Frauen und die Männer des 21. Jahrhunderts miteinander vereint.

Literatur

Karen Davies (1990): *Women and Time. The Weaving of the Strands of Everyday Life*. Aldershot: Avebury.

Karin Jurczyk (2000): Zwischen Selbstbestimmung und Bedrängnis. Zeit im Alltag von Frauen. In: Werner Kudera / Günter Voß (Hrsg.) *Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung*. Opladen, S. 219-246.

Birgit Geissler / Mechtild Oechsle (1996): *Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe*. Weinheim.

Autorin

Prof. Dr. Carmen Leccardi, Universität Mailand-Bicocca, Co-Editor der Zeitschrift *time & society* (Mailand).

Kontakt: carmen.leccardi@unimib.it

Innovation

Innovationen sind neue Produkte oder Produktionstechniken, die sich am Markt bewähren. Dem Markterfolg gehen die Phasen der Invention (Erfindung), der Innovation (Markteinführung) und der Diffusion (Verbreitung) der Neuerung auf den Märkten voraus. All das erfordert Zeit. Geschwindigkeit ist auf dem Weg von der Erfindung zum Markterfolg ein unternehmerischer Trumpf, der von den Kapitalmärkten honoriert wird.

Die evolutionäre Ökonomik beschreibt den technischen Wandel als Wechselspiel zwischen stabilen und instabilen Phasen des Innovationsgeschehens. Ruhige Zeitphasen, in denen die Verbesserung vorhandener Produkte und Prozesse dominieren, wechseln mit stürmischen Zeitphasen, in denen radikalere Innovationen den Technologiewettbewerb bestimmen. Solche Phasen sind Zeitfenster für Technologien, die mit den traditionellen technologischen Paradigmen brechen.

Der Markterfolg von Technologien ist bis zu einem gewissen Grad eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Technologien, die vor ihren Wettbewerbern auf den Markt kommen, können von sog. "increasing returns of adoption" profitieren. Mit anderen Worten, je häufiger die Technologie angewendet wird, desto wettbewerbsfähiger wird sie auch. Ein geläufiges Beispiel für dieses Phänomen ist das Betriebssystem windows: mit der steigenden Anwenderzahl steigt auch sein Gebrauchswert für jeden einzelnen Nutzer, weil nun viele Softwareprogramme vor allem für diese Plattform entwickelt werden. Neben solchen Netzwerkeffekten wirken auch *economies of scale* und *scope, learning by doing* und *sunk costs* in dieselbe Richtung. Überall wo *increasing returns of adoption* eine Rolle spielen, wird Zeit zu einem Erfolgsfaktor. Kleine Entwicklungsvorsprünge können dann eine große Wirkung haben. Wer zu spät kommt, den bestrafen die Märkte.

Für die wachsenden Erträge durch die Verbreitung einer Technologie gibt es jedoch eine Obergrenze: Das Potential reifer Technologien kann sich im Verlaufe erschöpfen. Das ist eine notwendige, wenn auch noch keine hinreichende Bedingung für einen Wechsel technologischer Entwicklungspfade. Wichtig ist u.a. auch: Heterogene Präferenzen der Nachfrager können zu einer Segmentierung der Märkte führen. Es entwickeln sich Nischenmärkte, die dann womöglich auch technologischen Alternativen eine Entfaltung ihrer Potentiale erlauben.

Bei vielen Technologien stellt sich erst spät heraus, dass sie eine Reihe unerwünschter Folgen haben. So hat man lange Zeit geglaubt, dass Fluorkohlenwasserstoffe wegen ihrer besonderen Stabilität auch besonders harmlos seien, bis entdeckt wurde, dass durch ihre massenhafte Verbreitung in der Atmosphäre die Ozonschicht angegriffen wurde. Ob neue Technologien überwiegend nützlich oder schädlich sind, lässt sich im Vorhinein nur begrenzt voraussagen.

Wenn wir durch neue Erkenntnisse klüger geworden sind, dann kann sich die Notwendigkeit der technologischen Umsteuerung von nicht-nachhaltigen technologischen Pfaden zu nachhaltigeren ergeben: Eine Transition wird erforderlich. Eine zeitbewusste Innovationspolitik sollte Zeitfenster beachten, in denen Richtung und Ausmaß des Innovationsgeschehens flexibel sind, um die notwendigen Impulse zu setzen.

Felder der Zeitpolitik

Je nach Phase und Charakter des Technologiewettbewerbes gibt es verschiedene Typen von Zeitstrategien. Welche Strategie durch eine zeitbewusste Innovationspolitik beschriftet wird, hängt einerseits von der Stabilität des Innovationsgeschehens und andererseits vom Entwicklungsstand der Technologien ab, die miteinander im Wettbewerb stehen:

1. Ist das techno-ökonomische System *stabil* und sind *keine* viel versprechenden technologischen Alternativen vorhanden, dann kommt es zunächst darauf an, durch Forschungsförderung und Wissenstransfer aus der Wissenschaft in die Technik viel versprechende Lösungen zu erzeugen.
2. Sind in einem *stabilen* techno-ökonomischen System viel versprechende Alternativen *vorhanden*, dann sollte die Politik in Vorbereitung eines zukünftigen Zeitfensters das ökologische und ökonomische Potenzial dieser Alternativen möglichst weit entwickeln.
3. Ist das techno-ökonomische System dann *instabil* und ist von den alternativen Technologien mindestens eine *marktreif*, dann muss es im Bestreben der Politik liegen, die nun mögliche Transition zu fördern.
4. Ist die Transition schließlich beendet und hat sich eine neue Alternative im Technologiewettbewerb durchgesetzt, dann müssen Maßnahmen zur Förderung von Alternativen eingestellt werden, damit die Allokationsfunktion des Marktes wieder zum Tragen kommt.

Literatur

W.B. Arthur (1994): Increasing returns and path dependency in the economy. Ann Arbor.

René Kemp / Jan Rotmans (2001): The Management of the Co-Evolution of Technical, Environmental and Social Systems, paper for the international conference Towards Environmental Innovation Systems, 27-29. Sept, 2001, Garmisch Partenkirchen, Germany (forthcoming in Matthias Weber and Jens Hemmelskamp (eds.) Towards Environmental Innovation Systems, Springer Verlag.

Stefan Zundel / C. Sartorius (eds) (2004): Time Strategies for Innovation Policy Towards Sustainability, Cheltenham (UK): Edward Elgar (forthcoming).

Autor

Prof. Dr. Stefan Zundel, Fachhochschule Lausitz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften (Berlin).

Kontakt: zundel@fh-lausitz.de

Landwirtschaft

Das Leben und Wirtschaften auf dem Land ist einer der wenigen Bereiche innerhalb unserer Gesellschaft, wo das Eingebundensein des Menschen in die Zeiten und Rhythmen der Natur offenkundig ist. Die Landwirtschaft muss beim Umgang mit dem Boden, den Pflanzen und den Tieren die vielfältigen Zeitansprüche der Menschen mit den nicht minder vielfältigen Ansprüchen der Natur in einen möglichst fruchtbaren Zusammenhang bringen. Landwirtschaftliche Produkte sind wie kaum eine andere Produktgruppe in unserer Wirtschaft "Früchte der Zeit".

Trotz dieser Einbindung in die vielfältigen Zeiten und Rhythmen der Natur konnte sich die Landwirtschaft dem allgemeinen Beschleunigungssog der modernen Gesellschaft nicht entziehen. Der Strukturwandel auf dem Land, das "Wachsen oder Weichen", ist nicht nur eine Funktion der *Größe* der Betriebe, sondern zunehmend eine Funktion der *Geschwindigkeit* und *Zeiteffizienz* der Betriebsabläufe. Wie auch sonst in der Wirtschaft gilt in der Landwirtschaft verstärkt der turbo-kapitalistische Grundsatz: "Nicht die Großen werden die Kleinen fressen, sondern die Schnellen die Langsamen".

Die Zeit der Tiere: Dank modernster Zucht- und Fütterungsverfahren ist die Leistung der Tiere pro Zeiteinheit enorm gestiegen: mehr Milch, mehr Eier, mehr Fleisch, und das in immer kürzerer Zeit. Aber während sich eine industrielle Produktion vergleichsweise problemlos beschleunigen lässt, gibt es bei den Tieren biologische Grenzen des Wachstums und seiner Beschleunigung. Was in der Tiermast von dem Leistungs- und Zeitgewinn übrig bleibt, sind oftmals krankheitsanfällige und gestresste Tiere. Sie führen ein "Leben auf Reserve" (Anita Idel). Wenn ein Huhn noch Stunden vor dem Erschöpfungstod ein Ei legt oder eine Kuh mit 40 Grad Fieber weiterhin 20 Liter Milch gibt, dann nicht, weil sie gesund sind, sondern *obwohl* sie krank sind.

Von 1960 bis Mitte der neunziger Jahre konnte die Milchleistung bundesdeutscher Kühe zwar um 30 Prozent gesteigert werden. Dem standen jedoch eine Zunahme der Eutererkrankungen um rund 600 Prozent und eine Steigerung der Erkrankungen von Klauen und Gliedmaßen um über 300 Prozent gegenüber. Das heißt: Die Tiere leisten zwar mehr, sind dafür jedoch überproportional häufig krank. Vergleichbare Zahlen für Schweine und Hühner belegen, dass sich die Schere zwischen Leistungssteigerung und Erkrankungshäufigkeit immer weiter öffnet. Diese zunehmende *Entkopplung* von Leistung und Gesundheit ist eine Folge züchterischer und haltungstechnischer Bemühungen um ein Maximum an Leistung in einem Minimum an Zeit.

Die immer schnelleren Leistungszunahmen stehen nachweislich in direktem Zusammenhang mit einem starken Rückgang der Lebenszeit landwirtschaftlich genutzter Tiere. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der österreichischen Milchkuh beträgt je nach Rasse lediglich 3,5 bis 4,5 Jahre. In Deutschland sind es mittlerweile nur noch knapp drei Jahre, in den USA 2,2 Jahre, in denen eine Kuh Milch gibt, und in Israel mit seiner hochintensiven Tierhaltung gerade mal 1,8 Jahre – und dies, obwohl Milchkühe zehn, zwölf und mehr Jahre lang Milch geben könn(t)en, wenn sie denn gesund bleiben.

Die Zeit der Menschen: Um einen Hektar Getreide zu mähen und zu dreschen, benötigte ein Bauer vor hundert Jahren rund 300 Stunden. Dank technischer Aufrüstung seines Betriebes schafft er das heute in einer Stunde. Effizienzsteigerungen wie diese haben mit

Felder der Zeitpolitik

dazu geführt, dass die Preise für Lebensmittel einen historischen Tiefstand erreicht haben. Die durch die Technisierung erzielten Zeitgewinne sind jedoch für die Betroffenen nicht selten trügerisch. Zunächst einmal rein quantitativ: Die Arbeitszeit der Bäuerinnen und Bauern folgt nicht dem allgemeinen Trend zur 40-Stunden-Woche. 62 Stunden pro Woche ist in Ländern wie Deutschland Durchschnitt. Hinzu kommt, dass diese Mehrarbeit geschlechtsspezifisch ungleich verteilt ist: Es ist die *Bäuerin*, die aufgrund zusätzlicher Versorgungsarbeit pro Tag in der Regel deutlich länger arbeitet als die männlichen Arbeitskräfte und die auch insgesamt eine längere Arbeitswoche hat als diese.

Aber auch was die *Qualität* der Arbeit angeht, ist das Ergebnis landwirtschaftlicher Modernisierungsbemühungen eher ernüchternd. Gewiss, durch die technische und chemische Aufrüstung der Betriebe ist der Anteil schwerer körperlicher Arbeit gesunken. Nach Meinung der Betroffenen haben aber die verschiedenen Zeiteinspareffekte eher zu einer Verdichtung von Zeit und damit zu mehr Hektik auf den Betrieben geführt. Die Menschen auf dem Bauernhof ähneln immer mehr denen in den Städten: sie wirken wie "gehetzte Zeitsparer", ständig auf der Suche nach der "gewonnenen" Zeit.

Auch wenn sich die Landwirtschaft der zunehmenden Beschleunigungsdynamik der modernen Gesellschaft mit all ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Dauer nicht wird entziehen können – allein schon die Tatsache, dass sich die meisten Zeiteingriffe und "Zeitgewinne" im Umgang mit der Natur bei näherer Betrachtung als trügerisch erweisen, ist Grund genug für einen verhaltenen Optimismus, dass es allmählich zu einem Umdenken kommen könnte. Insbesondere Tierhaltung und Tierzucht sind eindrückliche Beispiele dafür, dass man beschleunigungsbedingt an Grenzen des Sinnvollen gestoßen ist bzw. sie bereits überschritten hat – und zwar Grenzen *auch* des ökonomisch Sinnvollen.

Grund genug für einen verhaltenen Optimismus ist auch das durch diverse Lebensmittel-skandale, Schweinepest und BSE immer wieder aufgeschreckte Verbraucherbewusstsein. Es wird dazu beitragen, dass ein artgemäßer Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Tieren langfristig an Bedeutung gewinnen wird. Ein solcher Umgang darf sich jedoch nicht nur – wie bisher – um ein größeres Raumangebot für die Tiere kümmern, sondern muss sich gleichermaßen an den vielfältigen Eigenzeiten und Rhythmen der Tiere orientieren und insgesamt auf eine längere Nutzungs- resp. Lebensdauer abzielen. All das setzt jedoch voraus, dass die Bemühungen der Bauern um mehr Tiergerechtigkeit uns Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf des nächsten Schnitzels auch einen entsprechenden Aufpreis wert sind. Zeitpolitik in der Landwirtschaft ist immer auch Preispolitik.

Literatur

Jürgen Dahl (1993/94): Zeit des Gärtners. In: Scheidewege. 23. Jg., Band I, S. 223-230.

Manuel Schneider (2001): Ackern & Rackern. Zur Ökologie der Zeit in der Landwirtschaft. In: Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Siegfried de Witt (Hrsg.): Grenzgänger zwischen den Wissenschaften. (FS Altner) Berlin.

Manuel Schneider, Karlheinz A. Geißler, Martin Held (Hrsg.) (1995): Zeit-Fraß. Zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung. POLITISCHE ÖKOLOGIE (Sonderheft 8). München.

Autor

Dr. Manuel Schneider, Projektbüro *!make sense!*, Tutzing Projekt "Ökologie der Zeit" und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: info@make-sense.org

Internet: www.zeitoeekologie.org

Felder der Zeitpolitik**Lokale Zeitpolitik**

Mit der Ausdifferenzierung und Flexibilisierung gesellschaftlicher Zeitstrukturen verlieren kollektive Zeitmuster ihre prägende Kraft, Lebens- und Arbeitsrhythmen individualisieren sich. Die Organisation des Alltags wird zur zeitlichen Abstimmungs- und Synchronisierungsleistung, die zunehmend von Individuen bzw. in Familien oder sozialen Gruppen geleistet werden muss. Infolge dessen nehmen Zeitnot (→ I: "Zeitnot") und Zeitkonflikte (→ I: "Zeitkonflikte") im Alltag der Menschen zu. Lokale Zeitpolitik ist als Reflex auf das wachsende zeitliche Konfliktpotenzial zu verstehen, das auf der Ebene des nähräumlichen Lebensumfeldes und damit in Städten und Gemeinden aufbricht. Als eine Ausprägung von Zeitpolitik (→ I: "Zeitpolitik") auf örtlicher Ebene bezeichnet lokale Zeitpolitik ein neuartiges politisches Handlungsfeld, das sich die Bearbeitung dieses Konfliktpotenzials zur Aufgabe macht und auf die Verbesserung der Qualität städtischer Alltagsbedingungen - vorrangig unter zeitlicher Perspektive - abzielt.

Die Wurzeln lokaler Zeitpolitik liegen in Italien, wo in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts - stark geprägt durch die Frauenbewegung, Kommunalpolitiker/innen, Gewerkschaften und Wissenschaftler/innen - der Gestaltungsansatz "tempi della città" ("Zeiten der Stadt") entwickelt wurde. Standen zunächst einzelne Gestaltungsprojekte zur Verbesserung der zeitlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere von Frauen im Mittelpunkt, ist lokale Zeitpolitik mittlerweile in Italien – wie z.T. auch in anderen europäischen Ländern - gesetzlich verbindlich verankert und zu einem umfassenden Gestaltungsansatz avanciert. Über europäische Kooperations- und Vernetzungszusammenhänge vermittelt, gibt es auch in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre erste Modellversuche und praktische Gestaltungsexperimente auf kommunaler Ebene (wie beispielsweise in Bremen, Hanau, Hamburg, Wolfsburg etc.).

Zeitpolitische Aktivitäten entfalten sich in verschiedenen Tätigkeitsbereichen: Im Bereich der *Koordination und Harmonisierung örtlicher Zeiten* geht es beispielsweise darum, Zeitlücken zwischen Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten zu schließen, Mobilitätszeiten mit Ladenöffnungszeiten sinnvoll abzustimmen oder die Sprechzeiten der Behörden untereinander sowie mit anderen lokalen Taktgebern (→ I: "Taktgeber") in Einklang zu bringen. Im Bereich *bedarfsgerechter Organisation öffentlicher und privater Dienstleistungen* steht z.B. im Mittelpunkt, Dienstleistungsangebote der Verwaltung räumlich, sachlich zu bündeln und zeitlich auf die veränderten Alltagsanforderungen der Bürger/innen abzustimmen. Dabei ist eine zentrale Herausforderung an zeitpolitische Gestaltung, einen fairen Interessensausgleich zwischen den Zeitinteressen der Beschäftigten und der "Kunden" zu finden. Zeitpolitische Aktivitäten im Bereich der Stadtentwicklung (→ II: "Stadtentwicklung / Urbanität") initiieren *Maßnahmen zur Unterstützung der Lebendigkeit und urbanen Qualität von Städten*, indem Straßen und Plätze revitalisiert oder verschiedene Nutzungsinteressen vermittelt werden.

Um derart zeitpolitisch zu gestalten, sind neue Formen und Verfahren politischen Handelns erforderlich. In neu etablierten Foren und an Runden Tischen werden Taktgeber und Taktnehmer aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vor Ort zusammengeführt, bislang kaum artikulierte Zeitinteressen erhalten eine Stimme und neuartige Zeitarrangements und Zeitkompromisse (→ III: "Zeitpakete") werden

Felder der Zeitpolitik

ausgehandelt. Moderiert werden diese kooperativen und beteiligungsorientierten Prozesse durch vermittelnde Instanzen wie beispielsweise Zeitbüros (→ III: "Zeitbüro").

Lokale Zeitpolitik ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Fragen gesellschaftlicher Zeitgestaltung berühren auf allen Handlungsebenen eine Vielzahl von Politikfeldern und Handlungsbereichen. Sie erfordern daher *bereichsübergreifende Vernetzungs- und Arbeitsformen* der Problembearbeitung, die einen Brückenschlag zwischen verschiedenen Akteursgruppen vollziehen und neue Bedingungen für *Aushandlungsprozesse* schaffen.
2. Lokale Zeitpolitik eröffnet Bürger/innen und anderen Taktnehmern neue Möglichkeiten der *Partizipation und Mitgestaltung* über die formal demokratischen Repräsentations- und Entscheidungsstrukturen hinaus, um ihre Zeitinteressen zu artikulieren. Ein wesentliches Merkmal moderner Zeitpolitik besteht darin, Formen der *demokratischen Legitimierung örtlicher Zeitgestaltung* zu finden.
3. Lokale Zeitpolitik meint ein bewusstes und zielgerichtetes Gestalten und strebt eine *Verbesserung der zeitlichen Lebens- und Alltagsqualität* vor Ort an. Der Erhalt bzw. die Herstellung und Mehrung von Zeitwohlstand (→ I: "Zeitwohlstand") ist daher eine wichtige normative Zieldimension.
4. Lokale Zeitpolitik ist eine Mischung unterschiedlicher Politikformen. Aufgrund der typischen Neukonstellation von beteiligten Akteuren, der informellen Organisationsformen sowie der weniger an administrativen Grenzen als vielmehr funktional an Themen und Problemen orientierten prozesshaften Steuerungsformen wird Lokale Zeitpolitik als Ausdruck "Lokaler Governance" interpretiert.

In dem Maße, in dem die Konfliktdimension von Zeit in das öffentliche Bewusstsein tritt, gewinnt auch die Politisierung alltagsrelevanter zeitlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen im lokalen Umfeld – also die Gestaltungsdimension von Zeit – an Momentum.

Literatur

Matthias Eberling / Dietrich Henckel (1998): Kommunale Zeitpolitik. Berlin.

Martina Heitkötter (2003): Lokale Zeitpolitik und die Bedingungen der Gestaltbarkeit lokaler Zeitkonflikte. Untersucht am Beispiel des Modellprojekts ZeitBüro Bremen-Vegesack. (Unveröffentlichte Dissertation).

Ulrich Mückenberger (Hrsg.) (2000): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. 2. Aufl., Bremen.

Ulrich Mückenberger / Sandra Bonfiglioli / Jean-Yves Boulin (2005): Lokale Zeitpolitik in Europa. (im Erscheinen)

Autorin

Dr. Martina Heitkötter, Deutsches Jugendinstitut und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: heitkoetter@dji.de

Medien

Jede Kommunikation findet in der Zeit statt und erfolgt mittels eines Mediums, wobei "Medium" ein weiter und schillernder Begriff ist, den es zunächst näher zu bestimmen gilt. Bewährt hat sich die Differenzierung in primäre, sekundäre und tertiäre Medien:

Seit den Frühzeiten der oralen Kultur bedienen wir uns der Sprache als einem "*primären Medium*". Sprache setzt Kenntnisse eines gemeinsamen Zeichensystems bei beiden Kommunikationspartnern voraus, aber keinerlei technische Geräte. Mit "*sekundären Medien*" sind solche gemeint, die beim Ausgangspartner der Kommunikation eine komplexere Technologie voraussetzen; prototypisch hierfür sind die ersten Massenmedien Buch, Zeitung und Zeitschrift, die der Satz- und Drucktechnik zur Herstellung bedürfen, während die Leserinnen und Leser das Produkt nur noch in die Hand nehmen müssen, um es zu nutzen.

Typisch für die gegenwärtige Mediengesellschaft sind schließlich die "*tertiären Medien*", die technische Einrichtungen sowohl für Herstellung wie für den Gebrauch voraussetzen; gemeint sind alle elektronischen Massenmedien wie Film, Radio und Fernsehen, aber auch die modernen Medien der Individualkommunikation wie das Telefon. Auch der gesamte Komplex der digitalen Medien und damit auch das Internet gehören hierher. Sie werden neuerdings jedoch auch als "*quartäre Medium*" bezeichnet, um ihre Besonderheit gegenüber den tertiären Medien hervorzuheben, nämlich dass sie einer größeren Interaktivität und damit einer besonderen, auch technisch gestützten Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer bedürfen.

Während in der Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaft ein sehr weiter Medienbegriff üblich ist, konzentriert sich die Journalistik und Kommunikationswissenschaft auf öffentliche Kommunikation und die so genannte "Massenkommunikation" durch "Massenmedien". Damit ist gemeint, dass in institutionalisierten Zusammenhängen (wie einer Redaktion) von professionellen Akteuren (wie den Journalisten/innen) Medienangebote selektiert und präsentiert werden. Das Ergebnis ist eine bestimmte Art der Wirklichkeitskonstruktion, an der alle Gesellschaftsmitglieder partizipieren können.

Die Humanzeit der Kommunikation wird dabei konfrontiert mit der eigenen Zeitlichkeit der Medien. Diese Zeitlichkeit hat zum Teil völlig andere Eigenschaften als die Humanzeit, und ihre Dimensionen scheinen beliebig manipulierbar. Tageszeitungen werden heute hergestellt, jedoch erst morgen genutzt (Zeitlichkeitsbruch). In elektronischen Medien kann zusätzlich beschleunigt und verlangsamt werden. Auch Anfangs- und Endzeiten bzw. Pausen und Unterbrechungen sind nicht mehr nötig.

Diese spezifische Zeiten der Medien stehen in einer spannungsreichen Beziehung zu den Zeiten der Politik: Beim Journalismus, der sich der Massenmedien bedient, handelt es sich um eine an Fakten orientierte Berichterstattung. Hier wird nach aktuellen Themen und sozialen Debatten gefragt. Der Journalismus "giert" dabei nach Ereignissen und orientiert sich an der permanenten Gegenwart. Ein Beispiel für diese "mediale Laborzeit" ist die Präsentation des amerikanischen Fernsehsenders CNN, die auf die Nachrichtenberichterstattung generell sehr prägend wirkt: Man sieht auf dem Bildschirm neben dem Nachrichtensprecher noch ein Laufband mit weiteren aktuellen Informationen und ein Bild mit einem anderen Inhalt. Gegebenenfalls kommt noch ein Split-Screen mit

Felder der Zeitpolitik

weiteren Informationen vor. In der aktuellen Gegenwart soll die Vielfalt der Ereignisse in der Welt präsentiert werden. Auch die Einführung von "Breaking News", die inzwischen inflationär zum Normalzustand wurden, ist hierauf zurückzuführen. Rund um die Uhr und immerzu, 24 Stunden am Tag dringen so aktuelle Nachrichten in die Wohnzimmer der Menschen.

Die Medien sind insgesamt zu den wichtigsten sozialen Zeitgebern der modernen Welt geworden, ähnlich stark, wie es früher die Kirchen waren. Stündliche Nachrichten gliedern den Tagesablauf, und seit 1952 leitete über Jahrzehnte hinweg der Gong der "Tagesschau" den Abend ein. Die Medien als soziale Zeitgeber führen aber auch vor, was angesagt ist: hohe Geschwindigkeit in einer "Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft". Sie spiegeln die Zeitkultur und prägen sie zugleich; insofern sind sie auch ein Hebel der Zeitpolitik.

So könnte z.B. ein "Zeitpakt", verstanden als zivilgesellschaftliche Übereinkunft, darin bestehen, dass der Journalismus und die Medienverantwortlichen sowie die Politik und die politisch Aktiven sich darauf verständigen, dass Journalismus genuin zwar einen starken Gegenwartsbezug hat, jedoch nicht in Gegenwartsfixierung aufgehen darf. Denn andernfalls leidet die Qualität des Journalismus. Guter Journalismus benötigt neben dem Tagesaktuellen auch Zeit und Raum für ausführliche Hintergrundberichterstattung und substantielle Recherchen. Sie erst erlauben es, das aktuelle Geschehen in größere Sinnzusammenhänge einzuordnen und dadurch zu "verstehen".

Literatur

Roland Burkart (2000): Kommunikationstheorien. Köln u.a.

Irene Neverla (1992): Fernseh-Zeit. Zuschauer zwischen Zeitkalkül und Zeitvertreib. München.

Irene Neverla (2002): Die polychrone Gesellschaft und ihre Medien. In: medien & zeit, Jg. 17, H.4, S. 46-52.

Harry Pross (1972): Medienforschung. Darmstadt.

Manuel Schneider / Karlheinz Geißler (Hrsg.) (1999): Flimmernde Zeiten. Vom Tempo der Medien. Stuttgart / Leipzig.

Autorin

Prof. Dr. Irene Neverla, Universität Hamburg, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft (Hamburg).

Kontakt: irene.neverla@uni-hamburg.de

Mobilität / Verkehr

Zeit und Mobilität sind unentrinnbar miteinander verflochten: wenn wir uns im Raum bewegen ver- und gebrauchen wir Zeit. Jede Bewegung ist deshalb nicht nur raum-, sondern auch zeitbezogen. Die Art der Zeit wiederum, die wir mit dem Durchqueren von Raum verbinden, kann sehr unterschiedlich sein: Es kann die Zeit der Ermüdung sein, die Zeit, die durch unseren circadianen Rhythmus gegeben ist, oder aber die Zeit, die mit Hilfe von Kalendern oder einer Uhr gemessen wird. Mobilitätszeit ist die Zeit des Schulweges und des Wanderns, die Zeit die täglich für den Arbeitsweg benötigt wird und die man für den Stau miteinkalkulieren muss. Mobilität braucht Zeit. Jedoch ist die Mobilität von Körpern und Dingen zu unterscheiden von der elektronisch konstituierten Mobilität der Information, welche sich praktisch im Jetzt unabhängig vom Raum abspielt.

Verkehr, Verkehrsplanung und Verkehrspolitik sind im Gegensatz zur Mobilität grundsätzlich mit der Uhrenzeit assoziiert. Effizienz und Erfolg sind ohne Uhrenzeit nicht berechenbar. Zeitpläne, insbesondere Fahrpläne, können ohne sie nicht erstellt, Reisezeiten und Pünktlichkeit nicht berechnet werden. Diese Uhrenzeit ist zugleich auch die Zeit, die im wirtschaftlichen Bereich gehandelt wird. In unserem täglichen Leben bestimmt sie nicht nur unsere Öffnungszeiten, sondern ermöglicht auch jegliche Koordination und Synchronisation von persönlichen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten.

Die Devise "Zeit ist Geld" spielt eine wichtige Rolle in der Zeitpolitik, d.h. Zeit als Geldwert fließt immer unhinterfragt in die Pläne und das wirtschaftliche Kalkül des Verkehrswesens ein. Das wiederum hat tiefgreifende Folgen für die Verwirklichung von nachhaltiger und vorsorglicher Verkehrspolitik. Wenn Zeit Geld ist, d.h. Geld kostet, dann folgt daraus, dass Beschleunigung angesagt ist, da weniger Zeit Geld spart und somit den Gewinn erhöht und diese gesparte Zeit wiederum nutzvoll für andere Aktivitäten eingesetzt werden kann. Wenn Zeit Geld ist, dann scheint schneller unwiderleglich besser zu sein. Erst wenn wir uns mit den Auswirkungen der Geschwindigkeit auf Umwelt und Gesellschaft befassen, werden die zeitpolitischen Zusammenhänge etwas komplizierter.

Für die Umwelt bedeutet die Überzeugung, dass schneller besser ist, mehr Energieverbrauch, mehr Flächenverdeckung und mehr Umweltverschmutzung, da Mobilität Energie verbraucht. Beschleunigte Mobilität benötigt entsprechend mehr Energie. Tempo und Energieverbrauch sind unwiderruflich miteinander verzahnt. Fortschritte in der Motoreffizienz verändern dieses Verhältnis und können so die negativen Umweltauswirkung mildern. Oft jedoch sind diese Innovationen durch andere Entwicklungen wieder aufgehoben: durch mehr Fahrzeuge, mehr Reisen und Kurzfahrten, größere Entfernungen. Ein drittes Verhältnis besteht zwischen Beschleunigung und Verbrauch von Land und Boden. Hier kann man sagen, je höher die Geschwindigkeit des Gefährts, desto mehr Raum wird benötigt zum Anhalten, Abfahren und Umdrehen. Diese Fläche fällt Beton und Schienen zum Opfer.

Ähnlich verhält es sich mit den Auswirkungen der Verkehrsgeschwindigkeit auf die Gesellschaft. Zeitraffung, also Zeiteinsparungen im Flug-, Zug- und Busverkehr bedeuten zum Einen, möglichst die geradeste Linie zwischen zwei Punkten zu erstellen, und zum Anderen, mit so wenig als möglich Haltepunkten auszukommen. Für die Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln bedeutet dies, dass im Namen von Effizienz ihre Bedürfnisse

Felder der Zeitpolitik

speziell für den Nahverkehr immer mehr zu kurz kommen. Nicht nur ihre Bedürfnisse aber werden vernachlässigt, auch die Sicherheit ist gefährdet, wenn Zeit Geld ist und schneller unhinterfragt als besser verstanden wird. Das betrifft vor allem jene Verkehrsbenutzer, die sich ohne motorisierte Hilfe fortbewegen. Je größer der Geschwindigkeitsunterschied ist, desto höher ist die Unfallgefahr für die Langsamen. Und: Je größer die Gefahr, desto mehr steigt z.B. der Druck auf die Eltern, die Kinder in die Schule und zu ihren Freizeitaktivitäten zu fahren.

Auch ist der Großteil unserer Gesellschaft nicht in der Lage, ihre Zeit gegen Geld einzutauschen, und auch nicht in der Lage, Geschwindigkeit zu erkaufen. So sind z.B. viele Kinder und Pensionierte, Arbeitslose und chronisch Kranke zeitreich, aber geldarm. Für sie ist der Tausch von Geld für Geschwindigkeit keine Option. Für sie ist auch das Verkehrssystem nicht entworfen, und für sie ist deshalb die "Schneller ist Besser"-Devise besonders benachteiligend.

Geschwindigkeit ist kostspielig was Umwelt, Gesellschaft und das Verkehrswesen angeht. Zeitersparnisse müssten bezahlt werden von denjenigen, die von ihnen profitieren. Bis jetzt aber hat die Gesamtgesellschaft die Zeitersparnisse bezahlt. Dies aber ist weder nachhaltig noch gerecht. Zeitpolitik im Verkehrswesen sollte deshalb das Blickfeld weiten und auch die ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen der heutigen Mobilitätserwartungen stärker ins Kalkül einfließen lassen.

Literatur

Barbara Adam (2001): The Value of Time in Transport. In: L. Giorgi / R. Pohoryles (Eds.): *Transport Policy and Research: What Future?* Aldershot: Ashgate.

Barbara Adam (2002): Foresight for Transport: Time Implications, www.iccr-international.org/foresight.

Barbara Adam et al. (2002): Time Panel Consultation Document, www.iccr-international.org/foresight.

Autorin

Prof. Dr. Barbara Adam, Cardiff University, Tutzingen Projekt "Ökologie der Zeit" (Cardiff).

Kontakt: adamtime@cardiff.ac.uk

Internet: www.zeitoekologie.org

Ökologie

Zeit ist wie der Raum eine grundlegende Kategorie allen Lebens und der zugrunde liegenden abiotischen Prozesse. Es gibt kein Leben, keine Veränderung außerhalb der Zeit. Im Unterschied zum Raum wurde die Zeit in ihren Facetten wie Rhythmen, Zyklen, Zeitskalen, Zeitpunkten etc. bisher in der Ökologie und Umweltforschung nicht vergleichbar systematisch einbezogen. Obwohl die grundlegende Bedeutung der Zeit in den einzelnen Disziplinen wie in der Ökologie, der Umweltchemie, der Bodenkunde, der Agrarwissenschaft, der Geologie oder der Hydrologie, um nur einige zu nennen, sehr wohl bekannt ist.

Ökosysteme sind durch *dynamische Stabilität* (Elastizität) gekennzeichnet. Menschliche Eingriffe stören diese Art von Stabilität, wenn sie auf das Erhalten eines bestimmten Zustandes abzielen. Ihr Ziel ist in der Regel eine statische Stabilität, eine „Kontrolle der Zeit“ (→ III: "Time Control"). Beispiele dafür sind z.B. Monokulturen, die nicht nur in der Zusammensetzung der makroskopischen Organismengesellschaften stark vereinheitlicht sind, sondern auch in ihren Zeiten (wie z.B. Reifezeitpunkt) möglichst einheitlich sein sollen. Ein weiteres Beispiel: Der Bau des Assuan-Staudammes hatte neben der Energiegewinnung auch das Ziel, die jahreszeitlich bedingten Hochwasserereignisse zu verhindern. Diese "Zeitkontrolle" hat aber nicht nur starke geologische, sondern auch soziale und sozioökonomische Folgen.

Unser Umgang mit der Natur ist in weiten Bereichen immer noch durch das Zeitverständnis der klassischen Physik geprägt: Es dominieren die Kalenderzeit und die Uhrenzeit, nicht die Zeiten der Natur. Die große Bedeutung der Zeiten in ihren qualitativen und quantitativen Aspekten und ihr Zusammenspiel in Ökosystemen wie auch mit kulturellen Systemen (einschließlich der technischen sowie ökonomischen Systeme) wurde lange Zeit vernachlässigt. Die Umweltkrise dürfte darin eine ihrer Ursachen haben.

Die Berücksichtigung der Zeit in ökologisch relevanten Zusammenhängen ist dringend notwendig, da *ein* wesentlicher Zugang zu systemaren Betrachtungen in Ökologie und Ökotoxikologie die Dimension der Zeit ist. Dies gilt sowohl für die Beschreibung von Ökosystemen als auch für die Erfassung, Beschreibung und Bewertung von Veränderungen in Ökosystemen und der Umwelt insgesamt. Der explizite Einbezug der Zeit ermöglicht einen sonst kaum möglichen Zugang *quer* zur organismischen, medialen, stofflichen, funktionalen und energetischen Betrachtungsweise.

Allerdings sollten ökologisch relevanten Fragestellungen nicht einfach Zeitaspekte hinzugefügt werden. Vielmehr wird es darum gehen müssen, die natürliche und die kulturelle Zeitordnung sowie ihr Wechselspiel und gegenseitige Bedingtheit besser zu verstehen und – darauf aufbauend – angemessene Zeitmaße für unseren Umgang mit der natürlichen Mitwelt und unserer eigenen Natur zu finden. Durch das Einbeziehen der Zeit können Wechselwirkungen des Menschen mit seiner Mitwelt besser erfasst werden, da Zeit ein grundlegendes Bindeglied zwischen Natur, Technik, Ökonomie, Kultur und Gesellschaft ist. Umgang mit und Nutzung von Ökosystemen oder Teilen von ihnen gemäß den Kriterien der Nachhaltigkeit wird dadurch erst möglich.

Umweltforschung und Umweltpolitik müssen deshalb auch die Zeit in ihre Modellvorstellungen und Fragestellungen explizit einbeziehen. Eine Aufgabe künftiger Umweltforschung muss es demnach sein, die Bedeutung der zeitlichen Entwicklung von Ökosyste-

Felder der Zeitpolitik

men und Schadstoffdynamiken für Natur und Mensch besser verstehen zu lernen. Der Kontext der Zeit sollte in der praktisch politischen Umsetzung und Bewertung der Ergebnisse der Umweltforschung einen ähnlichen Stellenwert einnehmen wie der des Raumes.

Literatur

Martin Held / Karlheinz A. Geißler (Hrsg.) (1995): Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart, Leipzig.

Klaus Kümmerer: (1997): Die Vernachlässigung der Zeit in den Umweltwissenschaften. Beispiele – Folgen – Perspektiven. UWSF - Z. Umweltchem. Ökotox. 9 (1997), S. 49-54.

Martin Held / Klaus Kümmerer: Rhythmen & Resilienz – Nachhaltige Entwicklung in zeitlicher Perspektive. In: D. Ipsen / J. C. Schmidt (Hrsg.): Dynamiken der Nachhaltigkeit. (im Erscheinen)

Autor

PD Dr. Klaus Kümmerer, Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene der Universitätsklinik Freiburg, Tutzingen Projekt "Ökologie der Zeit" und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Freiburg).

Kontakt: klaus.kuemmerer@uniklinik-freiburg.de

Internet: www.zeitoekologie.org

Raum- und Umweltplanung

Indirekt sind Raum- und Umweltplanung zugleich auch politische Planungen von, in und mit Zeit(en). So hat das *räumliche* Planungsideal der Moderne die funktionale Spezialisierung des Raumes – also Trennungen in Arbeits-, Wohn- und Erholungsgebiete beispielsweise – voran gebracht. Nebenfolge dieser Planungspraxis sind "ZwischenZeitRäume": Zeiten der Mobilität und des Wartens, durch die wiederum Flächen (z.B. für Verkehrsinfrastruktursysteme) beansprucht und verplant werden. Unerwünschte soziale und ökologische Wirkungen, wie Ressourcenverbrauch, Emissionen, Landschaftszerschneidungen, Gesundheitsschäden durch Lärm und Luftverschmutzung sind die Folgen, die wiederum auf Zeit(en) und Räume zugreifen. Raumplanung ist also prinzipiell zeitwirksam. Und umgekehrt gilt: Der Wandel der Zeitstrukturen – als Folge sozial-ökonomischer Zeitplanungen – ist raumwirksam.

Auch *Umweltplanung* ist (ebenso implizit und ungewollt) Zeitplanung. So haben Umweltschutzstrategien der 1. Generation – technische Maßnahmen nach dem "end-of-pipe"-Prinzip – zu Verlagerungen von Umweltproblemen in der Zeit geführt: Durch Umwandlung von gasförmigen und flüssigen Abfällen in feste z. B. mittels Filtertechniken wurde zunächst die Wirksamkeit unerwünschter Stoffe in der Zeit sogar vergrößert, beispielsweise in Form von Abfalldeponien als Altlasten von morgen. Aktuell erzeugte ökologische Belastungen – auch in Folge umweltplanerischer Maßnahmen – werden zu Lasten künftiger Generationen verschoben ("Kolonialisierung der Zukunft").

Doch weist die Ende des 20. Jh. sichtbar werdende raumzeitliche Entgrenzung der Umweltprobleme – Globalisierung und Irreversibilität ökologischer Veränderungen – auf die Notwendigkeit einer *zeitbewussten Umweltplanung* hin. Auch für die Raumplanung lässt sich sagen: Phänomene massiver Zersiedelung und anhaltend hoher Flächenversiegelung (aktuell in Deutschland etwa 130 ha/Tag) verbunden mit einer enormen Beschleunigung von Flächennutzungszyklen haben die Forderung nach einer *zeitbewussten Raumplanung* laut werden lassen. Zudem hat der Wandel gesellschaftlicher Zeitstrukturen dazu geführt, dass sich Zeitkonflikte – innerhalb des Sozialen wie auch zwischen sozialen und ökologischen Räumen – verstetigt und verschärft haben. Auf diesem Hintergrund beginnt sich in Raum- und Umweltplanung ein neues Bewusstsein über die Bedeutung der Dimension Zeit zu entfalten (u.a. Wolf/ Scholz 1999). (→ II: "Ökologie")

Insbesondere die Debatte um das Leitbild *Nachhaltige Entwicklung* hat die Ausbildung eines solchen neuen Zeitbewusstseins befördert:

Das *Gebot der Generationengerechtigkeit* fordert von Raum- und Umweltplanung eine Langfristperspektive, in der die künftigen Wirkungen aktuell realisierter Maßnahmen mitzudenken sind: Der Planungserfolg wird daran gemessen werden müssen, inwieweit Optionen künftiger Nutzungen damit verbunden sind.

Das *Gebot der Integration* sozialer, ökonomischer und ökologischer Entwicklungsziele fordert von Raum- und Umweltplanung, sich einer Synchronisationsaufgabe zu stellen: Ökonomisch-technische, soziale und kulturelle Zeiten sind mit den (rhythmischen und oftmals großskaligen) Zeiten der ökologischen Natur zu vermitteln.

Felder der Zeitpolitik

So besteht die zentrale Herausforderung für Raum- und Umweltplanung zunächst darin, sich der zeitlichen Implikationen des Planungshandelns bewusst zu werden. Auf diesem Hintergrund werden verschiedene *zeitpolitische Strategien* und Instrumente diskutiert:

Zeitleitpläne und Zeitnutzungspläne komplementär zur Bauleit-, Flächennutzungsplanung in Städten und Kommunen (→ II: "lokale Zeitpolitik").

Zeitwirksamkeitsprüfungen für Projekte (z.B. Infrastrukturmaßnahmen, Produktionsanlagen) sowie für Pläne und Programme (z.B. Regionalpläne, Haushaltspläne): Ziel ist es, die Wirkungen der Planung in den und auf die (vielfältigen) Zeiten möglichst frühzeitig zu erfassen, zu bewerten und Konfliktpotenziale aufzudecken. So können Zeitwirksamkeitsprüfungen z.B. dazu beitragen, dass der Gefahr einer raumzeitlichen Polarisierung ("Zwei-Geschwindigkeits-Räume") frühzeitig entgegen gesteuert wird. Oder sie können bewirken, dass die Entwicklung von Stoffen und Produkten entlang der von ihnen ausgehenden Wirkungen auf und in ökologische(n) Zeit(en) vorsorgeorientiert gestaltet wird (vgl. hierzu den Vorschlag zum *Zeitmanagement* im Umgang mit industriellen Stoffströmen, Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" 1994 und weiterführend Held et al. 2000.)

Wo das Wissen über soziale und ökologische Wirkungen von Stoffen und Produkten in den Zeiten unvollständig bleibt, kann eine Regulation mittels *Beobachtungszeiten* dazu dienen, Herstellung und Verbreitung an den Erkenntnisgewinn über zeitliche Folgen zu koppeln. Doch sind bei Ungewissheit über zeitliche Wirkungen auch "Nullvarianten" – d.h. das Schaffen und/oder Erhalten von *Zeitbrachen, geschützten Zeiten, Zeitschutzgebieten* – wichtige zeitpolitische Optionen (→ II: "Ökologie").

Im Interesse der Vorsorge für künftige Generationen sind Raum- und Umweltplanung gefordert, die weitere Aneignung, Ausdehnung und Beschleunigung vielfältiger Zeiten bewusst (mit)zugestalten.

Literatur

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ (1994): Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen (Bundestags-Drucksache 12/8260), Bonn.

Martin Held / Sabine Hofmeister / Klaus Kümmerer / Bernhard Schmid (2000): Auf dem Weg von der Durchflußökonomie zur nachhaltigen Stoffwirtschaft. Ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der grundlegenden Regeln. In: GAIA 9 (4), 257-266.

Klaus Wolf / Claudia Maria Scholz (1999): Neue Zeitverwendungsstrukturen und ihre Konsequenzen für die Raumordnung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hrsg.), Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 207, Hannover.

Autorin

Prof. Dr. Sabine Hofmeister, Institut für Umweltstrategien und Umweltplanung, Universität Lüneburg und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Berlin, Lüneburg).

Kontakt: hofmeister@uni-lueneburg.de

Risiko

Risiko erscheint erst auf den zweiten Blick als ein zeitpolitisches Problem. In der bisherigen Diskussion um Zeitpolitik standen etwa Konflikte aus den Sektoren Arbeit oder kommunaler Politik im Mittelpunkt. Dies aus gutem Grund, zeigten sich hier doch ganz plastisch die Koordinationsprobleme in gewandelten sozialen Verhältnissen. Demgegenüber ist das Thema Wissen oder Risiko im zeitpolitischen Kontext wenig beachtet, geschweige denn systematisiert.

Warum sollte das Thema Risiko überhaupt einer zeitpolitischen Analyse unterzogen werden? Nun, an einer Vielzahl von (historischen) Beispielen lässt sich demonstrieren, wie der Mangel an einer Zeitreflexion zu einem riskanten Handeln beigetragen hat. Besonders eindrücklich ist hierbei die Entdeckung des Ozonlochs, nachdem die so genannten FCKWs schon fünfzig Jahre hergestellt wurden. Ihre Stabilität machte ein Aufsteigen in die Stratosphäre möglich, wo sie aber anderen Umweltbedingungen ausgesetzt waren und sich dabei als nicht mehr stabil erwiesen. In der Zwischenzeit gehört es zum Bestand des Wissens, dass Risiken einen offenen Horizont in die Zukunft erzeugen. Zwar zeigen sich insbesondere an den Techniken der "roten" und "grünen" Gentechnik vielfältige institutionelle Nejustierungen zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, jedoch sind die damit verbundenen (institutionellen) Konsequenzen alles andere als ausgelotet. Dies verwundert auch nicht, denn moderne Gesellschaften haben es bisher nicht gelernt, über Grundannahmen, die sie konstituieren, wie Freisetzung von Wissenschaft, Ausbreitung von Märkten, Entfesselung technologischen Fortschritts und fortlaufende Demokratisierung, sich zu verständigen. Deutlich ist allein: der Streit um Wissen wird selbst politisch und erfordert eine zeitkritische Wissenspolitik, die *Prozesse* gesellschaftlich-wissenschaftlicher Wissenskonstruktion in den Blick nimmt.

Wie kann dies geschehen? Analysiert man die Debatten um Gentechnologien, Chemiepolitik oder die Transplantationsmedizin zeigen sich bereits spezifische Restrukturierungsmuster. Sie machen darauf aufmerksam, dass eine zeitkritische Wissenspolitik zum Umgang mit Risiken einerseits eine *generelle Strukturierung* von solchen Wissens- und Entscheidungsprozessen hinsichtlich ihres zeitlichen Regimes (wie z.B. bei der Freisetzungsrichtlinie für gentechnisch veränderte Organismen und der darin enthaltenen 10-Jahres-Regelung für Nachzulassungsmonitoring und Neubeantragung) erfordert. Zum anderen ist aber auch viel detaillierter nach den *spezifischen Zeitstrukturen*, z.B. von alternativen Pfaden im Bereich Landwirtschaft, zu fragen, die eine Einbindung von unterschiedlichen Akteuren in solche Prozesse ermöglichen oder eben verhindern.

Literatur

Stefan Böschen (2000): Risikogenese. Prozesse gesellschaftlicher Gefahrenwahrnehmung: FCKW, Dioxin, DDT und Ökologische Chemie. Opladen.

Stefan Böschen / Kurt Weis (2004): Die Gegenwart der Zukunft. Zeitlandschaften im Wandel. Wiesbaden (im Erscheinen).

Autor

Dr. Stefan Böschen, Universität Augsburg, Sonderforschungsbereich "Reflexive Modernisierung" (Augsburg).
Kontakt: stefan.boeschen@wiso.uni-augsburg.de

Stadtentwicklung / Urbanität

Aus den Verwerfungen, die aus der Flexibilisierung der Arbeitswelten sowie der Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten resultieren, erwachsen neue Anforderungen und Erwartungen gegenüber der lokalen und regionalen Gemeinschaft. Diese befindet sich aber selbst in zu schwieriger Lage, als dass von ihr ohne weiteres Zutun Abhilfe für die Verwerfungen in den Bereichen von Arbeit und Familie zu erwarten wäre. Die lokalen Gemeinschaften verstärken oder wiederholen nämlich zuweilen diese Verwerfungen. Informelle Netze, die auf Familie oder Nachbarschaft beruhen, verlieren oft ihre Kraft oder lösen sich auf. Die Kommunen geraten als räumliche Einheiten durch Entstädterung in Gefahr. Sie verlieren Einwohner (nicht unbedingt "Nutzer/innen"). Die Konkurrenz mit anderen Wohn-, Arbeits- und Freizeitattraktoren wächst. Durch allseitige Kommerzialisierung geraten sie unter erhöhten Beschleunigungs- und (Individual-)Verkehrsdruck und werden dadurch noch unattraktiver.

Auch öffnet sich die Schere zwischen Aufgaben und Ausgaben der Kommunen weiter. Dazu tragen paradoxerweise die beiden o. g. Verwerfungen ebenso bei wie die Krise der Kommunen und des Steuerstaats. Vielfach stellt die Finanznot der Kommunen auch noch deren Identität (und damit die Identifizierung ihrer Bewohner/innen) in Frage – eine heute geradezu verheerende Folge.

Eine an Zeitgerechtigkeit orientierte Politik dürfte unter diesen Bedingungen gerade auf örtlicher Ebene unerlässlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sein. Sie wird sich an der Zielsetzung der Urbanität ausrichten. Unter Urbanität kann unter zeitpolitischen Gesichtspunkten verstanden werden: "Die Städte sollen von räumlicher Dichte und zeitlicher Vielfalt geprägt und dadurch lebendig und anziehend sein." Ziel ist es, das Städtische im Alltag und in seiner zeitlichen Gestalt für die vielfältigen Lebenslagen, die in der Stadt und ihrem regionalen Umfeld vereint sind lebenswert und attraktiv zu machen. Das gilt sowohl für die Einwohner/innen als auch für die Gäste.

Urbanität in diesem Sinne setzt voraus:

- dass die physische Seite der Stadt Netzwerke von baulichen, Versorgungs-, Mobilitäts-, wirtschaftlichen und sonstigen Infrastrukturbedingungen entwickelt und unterhält, die auf alltagszeitliche Bedarfslagen und Integrationswünsche der Menschen zugeschnitten sind;
- dass die kulturell-soziale Seite der Stadt durch Vielfalt und Heterogenität und zugleich Kooperation und Gastlichkeit zur Urbanität als „way of life“ beiträgt;
- dass die Orientierungsleistungen der Stadtnutzenden durch geeignete Maßnahmen gesteigert werden;
- dass den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der nachfolgenden Generation und der zeitlichen Nachhaltigkeit bei den zu treffenden lokalen Entscheidungen Rechnung getragen wird.

Die zeitgerechte Stadt ist gekennzeichnet von der Unterschiedlichkeit von Zeiten und Rhythmen – aber auch dem Versuch, diese Unterschiedlichkeit miteinander in Beziehung zu setzen. Damit bietet sie auch ein sinnvolles Muster verschiedener Alltagszeiten und

Felder der Zeitpolitik

Geschwindigkeiten, was ihr so etwas wie ein kenntliches Gesicht (oder eine für Einwohner/innen wie für Gäste erstrebenswerte "Identität") verleiht.

Literatur

Text aus: Leitvision Bremen 2030 - eine zeitbewusste Stadt, Bremen 2003, www.bremen2030.de

Klaus Wolf / Claudia Maria Scholz (1999): Neue Zeitverwendungsstrukturen und ihre Konsequenzen für die Raumordnung, Hannover: ARL.

Dietrich Henckel / Matthias Eberling (Hrsg.) (2002): Raumzeitpolitik. Berlin.

Autor

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Forschungsstelle Zeitpolitik, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hamburg, Bremen).

Kontakt: zeitpolitik@hwp-hamburg.de

Internet: www.forschungsstelle-zeitpolitik.de oder www.time-lab.de

Instrumente der Zeitpolitik

Chronotope / Chronomaps

Es ist eine Art *Praxeologie* zeitpolitischer Gestaltung im Entstehen: Damit ist eine zuweilen durchaus intuitiv gewonnene, aber dann systematisch ausgewertete und beurteilte Methodenlehre gemeint, die darauf Bezug nimmt, unter welchen Handlungsbedingungen und Akteurskonstellationen zeitpolitische Gestaltungsinitiativen versprechen, Hindernisse zu überwinden und Erfolge zu erzielen.

Besonders in Italien sind die Instrumente der *Chronotope* und der *elektronisch gestützten Kartografie* entwickelt und umgesetzt worden, um etwa auf dem Wege der Computersimulation "Attraktoren" bestimmter Orte in eine zeitliche Ordnung zu bringen und darauf gestützt wünschenswerte De-Synchronisationen oder aber gerade Synchronisationen herbeizuführen (Mailand, Bologna, Bozen-Süd). Überhaupt besteht ein Teil des Fortschritts des zeitpolitischen Gestaltungsansatzes "Zeiten der Stadt" (→ II: "Lokale Zeitpolitik") in der *Visualisierung* von zeitlichen Gestaltungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten. Das gilt nicht nur für die Kartografie und die elektronisch gestützte Simulation. Es gilt auch für Ausstellungen und Filme zu "Zeiten der Stadt", die dem spröde erscheinenden Thema Leben einhauchen.

Chronotop: Die Stadt ist der Platz, wo die Verbindung zwischen sozialen und physischen Strukturen offenbar wird, weil soziale Lebensformen sich in Städten niederlassen. Sich niederlassen und Niedergelassen-Sein bezeichnet zwei unterschiedliche Seiten derselben Handlung: die menschlichen Beziehungsnetzwerke und die gebaute städtische Umgebung sind im allgemeinen unter demselben Namen bekannt: "Stadt" – womit die Nähe dieser Beziehung ausgedrückt wird. Diese Beziehung ist unübersehbar asymmetrisch: die gebaute Umgebung überlebt lange nach dem Weggang ihrer Bewohner, soziale Lebensformen aber benötigen Plätze, um sich niederzulassen.

Die Beziehung, die menschliche Wesen mit bebauter Umgebung verbindet, kann als die Zeitarchitektur charakterisiert werden, die die Stadt formt. Die Zeitstrukturen der physischen Seite der Stadt verbinden sich mit den Zeitstrukturen der sozialen Seite, die letztere siedelt sich in der ersteren an und formt sie. Jede Stadt ist auf einer unterschiedlichen Kombination beider Aspekte aufgebaut – mit einer spezifischen Zeitstruktur, mit Zeitformen, die die Materialität des Alltagslebens offenbaren: Jahreszeiten, Klänge, Geschwindigkeiten, Farben, Lebensrhythmen, Pausen und Eile.

Chronomaps: Die geographischen Informationssysteme sind dahingehend weiterentwickelt worden, dass sie sich nicht länger auf die dauernden physischen Aspekte des Territoriums beschränken (Morphologie, Oberfläche, Bebauung, Infrastruktur), sondern solche Aspekte und Phänomene einschließen, die sich einer geometrischen Beschreibung zunächst entziehen: Beziehungen, soziale sowie kulturelle Beziehungen, und Bindungen. Diesen Phänomenen und zeitbezogenen Informationen eine kartographische Gestalt zu geben, verursacht Probleme: Zeitphänomene ereignen sich zum einen auf verschiedenen Zeitskalen (Stunden, Tage, Wochen, Jahreszeiten) bzw. passieren gleichzeitig. Zum anderen liegt in der Konstruktion der Daten erkenntnistheoretische Herausforderungen. Entstanden ist ein System elektronischer Kartographien, das in der Lage ist, folgende zeitlichen Elemente der Stadt abzubilden:

Instrumente der Zeitpolitik

- die historische Konstruktion der Plätze;
- die städtischen Zeitregime;
- die Zyklen der Öffnungs- und Schließungszeiten der ansässigen Dienstleistungsangebote und anderer Aktivitäten;
- die Flüsse von Personen und Sachen, die von den Funktionen, die in einem Territorium angesiedelten sind, angezogen oder abgestoßen werden.

Daraus resultieren so genannte "Attraktoren-Karten" oder auch "On-Off-Karten" als Grundelemente der elektronischen Zeitkartographie. Sie dienen vornehmlich zwei Zielen: als Planungsbasis für Stadtplaner/innen und andere Experten/innen und als Beteiligungsinstrumente für Bürger/innen – gerade für solche, die weniger sprach- und argumentationskundig sind.

Literatur

Text zu "Chronotope" aus: Sandra Bonfiglioli (1997): Che cos'è un cronotopo. In: Urbanistica Quaderni 12/1997, S. 90 – 92.

Text zu "Chronomaps" aus: Stefano Stabilini (2001): Cronomappe. Il problema cartografico di integrare differenti scale spazio temporali e la rottura epistemologica alla microscala dei corpi. In: territorio18/2001, S. 69/70).

Sandra Bonfiglioli / Marco Mareggi (Hrsg.) (1997): Il tempo e la città fra natura e storia, Rom.

Sandra Bonfiglioli (2000): Die Politiken der städtischen Zeiten. In: Ulrich Mückenberger (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Bremen.

Autor

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Forschungsstelle Zeitpolitik, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hamburg, Bremen).

Kontakt: zeitpolitik@hwp-hamburg.de

Internet: www.forschungsstelle-zeitpolitik.de oder www.time-lab.de

Instrumente der Zeitpolitik

Öffentlicher Zeitraum

Das Konzept des öffentlichen Zeitraums wird in Analogie zum räumlichen Zugang öffentlicher Räume gebildet. Bisher implizit, ist es in der Demokratie ein konstituierendes Moment der politischen Willensbildung und Schaffung von Transparenz in den Entscheidungsprozessen und Handlungen der Entscheidungsträger verschiedener politischer Einheiten und Ebenen.

Zugrunde liegen unterschiedliche Wurzeln der Demokratie. In der griechischen Antike spielte in der Polis, von der sich das moderne Konzept von Politik herleitet, die *Agorá* als physisches Zentrum der Polis eine maßgebliche Rolle. Es war der Ort, an dem in der Öffentlichkeit der informelle politische Austausch stattfand ebenso wie er den öffentlichen Raum für die formellen Beratungen und Beschlussfassungen der Bürger der Polis bot. Für die politischen Debatten über die Angelegenheiten der Polis und die Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen war Zeit erforderlich. In Athen wurden beispielsweise für die Bürger, die wirtschaftlich nicht genügend potent waren, sozialpolitische Maßnahmen beschlossen, um ihnen die politische Beteiligung zu ermöglichen.

In der Herausbildung der Städte im europäischen Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit waren öffentliche Räume für den kommunikativen Austausch und die politische Willensbildung ebenfalls von großer Bedeutung. In der weiteren Entwicklung wurde von Tocqueville die Bedeutung von Öffentlichkeit für die Demokratie betont. Öffentliche Räume waren und sind seither explizit ein Thema. Die dazu komplementär erforderlichen öffentlichen *Zeiträume* sind dagegen bisher – von Ausnahmen etwa im Rahmen von sich aktuell herausbildenden Prozessen kommunaler Zeitpolitik abgesehen – bisher kein ausdrückliches Thema.

Indirekt kann beispielhaft an der Art der Berichterstattung in deutschen Medien über die Inbetriebnahme des Transrapid in Schanghai die Bedeutung öffentlicher Zeiträume für die Demokratie illustriert werden. Von dort wurde anlässlich einer China-Reise von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Jahreswende 2002/2003 begeistert berichtet, wie schnell ohne irgendwelche Einspruchsmöglichkeiten besorgter Anwohner oder dergleichen die Planung und Realisierung der Transrapid-Strecke möglich war. Der für das Projekt zuständige Commander Wu wurde als tatkräftiger, "effizienter" Durchsetzer präsentiert. Dem wurde die deutsche Realität mit ihren "ausufernden" Debatten und „endlosen“ Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungszeiten entgegen gestellt.

Diese Reaktion zeugt von Unverständnis bzgl. der Abläufe in anderen Kulturen ebenso wie sie ein Indikator dafür ist, dass die Grundvoraussetzungen der Demokratie auch bei uns noch nicht allgemein gefestigt sind. Demokratie braucht Zeiträume, d.h. öffentliche Räume und Zeiten für Verständigungsprozesse und den öffentlichen Austrag unterschiedlicher Interessen. Demokratie braucht öffentliche Zeiträume, in denen sich Freude ebenso wie Wut und Schmerzen Ausdruck verleihen können. Demonstrationen können ebenso wie Feste, politische Versammlungen, Internet-Foren etc. dafür ein Mittel sein. Öffentliche Zeiträume sind auch wichtig für gemeinsames Feiern und Gedenken, da Demokratien darauf verwiesen bleiben, dass im Rhythmus der Jahre die Bürgerinnen und Bürger Gemeinschaft (er)leben.

Instrumente der Zeitpolitik

Die Fokussierung auf Zeitpolitik macht die bisher implizite Bedeutung öffentlicher Zeiträume ausdrücklicher. Analog etwa zu den öffentlichen Debatten über die architektonische Gestaltung von Gedenkstätten und öffentlichen Räumen lässt sich die Notwendigkeit von Zeiträumen für die Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie ableiten. Bestehende Zeitstrukturen der Politik und politischer Institutionen sind dementsprechend weiter zu entwickeln. Es sind eigenständige Zeiten für öffentliche Zeiträume zu sichern, um einer beschleunigten Verkürzung von öffentlichen Debatten als Grundlage politischer Entscheidungen entgegen zu wirken. Ebenso ist Flexibilität erforderlich, damit in entscheidenden Momenten entschlossen gehandelt wird und im Nachhinein, wenn dafür Zeit ist, dies öffentlich aufgearbeitet werden kann.

Literatur

Thomas Maissen (1998): Eigentümer oder Bürger? Haushalt, Wirtschaft und Politik im antiken Athen und bei Aristoteles. In: Martin Held / Hans G. Nutzinger (Hrsg.): Eigentumsrechte verpflichten. Individuum, Gesellschaft und die Institution Eigentum. Frankfurt/New York, S. 65-83.

Ulrich Mückenberger (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung. Berlin.

Gisela Riescher (1994): Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen. Baden-Baden.

Autor

Dr. Martin Held, Evangelische Akademie Tutzing, Tutzinger Projekt "Ökologie der Zeit" und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Tutzing).

Kontakt: held@ev-akademie-tutzing.de

Internet: www.zeitoeekologie.org

Instrumente der Zeitpolitik

Standardisierung von Zeit

Standardzeit – Universalzeit – Weltzeit: Mit Standardzeit bezeichnet man die weltweite, durch internationale Übereinkommen festgelegte und durch technische Verfahren kontrollierte Messung und Anzeige der Zeit. Alle lokalen Zeiten oder Ortszeiten stehen zur Standardzeit in einem festen Verhältnis, wobei Differenzen mit vollen Stunden ausgedrückt werden.

Als Standardzeit gilt gegenwärtig die UTC (Universal Time Coordinated), eine auf der Sekunde basierenden Zeitskala mit einer primären Zeitzone, auf die sich alle anderen Zeitzonen beziehen. Sie wurde 1926 als Nachfolgerin der Greenwich Mean Time (GMT) eingeführt. Die deutsche Standardzeit ist nach den Zeitgesetzen aus den Jahren 1893 und 1978 die Mitteleuropäische Zeit (MEZ), die der UTC plus einer Stunde bzw. während der Sommerzeit (MESZ) der UTC plus zwei Stunden entspricht, weshalb man manchmal in Computerausdrucken Zeitangaben in der Form 14:52 UTC+1:00 sieht. Die Militärs benutzen zur eindeutigen Verständigung über die Zeitzonen Buchstabenwörter. Danach heißt z.B. Greenwich Mean Time "Zulu Time", die mitteleuropäische Zeit "Alpha Time" und unsere Sommerzeit "Bravo Time".

Für die Längengradbestimmung auf See war 1675 das königliche Observatorium in Greenwich bei London eingerichtet worden, dessen Zeit zur Referenzzeit für die Weltschifffahrt wurde. Nach der Greenwichzeit wurden die Schiffschronometer reguliert und Seekarten angefertigt. Im 19. Jahrhundert forderten zunächst Astronomen eine einheitliche Weltzeit. Nach der Einigung auf das System der Zeitzonen wurden diese von den Eisenbahngesellschaften in ihrem rasant wachsenden Schienensystem übernommen. Die Städte an den Bahnlinien führten die Eisenbahnzeit an Stelle ihrer Ortszeiten ein. Diese Zeit wurde zunächst durch transportable Uhren und seit der Mitte des 19. Jahrhunderts telegraphisch, später durch Funk und Radio übermittelt. Nationale Zeitgesetze folgten, nachdem man sich etwas widerwillig auf Greenwich als den "englischen" Nullmeridian geeinigt hatte. Das Zeitgesetz im Deutschen Reich aus dem Jahr 1893 legte die mittlere Sonnenzeit auf den 15. Grad östlicher Länge fest. Dieser Meridian verläuft durch Görlitz.

Als kalendarische Weltzeit gilt der 1582 durch Papst Gregor XIII. eingeführte Gregorianische Kalender mit seinen Regeln für die Schaltjahre, die die Tageszählung an das Sonnenjahr angleichen. Es hat bis ins 20. Jahrhundert gedauert, bis sich diese "katholische" Zeit weltweit durchsetzen konnte. Eine historische Weltzeit, nach der die Jahre vor und nach Christi Geburt durchgezählt werden, hat sich etwa seit der ersten Jahrtausendwende durchgesetzt. Auch der christliche Festkreis mit seinem gegenüber dem Kalender beweglichen, aber für alle Christen verbindlichen Osterfest, ist – wie heute alle Weltfeiertage "Welttag des XYZ" – eine Weltzeit mit identitätstiftender Wirkung.

Der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts für die Universalzeit übliche deutsche Begriff Weltzeit hat alte Begriffe von der Weltzeit als historischer Zeit oder als irdischer Zeit im Gegensatz zu einer nichtirdischen Ewigkeit verdrängt. Er suggeriert auch eine globale, alles umfassende Zeitstruktur und – durch globale Kommunikation – eine durchgängige Gleichzeitigkeit. Diese viel beschworene, etwa durch Live-Übertragungen suggerierte Synchronie ist genau genommen eine Fiktion, weil auch die Signalübertragung Zeit

Instrumente der Zeitpolitik

braucht. Anders als die Jahreszählung und das Kalenderdatum ist unsere Uhrzeit eine Zonenzeit, die die Erfahrung des Hell-Dunkel-Wechsels weitgehend berücksichtigt. An die sog. Weltzeit ist auch nicht alles und jedes zu jeder Zeit angeschlossen, sondern nur die, die überhaupt durch Kommunikation adressierbar sind oder jeweils einen Kommunikationszusammenhang zu bestimmten Zwecken aktualisieren.

Literatur

Wolfgang Schivelbusch (1981): Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, München.

Dava Sobel (1996): "Längengrad". Die wahre Geschichte eines einsamen Genies, welches das größte wissenschaftliche Problem seiner Zeit löste. Berlin.

Anna-Dorothee von den Brincken (2000): Historische Chronologie des Abendlandes. Kalendererformen und Jahrtausendrechnungen. Stuttgart.

Clark Blaise (2001): Die Zähmung der Zeit. Sir Sandford Fleming und die Erfindung der Weltzeit. Frankfurt a.M.

Autor

Prof. Dr. Gerhard Dohrn-van Rossum, Technische Universität Chemnitz (Chemnitz).

Kontakt: g.dohrn@phil.tu-chemnitz.de

Instrumente der Zeitpolitik

Time Control (Kontrolle der Zeit)

Time is the ultimate uncontrollable feature of human life. This has not prevented us from trying to control this intractable part of our lives. Indeed the attempt to control this most uncontrollable element of human existence can be traced back to the very root of culture. The attempt to control time is intimately bound up with our humanity. From our earliest beginnings we encountered death and decay, had to engage with finitude and change. Since time is operating in the Wirkwelt below the surface, invisible and from a certain perspective also immaterial, strategies to make the invisible visible and render the immaterial material are intimately tied to efforts to gain some measure of control over the uncontrollable.

In mythology and the world's major religions time was considered to be either embodied by gods, or created by them. Time as that which is unknowable was projected into sacred gods and their deeds. Thus, the nameless was named; the mysterious demystified. The immaterial was given form. Embodiment and naming are therefore the first two strategies for dealing with this most elusive aspect of human existence. With symbolic representation the intangible became tangible. By symbolically representing the immaterial aspect of their lives of origin and destiny in material form, archaic cultures located themselves in the wider scheme of things of cosmos, earth, fellow humans and ancestors, and the spirit world. They rendered the realm beyond the senses accessible to the senses. And with it they gained a measure of control over the uncontrollable, that is, the temporal aspects of their lives.

Other strategies beyond naming, embodiment and symbolic representation relate to the tracking of time and the numerous forms of time reckoning. Ancient Celtic cultures positioned their sacred temple structures, such as Stonehenge, for example, with reference to the movement of planets and the associated rhythmicity of their existence. This provided them with a measure of predictability about the seasonal and long-term conditions of their lives. Time reckoning further increased predictability whether this was achieved by simple devices such as the burning of sticks or candles, by tracking the flow of water and sand or by more complex systems that combined a quantitative measure with qualitative elements. All these systems tracked natural processes of change and motion, and translated these processes into human technologies of immense variation. They differed in both complexity and the span of time that was encompassed by the system. By locating the variability of life in the regularity of the daily and annual round, and these in turn in the cosmic and the sacred realms, the unpredictable became predictable, the unknowable knowable, and the uncertain gained a measure of certainty. This categorising, tracking and modelling of time had the additional effect of fixing the ephemeral and transient in a constructed frame of reference, of delimiting and bounding the eternal and of holding still what was in motion and changing.

These desirable effects are amplified with the time created to human design, for which the clock is the prime exemplar. The clock translates variable into invariable repetition. It externalises internal processes. It spatialises temporality. It expresses time by number, eliminating variability, turning qualitative temporality into an a-temporal quantity. Thus the cumulative effects of clock time can be summarised as follows: the materialisation of the

Instrumente der Zeitpolitik

im/material, visualisation of the invisible, externalisation of the internal, quantification of qualitative difference, de-temporalisation and spatialisation of temporal time.

At the same time, however, these gains in tangibility and thus control come at a cost, that is, certain aspects are lost or rendered invisible and inaccessible. These include change and process, repetition with variance, qualitative difference, as well as the incorporation of pasts and futures in the present. This lost temporal time of rhythmicity, change and encoded past and future confronts us with the inability to handle the contextual, constructive, experiential and relative world of processes, where past and future change with each new present and where each present is defined with reference to a particular event, system, biography, or person.

With the contemporary establishment of new technologies in general and Information and Communication Technologies (ICTs) in particular the gains in control are severely challenged. On the one hand, ICT means that users have the potential to be connected anywhere, any time, providing them with the capacity to be everywhere at once and nowhere in particular. This places the users of ICT in realm of, if not quite the gods, then at least that of angels. ICT time, we need to appreciate further, departs significantly from the established clock time norm. It is globally networked, rather than globally zoned. It is instantaneous rather than durational and causal. It is simultaneous rather than sequential, and it is timeless temporality (problems with words here) rather than spatially constituted time. This raises problems for time control: with instantaneity, meaning processes without a gap between cause and effect in the linear chain of events, there can be no interception, no intervening action. With simultaneity, meaning action at the same time dispersed across space, there can be no certainty over effects. That is to say, when there is no durational gap for establishing difference and change, when there is no discernible sequence and when the speeds involved operate outside the capacity of the conscious mind, then the control achieved over clock time processes is rendered inoperable.

At the same time we need to appreciate that linear sequential time is still very much part of our lives: ICT temporality is embedded in and functioning within social contexts of clock-time, which of course are continuing to play their dominant role and have not evaporated with the event of ICT time. This means that the control of time, afforded most prominently through clock time, and the loss of control through, for example ICTs, have to be understood with reference and in relation to each other. This requires a new temporal imagination and an approach to time that leaves behind the world of either-or choices moves towards operate in the realm of temporal multiplicity and Zeitvielfalt.

Literature

Barbara Adam (2004): Time. Cambridge.

Barbara Adam / Karlheinz A. Geißler / Martin Held (1997): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart, Leipzig.

Author

Prof. Dr. Barbara Adam, Cardiff University, Member of Tutzinger Projekt "Ökologie der Zeit" (Cardiff).

Kontakt: adamtime@cardiff.ac.uk

Internet: www.zeitoekologie.org

Instrumente der Zeitpolitik

Zeitbüro

Zeitbüros gehören zu den zentralen Instrumenten lokaler bzw. kommunaler Zeitpolitik (→ II: "Lokale Zeitpolitik"). Zeitbüros sind neu geschaffene, in der Kommunalverwaltung angesiedelte Anlauf- und Koordinationsstellen. Sie sind der Ausgangspunkt konkreter zeitpolitischer Moderations- und Gestaltungsprozesse vor Ort. Ziel ihrer Arbeit ist es, in Kooperation mit den alltagsrelevanten Taktgebern (→ I: "Taktgeber / Taktnehmer") die zeitliche Alltagsqualität vor Ort zu verbessern, indem sie neue, bedarfsgerechte Zeitarrangements anstoßen (→ III: "Zeitpakt").

Die ersten Zeitbüros haben sich im Italien der späten 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Kontext des zeitpolitischen Gestaltungsansatzes "tempi della città" ("Zeiten der Stadt") entwickelt. Sie kennzeichnen dort mittlerweile die typische Institutionalisierungsform des neuen Handlungsfeldes auf kommunaler Ebene.

Die Arbeitsweise und die thematischen Arbeitsschwerpunkte von Zeitbüros variieren und richten sich stark nach den lokalen Rahmenbedingungen. Zu den Aufgaben eines Zeitbüros gehört es:

- mittels Recherchen und Befragungen sowohl auf der Seite der örtlichen Zeitangebote wie auch der Zeitnachfrage (lebensweltliche Bedarfe) einschlägige Problemlagen und lokale Zeitkonflikte ausfindig zu machen;
- Akteure aus den Bereichen Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für zeitbezogene Fragestellungen zu sensibilisieren und zu vernetzen;
- neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen "Taktgebern und -nehmern" herzustellen und zu moderieren;
- Bürgerbeteiligungsprozesse anzuregen und
- praktische Gestaltungsmaßnahmen anzustoßen und ihre Umsetzung zu begleiten.

Sind Zeitbüros in Italien – nicht zuletzt aufgrund der seit 2000 gültigen Rahmengesetzgebung, die Kommunen über einer gewissen Einwohnerzahl zur Einrichtung einer derartigen Stelle verpflichten ("Gesetz Turco") – in zahlreichen Kommunen anzutreffen, sieht die Situation in Deutschland anders aus. 1997 wurde in Bremen-Vegesack im Rahmen eines Modellversuchs auch hierzulande das erste Zeitbüro eingerichtet. Dennoch sind es in Städten, die zeitpolitisch aktiv sind wie beispielsweise Hanau, Hamburg oder Stade, derzeit häufig die kommunalen Frauenbeauftragten bzw. Gleichstellungsstellen, die die zeitpolitische Gestaltungsperspektive aufgegriffen haben und in der praktischen Arbeit die Aufgaben eines Zeitbüros teilweise ausüben.

Literatur

Sandra Bonfiglioli / Marco Mareggi (1997): Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui tempi della città, Urbanistica Quaderni, Roma.

Martina Heitkötter (2003): Lokale Zeitpolitik und die Bedingungen der Gestaltbarkeit lokaler Zeitkonflikte. Untersucht am Beispiel des Modellprojekts ZeitBüro Bremen-Vegesack. Unveröffentlichte Dissertation.

Marco Marregi (2000): Le Politiche temporali urbane in Italia. Firenze.

Autorin

Dr. Martina Heitkötter, Deutsches Jugendinstitut und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (München).

Kontakt: heitkoetter@dji.de

Instrumente der Zeitpolitik

Zeitpakete

Zeitpakete sind die neue Form des Aushandelns und Kompromiss-Findens, die sich im Zuge der lokalen Zeitpolitik herausgebildet haben (→ I: "Lokale Zeitpolitik").

1. *Lokale Zeitpakete zur Innenstadt- und Stadtteilrevitalisierung* haben mit Ladenöffnungszeiten zu tun, versuchen aber zugleich, den Ladenschluss-Streit aus seiner klassischen Verengung herauszulösen und zu einem produktiven Streit um die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unserer Städte (Zentren und Subzentren) zu machen. Hier ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt – Einzelhändler/innen, Beschäftigte und Gewerkschaften, private und öffentliche Organisationen, die Stadt selbst. Verbunden werden können Zeitpakete mit dem "Städteprivileg": Städte dürfen bei Öffnungszeiten eine weitere Spanne vereinbaren als die Einzelhandelszentren auf der Grünen Wiese – ein Beitrag zu urbanem Leben und zur nachhaltigen Entwicklung.
2. *Mobilitätspakte*: Das sind Runde Tische, Mobilitätsbörsen, Abstimmungs-, Moderations- und Mediationsprozesse, bei denen bedürfnisadäquate Lösungen für Probleme massenhafter Fortbewegung gesucht und zeitlich gestaltet werden. Ziele sind hier, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen und die Anforderungen der großen wirtschaftlichen Akteure an Flexibilität und Logistik sowie die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung zu erfüllen. Entsprechend komplex sind die Akteurskonstellationen und Aushandlungsprozesse, die zu solchen Mobilitätspakten führen (etwa Modena, Bozen-Süd, Wolfsburg, Vegesack).

Bei zeitpolitischen Praxisprojekten geht es darum, Lösungen für typische Zeitkonflikte und –problemlagen zu suchen und zu entwickeln, die für die Betroffenen ein Stück weit die Einlösung ihres "Rechts auf eigene Zeit" versprechen (→ I: "Recht auf eigene Zeit"). Diese sollen aber nicht auf den Einzelfall beschränkt bleiben, sondern sollten in gewissem Umfang übertragbar und verallgemeinerbar sein. Lokale Zeitpolitik ist somit nicht nur unter inhaltlichen, zeitgestalterischen Gesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf Verfahrensaspekte ein Experiment. Der Zeitpakt soll eine stetige Abstimmung und Rückkopplung mit den Verwaltungsressorts als vielfach verantwortlichen Umsetzungsinstanzen für zeitpolitische Maßnahmen und eine interdisziplinäre statt ausschließlich fachpolitische Bearbeitung gewährleisten. Darüber hinaus sind an allen konkreten Projekten weitere Akteure – Unternehmen, Verbände oder auch wenig organisierte Interessengruppen, wie zum Beispiel Eltern, mit zum Teil konkurrierenden oder widerstreitenden Interessen – beteiligt. In den herkömmlichen, oftmals bipolaren, antagonistischen Konfliktkonstellationen (z.B. Arbeitnehmer/innen vs. Arbeitgeber/innen) stellen diese meist die "ausgeschlossene dritte Partei" (z.B. die "Kunden") dar.

Dabei treten innovative Netzwerke aus verschiedenen Akteuren an die Stelle regelgesteuerter Routine und zivilgesellschaftliche "Pakte" an die Stelle konkurrenzdemokratischer Mehrheitsentscheidungen. Allerdings ist dabei ein starkes Beharrungsvermögen klassischer institutioneller Politikformen und ihrer Vertreter zu überwinden. Alternative Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren wie auch die beteiligten Akteure bewegen sich unvermeidlich in einem Spannungsverhältnis zu den demokratisch legitimierten und professionellen Experten/innen des politischen und administrativen Systems. Neue Beteiligungs- und Aushandlungsformen, die Aktivierung und Mobilisierung von zivilgesell-

Instrumente der Zeitpolitik

schaftlichen und selbstorganisierten Entscheidungsmechanismen konkurrieren auf der anderen Seite mit allen möglichen anderen alltäglichen Aktivitäten und Erfordernissen – von den Belastungen durch Arbeit, Haushalt und dergleichen bis zu den diversen Erscheinungsformen von Unterhaltung und Freizeitgestaltung.

In dem Maße, in dem diese Entwicklung hin zu einer kooperativen Politik sich entfaltet, unterstützt sie die ohnehin erkennbaren Tendenzen der Kontraktion institutionalisierter Politik und der Repolitisierung der Gesellschaft. Als symbolischer Ausdruck und konkrete Form dieser Entwicklung kann gelten, dass kollektiv bindende Entscheidungen in Gestalt von gesetzlichen oder behördlichen Regulierungen zunehmend durch formale Verträge, (semi-)formelle oder informelle Absprachen und Vereinbarungen ersetzt werden. Diese Form der kontraktuellen Politik bedeutet freilich keineswegs, dass legislative und demokratisch legitimierte Entscheidungen überflüssig werden bzw. dass sich kontraktuelle Formen dazu im Widerspruch entwickeln müssten. Viele Indizien sprechen im Gegenteil dafür, dass die Chancen für kooperative Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch die Beibehaltung der formalen Entscheidungsrechte politischer Institutionen eher vergrößert werden ("bargaining in the shadow of the law"). Allerdings setzt das eine neue Kultur der Regelsetzung voraus, die nicht vorrangig fixe Standards setzt, sondern die Verhandlungsanreize begründet und mit Politiken des "empowerment" für weniger verhandlungsfähige Interessen verbindet.

Literatur

Text aus: Ulrich Mückenberger / Günter Warsewa (2004): Zeitgerechtigkeit als Lebensqualität. Zeitpolitik als Essenz sozialer Integration in der Stadt der Zukunft. In: DIFU (Hrsg.): Stadt 2030, Bd. 1, "Integration". (im Erscheinen)

Sandra Bonfiglioli / Marco Mareggi / Roberto Zedda (Hrsg.) (2000): Stadt Bozen. Mobilitätspakt und Zeitleitplan, Rom.

Marcus Menzl (2002): ZeitWerkStadt Wolfsburg - Bilanz eines Modellprojekts. In: Ulrich Mückenberger / Marcus Menzl (Hrsg.): Der Global Player und das Territorium. Opladen, S. 295 - 324.

Autor

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Forschungsstelle Zeitpolitik, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hamburg, Bremen).

Kontakt: zeitpolitik@hwp-hamburg.de

Internet: www.forschungsstelle-zeitpolitik.de

oder www.time-lab.de

Zeitstrategien der Politik

Aussitzen

Darunter versteht man gemeinhin die ungebührlich lange Nichtbehandlung eines Problems, bis dieses sich von selbst erledigt bzw. nicht mehr relevant ist. Dabei ist dieses Verhalten in der Regel intendiert und wird damit zu einer – allerdings gesellschaftlich negativ konnotierten – Problemlösungsstrategie. "Aussitzen" kann folglich Zeitstrategien des Nichthandelns und des Unterlassens beschreiben, um aus Problemen Nicht-Probleme werden zu lassen.

In der jüngeren Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete man mit "Aussitzen" vor allem in den Medien eine Form des Regierungsverhaltens von Altbundeskanzler Helmut Kohl, der verschiedene Problem- oder Konfliktlagen solange nicht beachtete, bis sie gesellschaftlich nicht mehr vorrangig relevant waren.

Autorin

Prof. Dr. Gisela Riescher, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik (Freiburg).

Kontakt: gisela.riescher@politik.uni-freiburg.de

Filibuster

Der Sinngehalt des engl. Wortes bezeichnete im frühen 19. Jahrhundert private Abenteurer, Banden, Freibeuter, die ihren Lebensunterhalt wesentlich durch das Ausplündern anderer bestritten. So nannte man beispielsweise die Privatarmeen, die Länder Mittel- und Südamerikas überfielen und in ihnen teilweise erhebliche Unruhe stifteten (z.B. 1851 in Kuba, 1855 in Nicaragua) "Filibuster".

Als etymologischer Ursprung des Wortes gilt das niederländische Wort *vrijbuitter*, welches dann ins Französische *flibustier*, *fribustier*, Englische (*filibuster*, *flee-booter*, *freebooter*) und Spanische übernommen wurde.

Im politischen Sinne bezeichnet Filibuster ein Dauer- oder Marathonreden im Parlament. Es ist eine Obstruktionstaktik parlamentarischer Minderheiten, um eine Abstimmung über eine von ihnen abgelehnte Vorlage hinauszuschieben oder zu verhindern. Es kann immer dann eingesetzt werden, wenn parlamentarische Zeitregeln, insbesondere Redezeitbegrenzungen und Debattenschlussbestimmungen fehlen. Filibuster können in diesen Fällen legal unter Anwendung/Ausnutzung der Geschäftsordnung Entscheidungen durch überlange Reden und prozedurale Anträge stunden- und tagelang verschleppen. Ziel unter anderem ist auch, die parlamentarische Mehrheit so zu ermüden, dass eventuell Abstimmungen gewonnen werden können.

Historische Beispiele zum Filibuster finden sich im englischen Parlamentarismus, als z.B. irische Nationalisten 1881 das House of Commons 41 Stunden lang durch dilatorische Anträge und Reden zu einer Dauerdebatte zwangen, bis der Speaker mit einem Verstoß gegen die Geschäftsordnung die Debatte beendete. Die Folge dieser Obstruktion war eine Änderung der Geschäftsordnung, die Einführung von begrenzten Redezeiten und Möglichkeiten des Debattenschlusses.

Aktuell von Bedeutung ist Filibuster im US-Senat, um Gesetzgebungsakte und auch Personalentscheidungen des Präsidenten zu obstruieren. Obgleich seit 1977 mit der Closure Motion die Möglichkeit besteht, Dauerreden zu beenden, ist die dazu notwendige drei Fünftel Mehrheit der Senatoren schwer zu erreichen. Versuche, das Stimmenerfordernis für einen Antrag auf *closure* zu senken, scheiterten nicht zuletzt am Widerwillen des Senats, die Tradition der freien Debatte zu beschneiden.

Literatur

Wilhelm Hofmann (1995): Repräsentative Diskurse. Baden-Baden.

Gisela Riescher (1994): Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen. Baden-Baden.

Autorin

Prof. Dr. Gisela Riescher, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik (Freiburg).

Kontakt: gisela.riescher@politik.uni-freiburg.de

Partizipation und Zeit

Das Wort "Partizipation" kommt vom Lateinischen "pars" (= Teil) und "capere" (= nehmen). Gemeint ist ganz allgemein die Teilnahme bzw. Beteiligung der Menschen an gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen, z.B. in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Kommune oder in Bezug auf eine global nachhaltige Entwicklung. Art und Grad dieser Teilnahme können stark variieren: von der Information über Bedürfnisse, Befriedigungsmöglichkeiten und Entscheidungsprozesse, über die Wahl von Sprechern, Stellvertretern und die Delegation von Aufgaben und Befugnissen bis hin zur Selbstorganisation gesellschaftlicher Teilbereiche. Seit der Aufklärung gilt Partizipation als wesentliches Element einer demokratischen Ordnung und der Selbstbestimmung des Menschen.

Welche grundlegenden Zusammenhänge bestehen zwischen Partizipation und Zeit?

Erstens: Partizipation kann Zeit kosten und Zeit ersparen. Es kostet Zeit, wenn Menschen sich bzw. andere über gesellschaftliche Prozesse informieren, über Streitfragen und Optionen diskutieren, sich eine Meinung bilden, die Ergebnisse von Willensbildungsprozessen abgerufen werden etc. In vielen Fällen scheint es schneller zu gehen, fertige Lösungen einfach über die Köpfe hinweg umzusetzen. Andererseits kann gerade die schnelle Lösung zu Beschleunigungsfallen führen, wenn die Betroffenen sich widersetzen oder wenn diese Lösungen fehlerhaft sind, weil die berechtigten Interessen und die für die Problembearbeitung bedeutsamen Perspektiven der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt sind.

Zweitens: Wieviel Zeit für Partizipationsprozesse benötigt wird, hängt neben der Art bzw. dem Grad der erwünschten Partizipation und der Komplexität der zugrunde liegenden Prozesse und anstehenden Entscheidungen von verschiedenen Faktoren ab: der Anzahl der Beteiligten, der Homogenität/Heterogenität bzw. Vereinbarkeit ihrer Interessen, der Art und Weise, wie die Durchsetzungsfähigkeit der Interessen unter den Beteiligten verteilt ist, dem Informationsstand sowie der Beurteilungs- und Kommunikationskompetenz der Beteiligten.

Und *drittens:* Partizipatorische Prozesse können als Formen kollektiven Handelns aufgefasst werden. Wie individuelles Handeln so ist auch kollektives Handeln durch eine zyklische Grundstruktur gekennzeichnet. Ein Handlungszyklus beginnt mit der Wahrnehmung eines Mangels/Problems und führt über den Einsatz von Mitteln zur Behebung des Mangels/Problems zu einem Ergebnis, das durch Rückblick auf den Ausgangspunkt schließlich beurteilt wird, um den Handlungszyklus ggf. vielleicht in variiert Form noch einmal durchlaufen zu können oder aber auch endgültig abzuschließen. Erfolgreiche Partizipation setzt also voraus, dass immer wieder innegehalten und über die je gegebene Situation in aller Ruhe neu befunden werden kann.

Unter dem Druck der Programmzeiten der herrschenden neoliberalen Ökonomie werden neben den Eigenzeiten der Natur, den Quellen und Senken der natürlichen Lebensgrundlagen (→ II: "Ökologie"), und denen des Menschen (Körper und Psyche) auch diese Eigenzeiten der gesellschaftlichen Partizipation vielfach vergewaltigt: Schulen und Schülern/innen, die vom Rückbau des Sozialstaats betroffen sind, wird zunehmend Bildungszeit vorenthalten. Betriebe und Arbeitnehmer/innen, die dem Druck des Shareholder-Value ganz unmittelbar ausgesetzt sind, müssen das Ziel der Beteiligung der Mitarbei-

Zeitstrategien der Politik

ter/innen an betrieblichen Entscheidungen der betriebswirtschaftlichen Effizienzlogik unterwerfen. Und auch Nationalstaaten sowie der demokratische Willensbildungsprozess der Staatsbürger auf den verschiedenen Ebenen (Kommunen, Länder, Bund, EU, UNO) sind dem Tempodiktat des globalen Standortwettbewerbs unterworfen.

Soll Partizipation als zentrales Moment von Demokratie hingegen ernst genommen werden, so wäre eine Neubalancierung ökonomischer und lebensweltlicher Ziele unverzichtbar – und dazu müsste auch den Eigenzeiten von Partizipationsprozessen Respekt verschafft werden.

Literatur

Vilmar Fritz (1986): Partizipation. In: Wolfgang Mickel (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bonn, S. 339-344.

Fritz Reheis (1999): Zeit lassen: Ein Plädoyer für eine neue Zeitpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 31/99, S. 32-38.

Martin und Udo Hagedorn (Hrsg.) (2004): Partizipation als Chance: Beiträge zu Teilnahme und Teilhabe in der Gesellschaft. Schwalbach.

Autor

Dr. habil. Fritz Reheis, Gymnasiallehrer in Coburg und Lehrbeauftragter für Politik, Zeitgeschichte, Soziologie und Pädagogik an verschiedenen Hochschulen (Coburg).

Kontakt: fritz.reheis@t-online.de

Internet: www.fritz-reheis.de

Policy Windows ("Zeitfenster")

Government, acting at its velocity influences the development and growth of a policy arena. Government does this by varying the content and manner in which it develops, defines and implements public policy and by allocating information, energy and resources. Doing so affects the processes that shape the policy arena's institutions. The velocity of government and the velocity of the regulated sector may or may not match producing unexpected often emergent future outcomes. These outcomes entrain across both systems, constraining or energizing processes and resulting structures. Policy windows are emergent opportunities in this complex interactive flow. They offer opportunities for political actors to influence the rates of various policy arena processes, to change structures in the future or reinterpreting them in the past.

Political time's duration, rhythm and pacing varies by policy project. This suggests that clock time may be less important than a measure that pegs and compares developmental processes (their institutional life-cycle for example) and growth rates of government organizations and policy arena organizations as they influence each other. Within such a context, clock time, particularly with its associated deadlines, is a tactical weapon that constrains or accelerates such cycles. Tactically this means implementing the right policy at the right time (*kairos*) to establish the right process mix of energy, information and/or resources. Policy windows occurring in the legislative adoption and administrative implementation processes provide the emergent opportunities to do so or to constrain such actions (Dooley 2002).

The political activities of government are part of a larger time-ecology (Koehler 2003). The time-ecology's various social, economic, technological and other elements continuously come together at varying paces and rhythms at an instant in space (this combination of cycles is a "heterochrony") to form unique structures. These structures unfold into varying futures as they disappear in unique ways into the past. Each element of the government/policy time ecology emerges differently from the past and organizes itself differently to proceed into its unique future. Each is characterized by merged, heterochronic, short and long term cycles. Longer term cycles may be a 100+ years in duration. Examples of longer term cycles include legislative sessions, administrative budget cycles, institutional life cycles, issue cycles, cycles of party dominance, electoral and political actor life-cycles (Smith 1988). Short-term political cycles seek to achieve some future good within this long term cyclical context by manipulating highly cyclical and constrained legislative and policy processes (legislative committee rules, deadlines, constitutional provisions, voter preferences, etc.) that last minutes to a day or a few months (Loomis 1994). Policy cycles emerge at an intersect between these long- and short-term cycles; lacking such a policy window change is impossible. "The time just isn't right."

Successful political policy setting paces actions that create or respond to a policy window. A policy window represents an opportunity to achieve some future valued good within a constellation of highly cyclical and constrained market or legislative processes in a time-ecology.

Literature

Kevin Dooley (2002): Temporal Patterns in Legislative Bill Production. Arizona.

Gus Koehler (2003): Time, Complex Systems, and Public Policy: A Theoretical Foundation for Adaptive Policy Making. In: Nonlinear Dynamics, Psychology, and Life Sciences, Vol. 7, No.1, January 2003.

Burdett Loomis (1994): Time, Politics, and Policies: A Legislative Year. Lawrence.

Alexander Smith (1988): Time and Public Policy. Knoxville.

Author

Gus Koehler, Ph.D., Principal Consultant, Time Structures and Adjunct Faculty, School of Policy, Planning and Development, University of Southern California (Sacramento).

Kontakt: gkoehler@calredevelop.org

Zeitstrategien der Politik

Timen

Vom englischen Verb "to time" abgeleiteter Anglizismus, der ein Verhalten in und mit der Zeit impliziert: die Zeit bestimmen für etwas, zeitlich abpassen oder einrichten, den richtigen Zeitpunkt wählen, auch: den Takt halten.

"Timen" meint ein aktives, souveränes Umgehen mit der Zeit. Man ist ihr nicht ausgesetzt, sondern gestaltet sie, in dem man den richtigen Zeitpunkt wählt oder das Zeitmaß, die Dauer für einen Prozess bestimmt und damit auch den Ablauf einer Handlung terminiert.

Systemtheoretisch betrachtet ist Zeit zunächst ein Problemfaktor: Sie ist in der Regel knapp. "Zeit ist der Grund für Selektionszwang in komplexen Systemen, denn wenn unendlich viel Zeit zur Verfügung stünde, könnte alles mit allem abgestimmt werden." (Luhmann 1988, S. 70) Ein System reagiert auf Zeitknappheit optimal, wenn es eigene Zeitstrukturen entwickeln und bereithalten kann, um auf die Zeitvorgaben der Umwelt zu reagieren. Es entwickelt damit Systemzeit oder Eigenzeit.

Im der politischen Praxis bedeutet dies zum einen, dass Zeit bereit gehalten werden kann für einen Arbeitsvorgang, der regelmäßig oder erwartbar ist, oder dass für neu auftretende Probleme Lösungsansätze mit Zeitplänen entwickelt werden. Zum anderen bedeutet das aber auch, dass man für die Bearbeitung eines Problems den richtigen Zeitpunkt wählt. Das eigene Timen, das Timen einer Behörde, eines Ministeriums oder einer politischen Ebene (Bund/Land/Kommune) darf aber den Blick auf die Zeitstrukturen anderer Systeme im Hinblick auf gemeinsames Handeln nicht aus dem Auge verlieren, damit der richtige Zeitpunkt nicht verpasst wird.

Literatur

Niklas Luhmann (1971): Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten. In: Ders.: Politische Planung. Opladen, S. 143-164.

Niklas Luhmann (1987): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main.

Gisela Riescher (1997): Parlamentarische Zeitstrukturen zwischen geschichtlichen Traditionslinien und moderner Funktionalität. In: ZfP 1/1997, S. 100-115.

Autorin

Prof. Dr. Gisela Riescher, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik (Freiburg).

Kontakt: gisela.riescher@politik.uni-freiburg.de